

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

ZU:

Gesetzentwurf der Landesregierung - Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (Nachtragshaushaltsgesetz 2020 - NTHG 2020) - Drucksache 7/640 vom 13.02.2020

- 2. Lesung -

Berichterstatter:

Abgeordneter Jörg Vogelsänger (SPD)

Beschlussempfehlung:

Der Landtag möge den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen annehmen.

Bericht:**A. Allgemeines**

Der Landtag hatte den Gesetzentwurf der Landesregierung - Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (Nachtragshaushaltsgesetz 2020 - NTHG 2020), Gesetzentwurf der Landesregierung (Drucksache 7/640) - in seiner 9. Sitzung am 26. Februar 2020 zur Vorbereitung der 2. Lesung ausschließlich an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen überwiesen.

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen befasste sich mit dem Gesetzentwurf in seiner 8. Sitzung am 19. März 2020, in seiner 9. Sitzung am 25. März 2020 und abschließend in seiner 10. Sitzung am 30. März 2020.

Der ersten am 19. März 2020 vorgenommenen Besprechung des Gesetzentwurfs im Grundsatz folgte am 25. März 2020 die Besprechung der Einzelpläne im Detail. An dieser Beratung nahmen die Präsidentin des Landtages, die Ministerin der Finanzen und für Europa, die Ministerin und Chefin der Staatskanzlei, der Minister des Innern und für Kommunales, die Ministerin für Bildung, Jugend und Sport, die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur, der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Energie, der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz, die Staatssekretärin im Ministerium der Justiz, die Staatssekretärin im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz, der Staatssekretär im Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung sowie der Präsident des Landesrechnungshofes teil. Die zum Gesetzestext und zu den Einzelplänen eingebrachten Änderungsanträge wurden erörtert; entsprechende Beschlüsse wurden gefasst.

Nach der 988. Sitzung des Bundesrates am 27. März 2020 stellten drei Ausschussmitglieder gemäß § 77 Absatz 4 der vorläufigen Geschäftsordnung des Landtages einen Antrag auf Durchführung einer außerplanmäßigen Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen. Antragsgemäß berief der stellvertretende Ausschussvorsitzende sie für den 30. März 2020 ein. Zu dieser Sitzung wurden zwei Änderungsanträge jeweils als 2. Neudruck vorgelegt (zum Einzelplan 20 und folgerichtig zum Gesetzestext); von ihnen erlangten alle Beteiligten bereits am 27. März 2020 Kenntnis. Ferner leitete das Ministerium der Finanzen und für Europa den Ausschussmitgliedern am 29. März 2020 eine Vorlage, die den mit der Nettokreditaufnahme in Höhe von zwei Milliarden Euro zu deckenden Finanzbedarf zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und deren Folgen darstellt, zur Kenntnisnahme zu.

Die Vorbereitung der 2. Lesung des NTHG-Entwurfs 2020 wurde insoweit in der 10. Ausschusssitzung fortgesetzt und schließlich beendet.

B. Beratung

Durch die ausschließliche Überweisung an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen war diesem eine zügige, gleichwohl auch gründliche Bearbeitung des NTHG-Entwurfs 2020 möglich. Die Entwicklung hat ergeben, dass der NTHG-Entwurf 2020 die Corona-Krise im Ergebnis der parlamentarischen Befassung auf Ausschussebene deutlich spiegelt.

Stand in dem von der Landesregierung eingebrachten Gesetzentwurf der Fokus hauptsächlich auf der Verankerung weiterer Einnahmen und Ausgaben des Zukunftsinvestitionsfonds des Landes Brandenburg in verschiedenen Einzelplänen, so verschob er sich mit den vom Ausschuss für Haushalt und Finanzen gefassten und dem Landtag zur Bestätigung empfohlenen Beschlüssen auf die Bewältigung der Corona-Pandemie im Land Brandenburg. Das findet seinen Ausdruck vornehmlich in dem Vorschlag, im Einzelplan 20 eine Kreditaufnahme in Höhe von zwei Milliarden Euro zu veranschlagen. Der entsprechende gemeinsame Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (2. Neudruck) wurde einstimmig ohne Stimmenthaltungen beschlossen.

Ein gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Text des Gesetzentwurfs, dem ebenfalls 100 Prozent der Ausschussmitglieder zustimmten, nimmt dies folgerichtig auf und verankert diese Kreditermächtigung in § 2 Satz 2 (neu). Aufgrund des neu eingefügten § 2a wird beginnend mit dem Haushaltsjahr 2022 eine jährliche fortlaufende Tilgung in Höhe von mindestens 3,3 Prozent vorgesehen.

Zur Beratung und Entscheidung lagen dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen weitere 55 Änderungsanträge, von denen ein Änderungsantrag den Text des Haushaltsgesetzes betraf und ein Änderungsantrag im Laufe der Beratungen zurückgezogen worden war, vor; bis auf diese beiden Änderungsanträge sind sie nachfolgend aufgeführt.

Die Präsidentin des Landtages erläuterte den Ausschussmitgliedern die mit dem NTHG-Entwurf 2020 im **Einzelplan 01** vorgenommenen Änderungen. Dieser Einzelplan war nicht Gegenstand von Änderungsbegehren und wird dem Landtag einstimmig ohne Stimmenthaltungen zur Annahme empfohlen.

Zum Einzelplan 02 (Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei) lagen dem Ausschuss zwei Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE und drei Änderungsanträge von BVB/FREIE WÄHLER Fraktion vor:

NTHG-Entwurf 2020					
Einbringer	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung bzw. Stichwort	Veränderung (in EUR)	Abstimmungsergebnis
BVB/FW	02 010	422 10	Personalausgaben (Stabsstelle „Koordination Hauptstadtreion und Regionale“	-361.800	5 : 6 : 0

BVB/FW	02 010	428 10	Personalausgaben (Mitarbeiter Regionalkoordinatoren)	-1.238.100	5 : 6 : 0
BVB/FW	02 010	526 69 531 69 541 69	Sachausgaben	-450.000	5 : 6 : 0
DIE LINKE	02 010	685 10	Förderung von lokaljournalistischen Angeboten in Brandenburg	+750.000, neue VE ¹	2 : 9 : 0
DIE LINKE	02 010	684 66	Mittel für „Opferperspektive“	+500.000, Änderung Erläuterungen	2 : 9 : 0

Sie wurden ausnahmslos abgelehnt. Der Einzelplan 02 wird dem Landtag daher in der von der Landesregierung eingebrachten Fassung zur Annahme empfohlen.

Zum Einzelplan 03 (Ministerium des Innern und für Kommunales) lagen drei gemeinsame Änderungsanträge der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zwei Änderungsanträge der AfD-Fraktion sowie zwei Änderungsanträge von BVB/FREIE WÄHLER Fraktion vor:

NTHG-Entwurf 2020					
Einbringer	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung bzw. Stichwort	Veränderung (in EUR)	Abstimmungsergebnis
BVB/FW	03 020	359 65	Entnahme aus der Rücklage für den ZIT-BB ²	-19.000.000	1 : 6 : 4
SPD, CDU, Grüne/B 90	03 020	356 73	Zweckverband „Digitale Kommunen Brandenburg“	+ 500.000	7 : 1 : 3
BVB/FW	03 020	546 18	Zensus 2021	-4.100.000	1 : 6 : 4
SPD, CDU, Grüne/B 90	03 020	TGr. ³ 73	Zweckverband „Digitale Kommunen Brandenburg“	Änderung Erläuterungen	7 : 1 : 3

¹ Verpflichtungsermächtigung

² Brandenburgischer IT-Dienstleister

³ Titelgruppe

SPD, CDU, Grüne/B 90	03 020	887 73 neu	Zweckverband „Digitale Kommunen Brandenburg“	+500.000, VE neu	7 : 1 : 3
AfD	03 150	812 10	Ausrüstungsgegenstände der Poli- zei	+2.440.360	3 : 8 : 0
AfD	03 710	686 10	Errichtung eines Versorgungsfonds für Hinterbliebene	+1.000.000	3 : 8 : 0

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen beschloss die Änderungsanträge der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und lehnte die übrigen Änderungsanträge ab. Damit wird dem Landtag die Annahme des Einzelplans 03 in geänderter Fassung empfohlen. Die Gesamteinnahmen steigen ebenso wie die Gesamtausgaben um 500.000 EUR. Die Summe der ausgebrachten Verpflichtungsermächtigungen erhöht sich um 2.000.000 EUR.

Zum Einzelplan 04 (Ministerium der Justiz) lagen drei Änderungsanträge der AfD-Fraktion vor:

NTHG-Entwurf 2020					
Einbrin- ger	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung bzw. Stichwort	Veränderung (in EUR)	Abstimm- ungs- ergebnis
AfD	04 040	422 11	Neue Staatsanwälte	+760.000	3 : 7 : 1
AfD	04 090	422 10	Neue Richter in der Verwaltungsge- richtsbarkeit	+760.000	3 : 7 : 1
AfD	04 120	422 10	Neue Richter in der Sozialgerichts- barkeit	+760.000	3 : 7 : 1

Diese Änderungsanträge zum Einzelplan 04 erhielten keine Mehrheit. Damit wird dem Landtag die Annahme des Einzelplans 04 in der von der Landesregierung eingebrachten Fassung empfohlen.

Zum Einzelplan 05 (Ministerium für Bildung, Jugend und Sport) lagen vier gemeinsame Änderungsanträge der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und drei Änderungsanträge der AfD-Fraktion vor:

NTHG-Entwurf 2020					
Einbringer	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung bzw. Stichwort	Veränderung (in EUR)	Abstimmungsergebnis
SPD, CDU, Grüne/B 90	05 020	TGr. 73 neu	Neue Titelgruppe 73 Ausgaben Zukunftsinvestitionsfonds	HV ⁴ neu, Erläuterungen neu	11 : 0 : 0
SPD, CDU, Grüne/B 90	05 020	671 73 neu	Ausgabemittel Geschäftsbesorger	+200.000, Änderung VE	7 : 0 : 4
SPD, CDU, Grüne/B 90	05 020	883 73 neu	Fortführung KIP Sport und Goldener Plan Brandenburg sowie KIP Bildung	VE neu	8 : 0 : 3
AfD	05 060	633 10	Rückerstattung Elternbeiträge für den Zeitraum der Betriebsuntersagung von Kindertageseinrichtungen	+x,xx	3 : 7 : 1
AfD	05 300	422 13	Lehrer für sie unteren Klassen	+18.000.000	3 : 8 : 0
SPD, CDU, Grüne/B 90 2. ND ⁵	05 300	681 20 neu	Erstattung von im Zusammenhang mit dem Ausfall von Schulfahrten entstandenen Stornogebühren	HV neu, Erläuterungen neu	11 : 0 : 0
AfD	05 410	684 16	Befreiung vom Schulgeld an Schulen in privater Trägerschaft	+6.500.000	3 : 7 : 1

Während der Ausschuss die Änderungsanträge aus den Koalitionsfraktionen jeweils einstimmig annahm, lehnte er die Änderungsanträge der AfD-Fraktion ab.

Damit empfiehlt er dem Landtag die Annahme des Einzelplans 05 in geänderter Fassung. Die Veränderung im Vergleich zur eingebrachten Fassung besteht darin, dass sich die Summe der ausgebrachten Verpflichtungsermächtigungen um 28.000.000 EUR erhöht. Die Gesamtausgaben steigen um 200.000 Euro.

Zum Einzelplan 06 (Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur) lagen ein gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie ein Änderungsantrag der AfD-Fraktion und ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vor:

⁴ Haushaltsvermerk

⁵ Neudruck

NTHG-Entwurf 2020					
Einbringer	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung bzw. Stichwort	Veränderung (in EUR)	Abstimmungsergebnis
SPD, CDU, Grüne/B 90	06 100	686 10 neu	Projektförderung Medizinische Hochschule Brandenburg Theodor Fontane (MHB)	+6.600.000, Erläuterungen neu	11 : 0 : 0
AfD	06 810	428 10	Mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologische Landesmuseum (BLDAM)	+350.000	3 : 8 : 0
DIE LINKE	06 810	685 60	Anteilige Übernahme der landesseitigen Kosten bei der Fridericus Servicegesellschaft der Preußischen Schlösser und Gärten mbH, die durch Anwendung des Tarifvertrages des öffentlichen Dienstes zusätzlich entstehen	+2.700.000, Änderung Erläuterungen	1 : 6 : 4

Damit wird dem Landtag der Einzelplan 06 in leicht geänderter Fassung - die Gesamtausgaben erhöhen sich um 5.000.000 EUR - zur Annahme empfohlen.

Zum Einzelplan 07 (Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz) lagen vier Änderungsanträge der AfD-Fraktion und ein Änderungsantrag von BVB/FREIE WÄHLER Fraktion vor:

NTHG-Entwurf 2020					
Einbringer	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung bzw. Stichwort	Veränderung (in EUR)	Abstimmungsergebnis
AfD	07 010	422 10	Kein zusätzlicher Staatssekretär	-138.300	3 : 7 : 1
AfD	07 040	686 70	Landärzte-Förderprogramm	+923.600, Änderung Erläuterungen	3 : 7 : 1
AfD	07 050	891 60	Krankenhäuser-Investitionsfinanzierung	+5.000.00, Änderung Erläuterungen0	3 : 7 : 1

BVB/FW	07 050	893 90	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	+5.000.000	5 : 6 : 0
AfD	07 100	684 10	Verbraucheraufklärung zur Integration von Migranten und Neubürgern	-120.000	3 : 8 : 0

Keiner der zum Einzelplan 07 gestellten Änderungsanträge fand eine Mehrheit. Dieser Einzelplan wird dem Landtag somit unverändert, in der von der Landesregierung eingebrachten Fassung zur Annahme empfohlen.

Zum Einzelplan 08 (Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie) lagen drei gemeinsame Änderungsanträge der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor:

NTHG-Entwurf 2020					
Einbringer	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung bzw. Stichwort	Veränderung (in EUR)	Abstimmungsergebnis
SPD, CDU, Grüne/B90	08 0 30	356 30 neu	Verstärkung des KoSta-Programms und der Zuschüsse für laufende Zwecke im Rahmen der Soforthilfe „Corona“	HV neu	10 : 0 : 0
SPD, CDU, Grüne/B90	08 0 30	683 10 neu	Billigkeitsleistungen § 53 LHO ⁶ zur Soforthilfe „Corona“	HV neu	10 : 0 : 0
SPD, CDU, Grüne/B90	08 0 30	862 10	Verstärkung des KoSta-Programms	Änderung HV	10 : 0 : 0

Diese drei Änderungsanträge wurden jeweils einstimmig ohne Stimmenthaltungen angenommen. In dieser veränderten Fassung wird der Einzelplan 08 dem Landtag zur Annahme empfohlen. Die Gesamteinnahmen, die Gesamtausgaben, die Summe der Verpflichtungsermächtigungen und das Stellensoll bleiben jedoch unverändert.

Zum Einzelplan 10 (Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz) lagen vier gemeinsame Änderungsanträge der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vor:

⁶ Landeshaushaltsordnung

NTHG-Entwurf 2020					
Einbringer	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung bzw. Stichwort	Veränderung (in EUR)	Abstimmungsergebnis
SPD, CDU, Grüne/B 90	10 020	TGr. 73 neu	Einrichtung einer Titelgruppe 73 - Einnahmen	HV neu, Erläuterungen neu	7 : 0 : 4
SPD, CDU, Grüne/B 90	10 020	356 73 neu	Aufnahme zusätzlicher Projekte des MLUK ⁷ in den Landeshaushalt	+1.000.000, HV neu, Erläuterungen neu	7 : 0 : 4
SPD, CDU, Grüne/B 90	10 020	TGr. 73 neu	Einrichtung einer Titelgruppe 73 - Ausgaben	HV neu, Erläuterungen neu	7 : 0 : 4
SPD, CDU, Grüne/B 90	10 020	891 73 neu	Umrüstung von zwei Dieselmotoren auf Wasserstoffbetrieb	+1.000.000, HV neu, Erläuterungen neu	7 : 0 : 4
DIE LINKE	10 080	--	Einstellungskorridor Forst	Änderung HV	1 : 7 : 3

Damit empfiehlt der Ausschuss für Haushalt und Finanzen dem Landtag die Annahme des Einzelplans 10 in geänderter Fassung. Die Gesamteinnahmen und die Gesamtausgaben steigen um je 1.000.000 EUR.

Zum Einzelplan 11 (Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung) lagen drei Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE und fünf Änderungsanträge von BVB/FREIE WÄHLER Fraktion, von denen ein Änderungsantrag zurückgezogen wurde - deshalb nicht aufgeführt -, vor:

NTHG-Entwurf 2020					
Einbringer	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung bzw. Stichwort	Veränderung (in EUR)	Abstimmungsergebnis
BVB/FW	11 020	891 73	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	HV neu, Wegfall VE	1 : 9 : 1

⁷ Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz

BVB/FW	11 060	893 13	Umsetzung sozialer und sozialverträglicher Wohnungsbau	Änderung Erläuterungen	4 : 6 : 1
DIE LINKE	11 200	681 61	Unterstützungsleistung für Betroffene von Bergbauschäden durch Grundwasseranstieg	+1.500.000, Änderung HV	5 : 6 : 0
BVB/FW	11 500	633 20	Ausgleichszahlungen für qualitativ hohe Verkehrsangebote im kommunalen ÖPNV (PlusBus)	Aufstockung VE	2 : 6 : 3
DIE LINKE	11 500	633 60	Anteilige Deckung der zu erwartenden tarifbedingten Mehrkosten bei den Aufgabenträgern des kommunalen ÖPNV	+3.000.000, Änderung HV, Aufstockung VE	2 : 6 : 3
BVB/FW	11 500	633 61	Kostenloser Schülerverkehr für alle	Aufstockung VE	5 : 6 : 0
DIE LINKE	11 500	TGr. 62 neu	Finanzierung eines elternbeitragsfreien Schülerverkehrs in Brandenburg	HV neu, VE neu, Erläuterungen	5 : 6 : 0

Da der Ausschuss für Haushalt und Finanzen alle zur Abstimmung gestellten Änderungsanträge abgelehnt hat, empfiehlt er dem Landtag die Annahme des Einzelplans 11 in unveränderter Fassung.

Zu den **Einzelplänen 12 (Ministerium der Finanzen und für Europa) und 13 (Landesrechnungshof)** lagen dem Ausschuss keine Änderungsanträge vor. Beide werden dem Landtag jeweils einstimmig bei fünf Stimmenthaltungen (6 : 0 : 5) in unveränderter Fassung zur Annahme empfohlen.

Zum Einzelplan 20 (Allgemeine Finanzverwaltung) lagen dem Ausschuss sieben gemeinsame Änderungsanträge der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie je ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE und von BVB/FREIE WÄHLER Fraktion vor:

NTHG-Entwurf 2020					
Einbringer	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung bzw. Stichwort	Veränderung (in EUR)	Abstimmungsergebnis
SPD, CDU, Grüne/B 90	20 020	TGr. 73 neu	Einrichtung einer Titelgruppe 73 - Einnahmen	HV neu, Erläuterungen neu	10 : 0 : 1

SPD, CDU, Grüne/B 90	20 020	356 73 neu	Entnahme aus dem Zukunftsinvestitionsfonds Brandenburg	--	9 : 0 : 2
SPD, CDU, Grüne/B 90	20 020	684 59	Verteilung von Einnahmen aus der Glücksspielabgabe	Änderung Erläuterungen	6 : 0 : 5
SPD, CDU, Grüne/B 90	20 020	884 10	Wirtschaftsplan des Sondervermögens „Zukunftsinvestitionsfonds des Landes Brandenburg“	Änderung Erläuterungen	10 : 0 : 1
SPD, CDU, Grüne/B 90 2. ND	20 020	971 10 neu	Globale Mehrausgabe für Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie nach § 8a HG 2019/2020	+2.000.000.000 HV neu, Erläuterungen neu	11 : 0 : 0,
SPD, CDU, Grüne/B 90	20 020	TGr. 73 neu	Einrichtung einer Titelgruppe 73 - Ausgaben	HV neu, Erläuterungen neu	9 : 0 : 2
SPD, CDU, Grüne/B 90	20 020	883 73 neu	Förderung innovativer Ideen (Projekte) zur Stärkung des Zusammenhalts in Gemeinden bzw. Ortsteilen mit weniger als 3 000 Einwohnern	VE neu, Erläuterungen neu	9 : 1 : 1
DIE LINKE	20 610	861 60	Darlehen an die FBB GmbH	Streichung VE	2 : 9 : 0
BVB/FW	20 610	861 60	Darlehen an die FBB GmbH	Streichung VE	2 : 9 : 0

Die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen wurden ausnahmslos angenommen, die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE und von BVB/FREIE WÄHLER Fraktion hingegen wurden abgelehnt. Damit empfiehlt der Ausschuss für Haushalt und Finanzen die Annahme des Einzelplans 20 in geänderter Fassung. Die Gesamtausgaben steigen um 2.000.000.000 EUR, die Gesamteinnahmen steigen um 2.005.200.000 EUR. Die Summe der Verpflichtungsermächtigungen erhöht sich um 10.000.000 EUR. Dass die Bereitschaft, zu außergewöhnlichen Maßnahmen zu greifen, um die Folgen der Corona-Pandemie zu bekämpfen, unter den Mitgliedern des Ausschusses für Haushalt und Finanzen ausgeprägt war, ist daran zu ersehen, dass der Ausschuss dem Einzelplan 20, in dem unter anderem die außerordentlich hohe (Kredit-)Summe von zwei Milliarden Euro veranschlagt werden soll, einstimmig (11 : 0 : 0) zugestimmt hat und ihn somit dringend zur Annahme empfiehlt.

Die Zahl der Änderungsanträge, unterschieden nach Antragstellern und Einzelplan, sowie das jeweilige Gesamtvotum in Bezug auf die Einzelpläne ist aus nachfolgender Tabelle ersichtlich:

Einzelplan bzw. Ge- setzestext	SPD CDU Grüne/ B90	AfD	DIE LINKE	BVB/F W	Anzahl gesamt	Gesamtab- stimmungs- ergebnis je Einzelplan
Gesetzes- text	1	-	-	-	1	10 : 0 : 1
01	-	-	-	-	-	10 : 0 : 0
02	-	-	2	3	5	6 : 5 : 0
03	3	2	-	2	7	6 : 1 : 4
04	-	3	-	-	3	6 : 3 : 2
05	4	3	-	-	7	6 : 0 : 5
06	1	1	1	-	3	6 : 3 : 2
07	-	4	-	1	5	6 : 0 : 5
08	3	-	-	-	3	6 : 4 : 0
10	4	-	1	-	5	6 : 0 : 5
11	-	-	3	5	8	6 : 2 : 3
12	-	-	-	-	-	6 : 0 : 5
13	-	-	-	-	-	6 : 0 : 5
20	7	-	1	1	9	11 : 0 : 0
gesamt	23	13	8	12	56	--

Der NTHG-Entwurf 2020 ist in den Ausschussberatungen im Hinblick darauf, dass nun nach Jahren des Verzichts auf Kreditermächtigungen der Weg für Kreditaufnahmen freigemacht werden soll, und hinsichtlich ihres Umfangs stark verändert worden.

Die Ausschussmitglieder aus den Koalitionsfraktionen und allen Oppositionsfraktionen stimmten darin überein, dass die gegenwärtige besondere Situation vom Haushaltsgesetzgeber Mut für außergewöhnliche Maßnahmen erfordert; sie hoben ihre Bereitschaft zur Mitwirkung ausdrücklich hervor. Das fand seinen Ausdruck u. a. darin, dass dem Landtag sieben Einzelpläne und die Änderung des Gesetzestextes einstimmig zur Annahme empfohlen werden. Hervorzuheben ist insbesondere, dass der Ausschuss für Haushalt und Finanzen dem Landtag mit großer Mehrheit - neun Ja-Stimmen, eine Gegenstimme und eine Stimmenthaltung - empfiehlt, den Gesamtnachtragshaushalt 2020 in 2. Lesung anzunehmen.

Allen Ausschussmitgliedern ist bewusst, welche Schwierigkeiten sich im Anschluss an die Bewältigung der Pandemie in Bezug auf die Rückzahlung von Krediten ergeben können und welche Kraftanstrengung die Kreditermächtigung in ungewöhnlicher Größenordnung für das Land Brandenburg bedeuten kann. Maß und Mitte werden dadurch gehalten, dass die Hälfte der veranschlagten 2.000.000.000 EUR mittels Haushaltsvermerks qualifiziert gesperrt ist. Es besteht die Hoffnung, dass die Kreditermächtigung nicht vollständig in Anspruch genommen werden muss. Die - auch schrittweise mögliche - Aufhebung dieser Sperre bedarf der Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen. Der Haushaltsgesetzgeber gibt damit ein starkes Signal, behält das Heft des Handelns aber in der Hand.

Anlagen

- Anlage 1: Synopse
- Anlage 2: Veränderungsnachweise zu den Einzelplänen 03, 05, 06, 08, 10 und 20
- Anlage 3: angenommene Änderungsanträge
(zum Gesetzestext und zu den Einzelplänen 03, 05, 06, 08, 10 und 20)
- Anlage 4: abgelehnte Änderungsanträge (zu den Einzelplänen 02, 03, 04, 05, 06, 07, 10, 11 und 20)

Gesetzentwurf der Landesregierung

**Beschlüsse des Ausschusses für
Haushalt und Finanzen**

Gesetzentwurf für ein

Gesetzentwurf für ein

**Zweites Gesetz zur Änderung des
Haushaltsgesetzes 2019/2020**

**Zweites Gesetz zur Änderung des
Haushaltsgesetzes 2019/2020**

**(Nachtragshaushaltsgesetz 2020 –
NTHG 2020)**

**(Nachtragshaushaltsgesetz 2020 –
NTHG 2020)**

Vom ...

Vom ...

Der Landtag hat das folgende Gesetz
beschlossen:

Der Landtag hat das folgende Gesetz
beschlossen:

Artikel 1

Artikel 1

**Änderung des Haushaltsgesetzes
2019/2020**

**Änderung des Haushaltsgesetzes
2019/2020**

Das Haushaltsgesetz 2019/2020 vom
18. Dezember 2018 (GVBl. I Nr. 33) in
der Änderungsfassung durch das Ge-
setz zur Änderung des Haushaltsgeset-
zes 2019/2020 vom 13. Dezember 2019
(GVBl. I Nr. 57) wird wie folgt geändert:

Das Haushaltsgesetz 2019/2020 vom
18. Dezember 2018 (GVBl. I Nr. 33), das
durch das Gesetz vom 13. Dezember
2019 (GVBl. I Nr. 57) geändert worden
ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt
geändert:

a) Nach der Angabe zu § 2 wird fol-
gende Angabe eingefügt:

„§ 2a Tilgungsplan“.

b) Nach der Angabe zu § 8 wird fol-
gende Angabe eingefügt:

„§ 8a Mehrausgaben zur Be-
kämpfung der Folgen der
Corona-Pandemie“.

1. § 1 wird wie folgt geändert:

2. § 1 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 Nummer 2 wird die An-
gabe „12 895 428 800“ durch
die Angabe „13 208 933 100“
ersetzt.

a) In Satz 1 Nummer 2 wird die An-
gabe „12 895 428 800“ durch
die Angabe „15 215 633 100“
ersetzt.

Gesetzentwurf der Landesregierung**Beschlüsse des Ausschusses für
Haushalt und Finanzen**

- b) In Satz 2 Nummer 2 wird die Angabe „2 539 790 400“ durch die Angabe „3 388 070 600“ ersetzt.
2. § 2 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 2 wird nach Satz 1 folgender Satz 2 eingefügt:
- „Die Ermächtigung nach Satz 1 erhöht sich um den Saldo aus den veranschlagten Rücklagenentnahmen und den veranschlagten Rücklagenzuführungen gemäß Finanzierungsübersicht sowie um die jeweilige Inanspruchnahme der mit dem Nachtragshaushaltsgesetz 2019 gebildeten Rücklage des Sondervermögens Zukunftsinvestitionsfonds des Landes Brandenburg.“
- b) In Absatz 2 werden die bisherigen Sätze 2 und 3 die Sätze 3 und 4.
3. § 2 wird wie folgt geändert:
- a) Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:
- „Zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie wird das Ministerium der Finanzen und für Europa ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben Kredite im Haushaltsjahr 2020 bis zur Höhe von 2 000 000 000 Euro aufzunehmen.“
- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- aa) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:
- u n v e r ä n d e r t
- bb) In dem neuen Satz 4 wird die Angabe „Satz 2“ durch die Angabe „Satz 3“ ersetzt.
- entfällt

Gesetzentwurf der Landesregierung**Beschlüsse des Ausschusses für
Haushalt und Finanzen**

- c) In Absatz 2 wird im neuen Satz 4 die Angabe „Satz 2“ durch die Angabe „Satz 3“ ersetzt.

entfällt

- c) In Absatz 6 Satz 3 wird die Angabe „Absatz 6“ durch die Angabe „Absatz 7“ ersetzt.

- d) Absatz 9 wird um folgenden Satz 2 ergänzt:

- d) Dem Absatz 9 wird folgender Satz angefügt:

„Für das Jahr 2020 wird als Ausnahme eine Überschreitung des in Satz 1 festgelegten Neubewilligungsvolumens in Höhe der in Vorjahren nicht in Anspruch genommenen Bundesmittel in Höhe von höchstens 75 000 000 Euro zugelassen.“

u n v e r ä n d e r t

4. Nach § 2 wird folgender § 2a eingefügt:

„§ 2a

Tilgungsplan

Beginnend mit dem Haushaltsjahr 2022 werden die gemäß § 2 Absatz 1 Satz 2 aufgenommenen Kredite jährlich fortlaufend in Höhe von mindestens 3,3 Prozent getilgt.“

5. Nach § 8 wird folgender § 8a eingefügt:

„§ 8a

Mehrausgaben zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie

Gesetzentwurf der Landesregierung**Beschlüsse des Ausschusses für
Haushalt und Finanzen**

Zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie wird das Ministerium der Finanzen und für Europa abweichend von § 8 sowie von § 37 der Landeshaushaltsordnung ermächtigt, in über- und außerplanmäßige Ausgaben bis zur Höhe von 2 000 000 000 Euro einzuwilligen, sofern dies für die Aufrechterhaltung der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben sowie von wesentlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Funktionen unabhängig von der Trägerschaft sowie für den Ausgleich von nicht unerheblichen Schäden unabweisbar ist. Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen des Landtages ist unverzüglich über Einwilligungen nach Satz 1 zu unterrichten.“

3. Die Anlage enthält die aus dem Anhang zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.

6. Die Anlage wird durch die aus der Anlage zu diesem Gesetz ersichtlichen Änderungen geändert.

Artikel 2**Artikel 2****Inkrafttreten****u n v e r ä n d e r t**

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Gesetzentwurf der Landesregierung**Beschlüsse des Ausschusses für
Haushalt und Finanzen****Anhang zu Artikel 1 Nummer 2**

Anlage

Anlage zu Artikel 1 Nummer 6

Anlage

**Haushaltsplan des Landes Brande-
nburg
für das Haushaltsjahr 2020****Haushaltsplan des Landes Brande-
nburg
für das Haushaltsjahr 2020****Gesamtplan****Gesamtplan**

I. Haushaltsübersicht
(§ 13 Absatz 4 Num-
mer 1 LHO)

I. Haushaltsübersicht
(§ 13 Absatz 4 Num-
mer 1 LHO)

A. Zusammenfassung der Einnah-
men und Ausgaben der Einzelpläne

A. Zusammenfassung der Einnah-
men und Ausgaben der Einzelpläne

B. Zusammenfassung der Verpflich-
tungsermächtigungen der Einzelpläne
und deren Inanspruchnahme

B. Zusammenfassung der Verpflich-
tungsermächtigungen der Einzelpläne

II. Finanzierungsübersicht
(§ 13 Absatz 4 Num-
mer 2 LHO)

II. Finanzierungsübersicht
(§ 13 Absatz 4 Num-
mer 2 LHO)

III. Kreditfinanzierungsplan
(§ 13 Absatz 4 Num-
mer 3 LHO)

III. Kreditfinanzierungsplan
(§ 13 Absatz 4 Num-
mer 3 LHO)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Teil I Haushaltsübersicht 2020

A. Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Einzelpläne

Einzelplan / Ressort		Einnahmen					Ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Summe Einnahmen	4 Personalausgaben
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1		2	3	4	5	6	7
01	LT		58.300	388.700		447.000	36.080.400
mehr(+)/weniger(-)							+157.000
01 neuer Ansatz			58.300	388.700		447.000	36.237.400
02	Stk		14.600	285.200	6.000.000	6.299.800	15.925.900
mehr(+)/weniger(-)							+1.629.900
02 neuer Ansatz			14.600	285.200	6.000.000	6.299.800	17.555.800
03	MIK		51.963.500	8.660.300		60.623.800	574.161.300
mehr(+)/weniger(-)				+72.500	+19.000.000	+19.072.500	+4.388.300
03 neuer Ansatz			51.963.500	8.732.800	19.000.000	79.696.300	578.549.600
04	MdJ		136.424.300	75.589.500	588.500	212.602.300	329.334.100
mehr(+)/weniger(-)			-323.100	-45.914.200		-46.237.300	-3.193.000
04 neuer Ansatz			136.101.200	29.675.300	588.500	166.365.000	326.141.100
05	MBJS		1.463.900	55.645.800		57.109.700	1.399.539.200
mehr(+)/weniger(-)							+284.400
05 neuer Ansatz			1.463.900	55.645.800		57.109.700	1.399.823.600
06	MWFK		7.642.600	165.911.100	58.581.500	232.135.200	42.896.600
mehr(+)/weniger(-)				+975.000	+4.550.000	+5.525.000	+701.500
06 neuer Ansatz			7.642.600	166.886.100	63.131.500	237.660.200	43.598.100
07	MSGIV		19.496.700	103.319.300	31.119.600	153.935.600	73.331.000
mehr(+)/weniger(-)			+309.600	-72.188.900		-71.879.300	+5.855.400
07 neuer Ansatz			19.806.300	31.130.400	31.119.600	82.056.300	79.186.400
08	MWAE		11.188.200	1.275.800	252.279.300	264.743.300	29.417.100
mehr(+)/weniger(-)			+9.000	+72.213.900	+7.500.000	+79.722.900	+4.422.400

Einzelplan / Ressort	Einnahmen					Ausgaben
	0	1	2	3	Summe Einnahmen	4
	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		Personal- ausgaben
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	2	3	4	5	6	7
08 neuer Ansatz		11.197.200	73.489.700	259.779.300	344.466.200	33.839.500
10 MLUK	12.880.000	39.816.100	98.327.400	169.684.700	320.708.200	112.856.900
mehr(+)/weniger(-)						+1.008.600
10 neuer Ansatz	12.880.000	39.816.100	98.327.400	<u>169.684.700</u>	<u>320.708.200</u>	113.865.500
11 MIL		3.263.800	463.986.300	106.840.200	574.090.300	38.056.800
mehr(+)/weniger(-)			+1.000.000	+11.250.000	+12.250.000	+1.194.400
11 neuer Ansatz		3.263.800	464.986.300	118.090.200	586.340.300	39.251.200
12 MdFE		27.470.800	28.441.900	57.000	55.969.700	228.890.200
mehr(+)/weniger(-)		+4.500	+45.889.200		+45.893.700	+4.614.800
12 neuer Ansatz		27.475.300	74.331.100	57.000	101.863.400	233.505.000
13 LRH		2.000		92.000	94.000	12.994.900
mehr(+)/weniger(-)						+49.500
13 neuer Ansatz		2.000		92.000	94.000	13.044.400
14 VerfG						547.800
20 AFV	9.023.100.000	68.587.200	1.193.983.700	670.999.000	10.956.669.900	393.852.000
mehr(+)/weniger(-)	+7.360.000	+15.000.000	-17.575.900	<u>+264.372.700</u>	<u>+269.156.800</u>	+7.102.800
20 neuer Ansatz	9.030.460.000	83.587.200	1.176.407.800	<u>935.371.700</u>	<u>11.225.826.700</u>	400.954.800
Summe 2020	9.035.980.000	367.392.000	2.195.815.000	1.296.241.800	12.895.428.800	3.287.884.200
mehr(+)/weniger(-)	+7.360.000	+15.000.000	-15.528.400	<u>+306.672.700</u>	<u>+313.504.300</u>	+28.216.000
Summe 2020 neu	9.043.340.000	382.392.000	2.180.286.600	<u>1.602.914.500</u>	<u>13.208.933.100</u>	3.316.100.200
Summe 2019 neu	8.370.910.000	365.386.200	2.586.711.500	2.306.063.400	13.629.071.100	3.076.296.600
Vgl. zu 2019 neu	+672.430.000	+17.005.800	-406.424.900	<u>-703.148.900</u>	<u>-420.138.000</u>	+239.803.600

Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Teil I Haushaltsübersicht 2020

A. Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Einzelpläne

Einzelplan / Ressort		Einnahmen					Ausgaben
		0	1	2	3	Summe Einnahmen	4
		Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		Personalausgaben
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1		2	3	4	5	6	7
01	LT		58.300	388.700		447.000	36.080.400
mehr(+)/weniger(-)							+157.000
01 neuer Ansatz			58.300	388.700		447.000	36.237.400
02	Stk		14.600	285.200	6.000.000	6.299.800	15.925.900
mehr(+)/weniger(-)							+1.629.900
02 neuer Ansatz			14.600	285.200	6.000.000	6.299.800	17.555.800
03	MIK		51.963.500	8.660.300		60.623.800	574.161.300
mehr(+)/weniger(-)				+72.500	+19.500.000	+19.572.500	+4.388.300
03 neuer Ansatz			51.963.500	8.732.800	19.500.000	80.196.300	578.549.600
04	MdJ		136.424.300	75.589.500	588.500	212.602.300	329.334.100
mehr(+)/weniger(-)			-323.100	-45.914.200		-46.237.300	-3.193.000
04 neuer Ansatz			136.101.200	29.675.300	588.500	166.365.000	326.141.100
05	MBJS		1.463.900	55.645.800		57.109.700	1.399.539.200
mehr(+)/weniger(-)							+284.400
05 neuer Ansatz			1.463.900	55.645.800		57.109.700	1.399.823.600
06	MWFK		7.642.600	165.911.100	58.581.500	232.135.200	42.896.600
mehr(+)/weniger(-)				+975.000	+4.550.000	+5.525.000	+701.500
06 neuer Ansatz			7.642.600	166.886.100	63.131.500	237.660.200	43.598.100
07	MSGIV		19.496.700	103.319.300	31.119.600	153.935.600	73.331.000
mehr(+)/weniger(-)			+309.600	-72.188.900		-71.879.300	+5.855.400
07 neuer Ansatz			19.806.300	31.130.400	31.119.600	82.056.300	79.186.400
08	MWAE		11.188.200	1.275.800	252.279.300	264.743.300	29.417.100
mehr(+)/weniger(-)			+9.000	+72.213.900	+7.500.000	+79.722.900	+4.422.400

Einzelplan / Ressort	Einnahmen					Ausgaben
	0	1	2	3	Summe Einnahmen	4
	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		Personalausgaben
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	2	3	4	5	6	7
08 neuer Ansatz		11.197.200	73.489.700	259.779.300	344.466.200	33.839.500
10 MLUK	12.880.000	39.816.100	98.327.400	169.684.700	320.708.200	112.856.900
mehr(+)/weniger(-)				<u>+1.000.000</u>	<u>+1.000.000</u>	<u>+1.008.600</u>
10 neuer Ansatz	12.880.000	39.816.100	98.327.400	170.684.700	321.708.200	113.865.500
11 MIL		3.263.800	463.986.300	106.840.200	574.090.300	38.056.800
mehr(+)/weniger(-)			+1.000.000	+11.250.000	+12.250.000	+1.194.400
11 neuer Ansatz		3.263.800	464.986.300	118.090.200	586.340.300	39.251.200
12 MdFE		27.470.800	28.441.900	57.000	55.969.700	228.890.200
mehr(+)/weniger(-)		+4.500	+45.889.200		+45.893.700	+4.614.800
12 neuer Ansatz		27.475.300	74.331.100	57.000	101.863.400	233.505.000
13 LRH		2.000		92.000	94.000	12.994.900
mehr(+)/weniger(-)						+49.500
13 neuer Ansatz		2.000		92.000	94.000	13.044.400
14 VerfG						547.800
20 AFV	9.023.100.000	68.587.200	1.193.983.700	670.999.000	10.956.669.900	393.852.000
mehr(+)/weniger(-)	+7.360.000	+15.000.000	-17.575.900	<u>+2.269.572.700</u>	<u>+2.274.356.800</u>	+7.102.800
20 neuer Ansatz	9.030.460.000	83.587.200	1.176.407.800	<u>2.940.571.700</u>	<u>13.231.026.700</u>	400.954.800
Summe 2020	9.035.980.000	367.392.000	2.195.815.000	1.296.241.800	12.895.428.800	3.287.884.200
mehr(+)/weniger(-)	+7.360.000	+15.000.000	-15.528.400	<u>+2.313.372.700</u>	<u>+2.320.204.300</u>	+28.216.000
Summe 2020 neu	9.043.340.000	382.392.000	2.180.286.600	<u>3.609.614.500</u>	<u>15.215.633.100</u>	3.316.100.200
Summe 2019 neu	8.370.910.000	365.386.200	2.586.711.500	2.306.063.400	13.629.071.100	3.076.296.600
Vgl. zu 2019 neu	+672.430.000	+17.005.800	-406.424.900	<u>+1.303.551.100</u>	<u>+1.586.562.000</u>	+239.803.600

Gesetzentwurf der Landesregierung

Teil I Haushaltsübersicht 2020

A. Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Einzelpläne

Einzelplan / Ressort		Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss
		5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	Summe Ausgaben	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1		8	9	10	11	12	13	14
01	LT	7.411.600	7.836.600		345.000		51.673.600	-51.226.600
mehr(+)/weniger(-)			+1.519.200				+1.676.200	-1.676.200
01 neuer Ansatz		7.411.600	9.355.800			345.000	53.349.800	-52.902.800
02	Stk	8.880.500	5.179.600		31.000		30.017.000	-23.717.200
mehr(+)/weniger(-)		+3.245.000			+50.000		+4.924.900	-4.924.900
02 neuer Ansatz		12.125.500	5.179.600		81.000		34.941.900	-28.642.100
03	MIK	267.826.800	22.349.500	70.000	35.399.600	-3.300.000	896.507.200	-835.883.400
mehr(+)/weniger(-)		+5.371.900	+1.172.500			+10.932.700	+8.139.800	
03 neuer Ansatz		273.198.700	23.522.000	70.000	35.399.600	-3.300.000	907.439.900	-827.743.600
04	MdJ	184.107.200	92.565.200		18.538.300	-100.000	624.444.800	-411.842.500
mehr(+)/weniger(-)		+1.360.800	-54.844.600		-11.913.500		-68.590.300	+22.353.000
04 neuer Ansatz		185.468.000	37.720.600		6.624.800	-100.000	555.854.500	-389.489.500
05	MBJS	30.541.000	969.512.100		16.712.000	-11.730.000	2.404.574.300	-2.347.464.600
mehr(+)/weniger(-)			+19.699.600		+1.400.000		+21.384.000	-21.384.000
05 neuer Ansatz		30.541.000	989.211.700		18.112.000	-11.730.000	2.425.958.300	-2.368.848.600
06	MWFK	12.576.100	761.727.000		104.899.500	-6.332.200	915.767.000	-683.631.800
mehr(+)/weniger(-)		+400.000	+11.613.200		-450.000		+12.264.700	-6.739.700
06 neuer Ansatz		12.976.100	773.340.200		104.449.500	-6.332.200	928.031.700	-690.371.500
07	MSGIV	18.187.100	820.623.700		130.802.200	28.183.100	1.071.127.100	-917.191.500
mehr(+)/weniger(-)		+653.500	-25.586.800		-4.277.000		-23.354.900	-48.524.400
07 neuer Ansatz		18.840.600	795.036.900		126.525.200	28.183.100	1.047.772.200	-965.715.900
08	MWAE	16.029.600	114.961.600		346.274.500	-13.507.000	493.175.800	-228.432.500
mehr(+)/weniger(-)		+1.645.000	+82.748.000		+15.273.700		+104.089.100	-24.366.200

Einzelplan / Ressort	Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss
	5	6	7	8	9	Summe Ausgaben	
	Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	Baumaßnahmen	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	Besondere Finanzie- rungs- ausgaben		
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	8	9	10	11	12	13	14
08 neuer Ansatz	17.674.600	197.709.600		361.548.200	-13.507.000	597.264.900	-252.798.700
10 MLUK	97.682.000	193.068.200	59.115.700	181.971.500	-8.487.200	636.207.100	-315.498.900
mehr(+)/weniger(-)	+6.371.000	+6.420.400		<u>+208.600</u>		<u>+14.008.600</u>	-14.008.600
10 neuer Ansatz	104.053.000	199.488.600	59.115.700	<u>182.180.100</u>	-8.487.200	<u>650.215.700</u>	-329.507.500
11 MIL	13.017.400	663.186.400		336.246.900	-1.021.500	1.049.486.000	-475.395.700
mehr(+)/weniger(-)	+490.000	+5.504.300		+37.000.000		+44.188.700	-31.938.700
11 neuer Ansatz	13.507.400	668.690.700		373.246.900	-1.021.500	1.093.674.700	-507.334.400
12 MdFE	58.776.300	33.185.800		65.681.600		386.533.900	-330.564.200
mehr(+)/weniger(-)	+930.600	+20.927.400		+11.845.700		+38.318.500	+7.575.200
12 neuer Ansatz	59.706.900	54.113.200		77.527.300		424.852.400	-322.989.000
13 LRH	1.073.600			117.000		14.185.500	-14.091.500
mehr(+)/weniger(-)						+49.500	-49.500
13 neuer Ansatz	1.073.600			117.000		14.235.000	-14.141.000
14 VerfG	254.200					802.000	-802.000
20 AFV	344.627.800	3.346.608.700	1.000.000	234.839.000		4.320.927.500	+6.635.742.400
mehr(+)/weniger(-)	-30.000.000	+118.689.100		+107.820.700	<u>-50.000.000</u>	<u>+153.612.600</u>	+115.544.200
20 neuer Ansatz	314.627.800	3.465.297.800	1.000.000	342.659.700	<u>-50.000.000</u>	<u>4.474.540.100</u>	+6.751.286.600
Summe 2020	1.060.991.200	7.030.804.400	60.185.700	1.471.858.100	-16.294.800	12.895.428.800	0
mehr(+)/weniger(-)	-9.532.200	<u>+187.862.300</u>		<u>+156.958.200</u>	<u>-50.000.000</u>	<u>+313.504.300</u>	0
Summe 2020 neu	1.051.459.000	<u>7.218.666.700</u>	60.185.700	<u>1.628.816.300</u>	<u>-66.294.800</u>	<u>13.208.933.100</u>	0
Summe 2019 neu	1.038.077.500	6.926.788.300	69.641.200	2.448.809.700	69.457.800	13.629.071.100	0
Vgl. zu 2019 neu	+13.381.500	<u>+291.878.400</u>	-9.455.500	<u>-819.993.400</u>	<u>-135.752.600</u>	<u>-420.138.000</u>	0

Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Teil I Haushaltsübersicht 2020

A. Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Einzelpläne

Einzelplan / Ressort		Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss
		5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	Summe Ausgaben	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1		8	9	10	11	12	13	14
01	LT	7.411.600	7.836.600		345.000		51.673.600	-51.226.600
mehr(+)/weniger(-)			+1.519.200				+1.676.200	-1.676.200
01 neuer Ansatz		7.411.600	9.355.800		345.000		53.349.800	-52.902.800
02	Stk	8.880.500	5.179.600		31.000		30.017.000	-23.717.200
mehr(+)/weniger(-)		+3.245.000			+50.000		+4.924.900	-4.924.900
02 neuer Ansatz		12.125.500	5.179.600		81.000		34.941.900	-28.642.100
03	MIK	267.826.800	22.349.500	70.000	35.399.600	-3.300.000	896.507.200	-835.883.400
mehr(+)/weniger(-)		+5.371.900	+1.172.500		+500.000		+11.432.700	+8.139.800
03 neuer Ansatz		273.198.700	23.522.000	70.000	35.899.600	-3.300.000	907.939.900	-827.743.600
04	MdJ	184.107.200	92.565.200		18.538.300	-100.000	624.444.800	-411.842.500
mehr(+)/weniger(-)		+1.360.800	-54.844.600		-11.913.500		-68.590.300	+22.353.000
04 neuer Ansatz		185.468.000	37.720.600		6.624.800	-100.000	555.854.500	-389.489.500
05	MBJS	30.541.000	969.512.100		16.712.000	-11.730.000	2.404.574.300	-2.347.464.600
mehr(+)/weniger(-)			+19.899.600		+1.400.000		+21.584.000	-21.584.000
05 neuer Ansatz		30.541.000	989.411.700		18.112.000	-11.730.000	2.426.158.300	-2.369.048.600
06	MWFK	12.576.100	761.727.000		104.899.500	-6.332.200	915.767.000	-683.631.800
mehr(+)/weniger(-)		+400.000	+16.613.200		-450.000		+17.264.700	-11.739.700
06 neuer Ansatz		12.976.100	778.340.200		104.449.500	-6.332.200	933.031.700	-695.371.500
07	MSGIV	18.187.100	820.623.700		130.802.200	28.183.100	1.071.127.100	-917.191.500
mehr(+)/weniger(-)		+653.500	-25.586.800		-4.277.000		-23.354.900	-48.524.400
07 neuer Ansatz		18.840.600	795.036.900		126.525.200	28.183.100	1.047.772.200	-965.715.900
08	MWAE	16.029.600	114.961.600		346.274.500	-13.507.000	493.175.800	-228.432.500
mehr(+)/weniger(-)		+1.645.000	+82.748.000		+15.273.700		+104.089.100	-24.366.200

Einzelplan / Ressort	Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss
	5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	Summe Ausgaben	
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	8	9	10	11	12	13	14
08 neuer Ansatz	17.674.600	197.709.600		361.548.200	-13.507.000	597.264.900	-252.798.700
10 MLUK	97.682.000	193.068.200	59.115.700	181.971.500	-8.487.200	636.207.100	-315.498.900
mehr(+)/weniger(-)	+6.371.000	+6.420.400		+1.208.600		+15.008.600	-14.008.600
10 neuer Ansatz	104.053.000	199.488.600	59.115.700	183.180.100	-8.487.200	651.215.700	-329.507.500
11 MIL	13.017.400	663.186.400		336.246.900	-1.021.500	1.049.486.000	-475.395.700
mehr(+)/weniger(-)	+490.000	+5.504.300		+37.000.000		+44.188.700	-31.938.700
11 neuer Ansatz	13.507.400	668.690.700		373.246.900	-1.021.500	1.093.674.700	-507.334.400
12 MdFE	58.776.300	33.185.800		65.681.600		386.533.900	-330.564.200
mehr(+)/weniger(-)	+930.600	+20.927.400		+11.845.700		+38.318.500	+7.575.200
12 neuer Ansatz	59.706.900	54.113.200		77.527.300		424.852.400	-322.989.000
13 LRH	1.073.600			117.000		14.185.500	-14.091.500
mehr(+)/weniger(-)						+49.500	-49.500
13 neuer Ansatz	1.073.600			117.000		14.235.000	-14.141.000
14 VerfG	254.200					802.000	-802.000
20 AFV	344.627.800	3.346.608.700	1.000.000	234.839.000		4.320.927.500	+6.635.742.400
mehr(+)/weniger(-)	-30.000.000	+118.689.100		+107.820.700	+1.950.000.000	+2.153.612.600	+120.744.200
20 neuer Ansatz	314.627.800	3.465.297.800	1.000.000	342.659.700	1.950.000.000	6.474.540.100	+6.756.486.600
Summe 2020	1.060.991.200	7.030.804.400	60.185.700	1.471.858.100	-16.294.800	12.895.428.800	0
mehr(+)/weniger(-)	-9.532.200	+193.062.300		+158.458.200	+1.950.000.000	+2.320.204.300	0
Summe 2020 neu	1.051.459.000	7.223.866.700	60.185.700	1.630.316.300	1.933.705.200	15.215.633.100	0
Summe 2019 neu	1.038.077.500	6.926.788.300	69.641.200	2.448.809.700	69.457.800	13.629.071.100	0
Vgl. zu 2019 neu	+13.381.500	+297.078.400	-9.455.500	-818.493.400	+1.864.247.400	+1.586.562.000	0

Gesetzentwurf der Landesregierung

Teil I Haushaltsübersicht 2020

B. Zusammenfassung der Verpflichtungsermächtigungen der Einzelpläne und deren Inanspruchnahme

Einzelplan	Bezeichnung	Verpflichtungs-ermächti- gungen		durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen		
		2019	2020	2021	2022	2023 ff.
		1.000 EUR				
1	2	3	4	5	6	7
01	Landtag					
02	Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei	4.140,0	1.275,0	875,0	300,0	100,0
03	Ministerium des Innern und für Kommunales	235,0	235,0	175,0	60,0	
	Es treten hinzu (+) oder fallen weg (-)		<u>+10.000,0</u>	<u>+5.000,0</u>	<u>+5.000,0</u>	
	Neuer Haushaltsansatz VE	235,0	<u>10.235,0</u>	<u>5.175,0</u>	<u>5.060,0</u>	
04	Ministerium der Justiz	26.854,6	13.655,9	7.114,5	5.141,4	1.400,0
	Es treten hinzu (+) oder fallen weg (-)	-23.511,7	-10.055,9	-5.914,5	-3.941,4	-200,0
	Neuer Haushaltsansatz VE	3.342,9	3.600,0	1.200,0	1.200,0	1.200,0
05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport	55.172,8	37.575,5	23.948,5	13.037,0	590,0
	Es treten hinzu (+) oder fallen weg (-)		<u>+5.500,0</u>	<u>+3.500,0</u>	<u>+1.000,0</u>	+1.000,0
	Neuer Haushaltsansatz VE	55.172,8	<u>43.075,5</u>	<u>27.448,5</u>	<u>14.037,0</u>	1.590,0
06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur	132.428,0	14.610,0	11.330,0	3.280,0	
	Es treten hinzu (+) oder fallen weg (-)		<u>+37.940,0</u>	<u>+10.180,0</u>	<u>+14.320,0</u>	<u>+13.440,0</u>
	Neuer Haushaltsansatz VE	132.428,0	<u>52.550,0</u>	<u>21.510,0</u>	<u>17.600,0</u>	<u>13.440,0</u>
07	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz	93.120,1	91.586,1	62.698,6	27.342,4	1.545,1
	Es treten hinzu (+) oder fallen weg (-)	-44.462,3	-9.781,6	-31.839,7	+1.133,0	+20.925,1
	Neuer Haushaltsansatz VE	48.657,8	81.804,5	30.858,9	28.475,4	22.470,2
08	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie	591.331,0	344.994,1	126.985,4	134.308,3	83.700,4
	Es treten hinzu (+) oder fallen weg (-)	+47.139,0	+45.400,0	+34.600,0	+10.550,0	+250,0
	Neuer Haushaltsansatz VE	638.470,0	390.394,1	161.585,4	144.858,3	83.950,4
10	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz	409.437,9	458.895,7	134.081,5	154.216,8	170.597,4
	Es treten hinzu (+) oder fallen weg (-)		<u>+3.600,0</u>	<u>+2.400,0</u>	<u>+1.200,0</u>	
	Neuer Haushaltsansatz VE	409.437,9	<u>462.495,7</u>	<u>136.481,5</u>	<u>155.416,8</u>	<u>170.597,4</u>

11	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung	2.004.262,1	1.444.335,1	223.076,3	89.332,4	1.131.926,4
	Es treten hinzu (+) oder fallen weg (-)		+264.233,2	+82.405,1	+66.996,1	+114.832,0
	Neuer Haushaltsansatz VE	2.004.262,1	1.708.568,3	305.481,4	156.328,5	1.246.758,4
12	Ministerium der Finanzen und für Europa	35.600,0	91.728,0	31.210,0	30.150,0	30.368,0
	Es treten hinzu (+) oder fallen weg (-)	+20.835,0	+5.084,5	+3.110,0	+1.774,5	+200,0
	Neuer Haushaltsansatz VE	56.435,0	96.812,5	34.320,0	31.924,5	30.568,0
13	Landesrechnungshof					
14	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg					
20	Allgemeine Finanzverwaltung	230.562,6	40.900,0	19.500,0	14.400,0	7.000,0
	Es treten hinzu (+) oder fallen weg (-)		<u>+496.360,0</u>	<u>+268.160,0</u>	<u>+228.200,0</u>	
	Neuer Haushaltsansatz VE	230.562,6	<u>537.260,0</u>	<u>287.660,0</u>	<u>242.600,0</u>	7.000,0
	Zusammen	3.583.144,1	2.539.790,4	640.994,8	471.568,3	1.427.227,3
	Es treten hinzu (+) oder fallen weg (-)		<u>+848.280,2</u>	<u>+371.600,9</u>	<u>+326.232,2</u>	<u>+150.447,1</u>
	Neuer Haushaltsansatz VE	3.583.144,1	<u>3.388.070,6</u>	<u>1.012.595,7</u>	<u>797.800,5</u>	<u>1.577.674,4</u>

Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Teil I Haushaltsübersicht 2020

B. Zusammenfassung der Verpflichtungsermächtigungen der Einzelpläne und deren Inanspruchnahme

Einzelplan	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen		durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen		
		2019	2020	2021	2022	2023 ff.
		1.000 EUR				
1	2	3	4	5	6	7
01	Landtag					
02	Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei	4.140,0	1.275,0	875,0	300,0	100,0
03	Ministerium des Innern und für Kommunales	235,0	235,0	175,0	60,0	
	Es treten hinzu (+) oder fallen weg (-)		<u>+12.000,0</u>	<u>+6.000,0</u>	<u>+6.000,0</u>	
	Neuer Haushaltsansatz VE	235,0	<u>12.235,0</u>	<u>6.175,0</u>	<u>6.060,0</u>	
04	Ministerium der Justiz	26.854,6	13.655,9	7.114,5	5.141,4	1.400,0
	Es treten hinzu (+) oder fallen weg (-)	-23.511,7	-10.055,9	-5.914,5	-3.941,4	-200,0
	Neuer Haushaltsansatz VE	3.342,9	3.600,0	1.200,0	1.200,0	1.200,0
05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport	55.172,8	37.575,5	23.948,5	13.037,0	590,0
	Es treten hinzu (+) oder fallen weg (-)		<u>+33.500,0</u>	<u>+17.000,0</u>	<u>+15.500,0</u>	+1.000,0
	Neuer Haushaltsansatz VE	55.172,8	<u>71.075,5</u>	<u>40.948,5</u>	<u>28.537,0</u>	1.590,0
06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur	132.428,0	14.610,0	11.330,0	3.280,0	
	Es treten hinzu (+) oder fallen weg (-)		+37.940,0	+10.180,0	+14.320,0	+13.440,0
	Neuer Haushaltsansatz VE	132.428,0	52.550,0	21.510,0	17.600,0	13.440,0
07	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz	93.120,1	91.586,1	62.698,6	27.342,4	1.545,1
	Es treten hinzu (+) oder fallen weg (-)	-44.462,3	-9.781,6	-31.839,7	+1.133,0	+20.925,1
	Neuer Haushaltsansatz VE	48.657,8	81.804,5	30.858,9	28.475,4	22.470,2
08	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie	591.331,0	344.994,1	126.985,4	134.308,3	83.700,4
	Es treten hinzu (+) oder fallen weg (-)	+47.139,0	+45.400,0	+34.600,0	+10.550,0	+250,0
	Neuer Haushaltsansatz VE	638.470,0	390.394,1	161.585,4	144.858,3	83.950,4
10	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz	409.437,9	458.895,7	134.081,5	154.216,8	170.597,4
	Es treten hinzu (+) oder fallen weg (-)		+3.600,0	+2.400,0	+1.200,0	
	Neuer Haushaltsansatz VE	409.437,9	462.495,7	136.481,5	155.416,8	170.597,4

11	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung	2.004.262,1	1.444.335,1	223.076,3	89.332,4	1.131.926,4
	Es treten hinzu (+) oder fallen weg (-)		+264.233,2	+82.405,1	+66.996,1	+114.832,0
	Neuer Haushaltsansatz VE	2.004.262,1	1.708.568,3	305.481,4	156.328,5	1.246.758,4
12	Ministerium der Finanzen und für Europa	35.600,0	91.728,0	31.210,0	30.150,0	30.368,0
	Es treten hinzu (+) oder fallen weg (-)	+20.835,0	+5.084,5	+3.110,0	+1.774,5	+200,0
	Neuer Haushaltsansatz VE	56.435,0	96.812,5	34.320,0	31.924,5	30.568,0
13	Landesrechnungshof					
14	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg					
20	Allgemeine Finanzverwaltung	230.562,6	40.900,0	19.500,0	14.400,0	7.000,0
	Es treten hinzu (+) oder fallen weg (-)		<u>+506.360,0</u>	<u>+270.660,0</u>	<u>+230.700,0</u>	<u>+5.000,0</u>
	Neuer Haushaltsansatz VE	230.562,6	<u>547.260,0</u>	<u>290.160,0</u>	<u>245.100,0</u>	<u>12.000,0</u>
	Zusammen	3.583.144,1	2.539.790,4	640.994,8	471.568,3	1.427.227,3
	Es treten hinzu (+) oder fallen weg (-)		<u>+888.280,2</u>	<u>+388.600,9</u>	<u>+344.232,2</u>	<u>+155.447,1</u>
	Neuer Haushaltsansatz VE	3.583.144,1	<u>3.428.070,6</u>	<u>1.029.595,7</u>	<u>815.800,5</u>	<u>1.582.674,4</u>

Gesetzentwurf der Landesregierung

Teil II Finanzierungsübersicht 2020

	Bisheriger Haushalts-an- satz 2020 (Mio EUR)	Es treten hinzu (+) oder fallen weg (-) (Mio EUR)	Neuer Haushalts-an- satz 2020 (Mio EUR)
I. HAUSHALTSVOLUMEN	12.895,4	+313,5	13.208,9
II. ERMITTLUNG DES FINANZIERUNGSSALDOS			
1. Ausgaben	12.867,1	+313,5	13.180,6
(ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen, Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrags und haushaltstechnische Verrechnungen)			
2. Einnahmen	12.229,4	-11,4	12.218,0
(ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen und haushaltstechnischen Verrechnungen)			
3. Finanzierungssaldo	-637,7	-324,9	-962,7
III. AUSGLEICH DES FINANZIERUNGSSALDOS			
4. Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt	--	--	--
4.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt (brutto)	3.803,0	--	3.803,0
4.2 Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	-3.803,0	--	-3.803,0
4.21 planmäßige Tilgungen	-2.303,0	--	-2.303,0
4.22 mögliche vorzeitige Tilgungen	-500,0	--	-500,0
4.23 Tilgungen kurzfristiger Schulden	-1.000,0	--	-1.000,0
5. Rücklagenbewegung	637,7	+324,9	962,7
5.1 Entnahmen aus Rücklagen	665,9	+324,9	990,8
5.2 Zuführungen an Rücklagen	-28,2	--	-28,2
6. Abwicklung der Vorjahre	--	--	--
6.1 Ausgaben zur Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	--	--	--
6.2 Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen	--	--	--
7. Haushaltstechnische Verrechnungen	--	--	--
7.1 Ausgaben	-0,1	--	-0,1
7.2 Einnahmen	0,1	--	0,1
Zusammen	637,7	+324,9	962,7

Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Teil II Finanzierungsübersicht 2020

	Bisheriger Haushalts-an- satz 2020 (Mio EUR)	Es treten hinzu (+) oder fallen weg (-) (Mio EUR)	Neuer Haushalts-an- satz 2020 (Mio EUR)
I. HAUSHALTSVOLUMEN	12.895,4	<u>+2.320,2</u>	<u>15.215,6</u>
II. ERMITTLUNG DES FINANZIERUNGSSALDOS			
1. Ausgaben	12.867,1	<u>+2.320,2</u>	<u>15.187,3</u>
(ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen, Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrags und haushaltstechnische Verrechnungen)			
2. Einnahmen	12.229,4	-11,4	12.218,0
(ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen und haushaltstechnischen Verrechnungen)			
3. Finanzierungssaldo	-637,7	<u>-2.331,6</u>	<u>-2.969,4</u>
III. AUSGLEICH DES FINANZIERUNGSSALDOS			
4. Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt	--	<u>+2.000,0</u>	<u>2.000,0</u>
4.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt (brutto)	3.803,0	<u>+2.000,0</u>	<u>5.803,0</u>
4.2 Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	-3.803,0	--	-3.803,0
4.21 planmäßige Tilgungen	-2.303,0	--	-2.303,0
4.22 mögliche vorzeitige Tilgungen	-500,0	--	-500,0
4.23 Tilgungen kurzfristiger Schulden	-1.000,0	--	-1.000,0
5. Rücklagenbewegung	637,7	<u>+331,6</u>	<u>969,4</u>
5.1 Entnahmen aus Rücklagen	665,9	<u>+331,6</u>	<u>997,5</u>
5.2 Zuführungen an Rücklagen	-28,2	--	-28,2
6. Abwicklung der Vorjahre	--	--	--
6.1 Ausgaben zur Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	--	--	--
6.2 Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen	--	--	--
7. Haushaltstechnische Verrechnungen	--	--	--
7.1 Ausgaben	-0,1	--	-0,1
7.2 Einnahmen	0,1	--	0,1
Zusammen	637,7	<u>+2.331,6</u>	<u>2.969,4</u>

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen

Gesetzentwurf der Landesregierung

Teil III Kreditfinanzierungsplan 2020

	Bisheriger Haushalts-an- satz 2020 (Mio EUR)	Es treten hinzu (+) oder fallen weg (-) (Mio EUR)	Neuer Haushalts- ansatz 2020 (Mio EUR)
I. EINNAHMEN AUS KREDITEN			
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	--	--	--
vom Kreditmarkt	3.803,0	--	3.803,0
Zusammen	3.803,0	--	3.803,0
II. TILGUNGS-AUSGABEN FÜR KREDITE			
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	--	--	--
vom Kreditmarkt	3.803,0	--	3.803,0
Zusammen	3.803,0		3.803,0
III. NETTONEUVERSCHULDUNG insgesamt			
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	--	--	--
vom Kreditmarkt	--	--	--
Zusammen	--	--	--

Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Teil III Kreditfinanzierungsplan 2020

	Bisheriger Haushalts-an- satz 2020 (Mio EUR)	Es treten hinzu (+) oder fallen weg (-) (Mio EUR)	Neuer Haushalts- ansatz 2020 (Mio EUR)
I. EINNAHMEN AUS KREDITEN			
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	--	--	--
vom Kreditmarkt	3.803,0	<u>+2.000,0</u>	<u>5.803,0</u>
Zusammen	3.803,0	<u>+2.000,0</u>	<u>5.803,0</u>
II. TILGUNGS-AUSGABEN FÜR KREDITE			
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	--	--	--
vom Kreditmarkt	3.803,0	--	3.803,0
Zusammen	3.803,0		3.803,0
III. NETTONEUVERSCHULDUNG insgesamt			
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	--	--	--
vom Kreditmarkt	--	<u>+2.000,0</u>	<u>2.000,0</u>
Zusammen	--	<u>+2.000,0</u>	<u>2.000,0</u>

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen

Veränderungsnachweise
zu den Einzelplänen

03

05

06

08

10

und

20

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

zur 2. Lesung

des Gesetzentwurfs der Landesregierung

**Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes
2019/2020 (Nachtragshaushaltsgesetz 2020 - NTHG 2020),
Drucksache 7/640**

Gesamtübersicht

Einzelplan 03 Ministerium des Innern und für Kommunales

	Beträge in Euro		
	Ansatz NTHG-E 2020	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz NTHG-E 2020
Gesamteinnahmen	79.696.300	<u>+500.000</u>	<u>80.196.300</u>
Gesamtausgaben	907.439.900	<u>+500.000</u>	<u>907.939.900</u>
Verpflichtungs- ermächtigungen	10.235.000	<u>+2.000.000</u>	<u>12.235.000</u>
Stellen	9.710	0	9.710

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2020	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2020
-------------------------------	-----------------	--------------------	--	----------------------

03 020 Allgemeine Bewilligungen

(S. 154) TGr. 73 Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsfonds

356 73	Entnahme aus dem Zukunftsinvestitionsfonds Bran-	0	+500.000	500.000
(S. 154)	denburg			

(S. 158) TGr. 73 Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsfonds

Erläuterungen (geändert):

Das Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens „Zukunftsinvestitionsfonds des Landes Brandenburg“ (ZifoG) vom 13. Dezember 2019 dient der Finanzierung landespolitisch strategisch bedeutender, investiver Projekte in den Bereichen Regionalentwicklung, Klimaschutz, moderne Infrastruktur, Digitalisierung und Innovationen. Weitere aus dem Sondervermögen finanzierte Investitionsprojekte sind in anderen Einzelplänen veranschlagt.

Für den Geschäftsbereich des MIK ist nachfolgende Maßnahme des Zukunftsinvestitionsfonds veranschlagt.

Maßnahme	2020	2021	2022
Investitionsprogramm Feuerwehrinfrastruktur	0,0	5.000.000,0	5.000.000,0

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2020	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-		Neuer Ansatz 2020
	Zweckverband „Digitale Kommunen Brandenburg“	500.000,0	1.000.000,0	1.000.000,0	
	Zusammen	<u>500.000,0</u>	<u>6.000.000,0</u>	<u>6.000.000,0</u>	

887 73 neu	<u>Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände</u>	=	<u>+500.000</u>	<u>500.000</u>
(S. 158)				

Verpflichtungsermächtigungen:

	VE bisher 2020 EUR	(+) mehr / (-) weniger EUR	VE neu 2020 EUR
Betrag	--	+2.000.000	2.000.000
davon fällig:			
2021 bis zu		+1.000.000	1.000.000
2022 bis zu		+1.000.000	1.000.000

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

zur 2. Lesung

des Gesetzentwurfs der Landesregierung

**Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes
2019/2020 (Nachtragshaushaltsgesetz 2020 - NTHG 2020),
Drucksache 7/640**

Gesamtübersicht

Einzelplan 05 Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

	Beträge in Euro		
	Ansatz NTHG-E 2020	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz NTHG-E 2020
Gesamteinnahmen	57.109.700	0	57.109.700
Gesamtausgaben	2.425.958.300	+200.000	<u>2.426.158.300</u>
Verpflichtungs- ermächtigungen	43.075.500	+28.000.000	<u>71.075.500</u>
Stellen	19.944	0	19.944

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2020	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2020
-------------------------------	-----------------	-----------------------	---	----------------------

05 020 **Allgemeine Bewilligungen**

neu TGr. 73 Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsfonds

(S. 307)

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig. Eine darüberhinausgehende Deckungsfähigkeit gemäß § 5 Abs. 8 Satz 2 HG 2019/2020 ist nicht gegeben.

Aus den Mitteln dieser Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2020	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2020
-------------------------------	-----------------	-----------------------	---	----------------------

Erläuterungen:

Das Sondervermögen Zukunftsinvestitionsfonds dient der Finanzierung landespolitisch strategisch bedeutender investiver Projekte in den Bereichen Regionalentwicklung, Klimaschutz, moderne Infrastruktur, Digitalisierung und Innovationen. Weitere aus dem Sondervermögen finanzierte Investitionsprojekte sind in anderen Einzelplänen veranschlagt.

<u>1</u>	<u>2</u>	<u>3</u>	<u>4</u>
<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Bezeichnung der Maßnahme</u>	<u>Gesamtausgabevolumen (EUR)</u>	<u>Von (3) in 2020 als Ausgabe veranschlagt (EUR)</u>
1	KIP-Bildung	20.000.000	0
2	KIP Sport und Goldener Plan Brandenburg	7.000.000	0

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2020	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2020
-------------------------------	-----------------	-----------------------	---	----------------------

671 73 neu (S. 307)	Entgelte an einen Dienstleister	=	+200.000	200.000
------------------------	---------------------------------	---	----------	---------

Verpflichtungsermächtigungen:

	<u>VE bisher</u> <u>2020</u> <u>EUR</u>	<u>(+) mehr /</u> <u>(-) weniger</u> <u>EUR</u>	<u>VE neu</u> <u>2020</u> <u>EUR</u>
Betrag	=	+1.000.000	1.000.000
davon fällig:			
2021 bis zu		+500.000	500.000
2022 bis zu		+500.000	500.000

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2020	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2020
-------------------------------	-----------------	-----------------------	---	----------------------

883 73 neu	<u>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindever-</u> <u>bände</u>	=	<u>0</u>	<u>0</u>
-------------------	--	---	----------	----------

(S. 307)

Verpflichtungsermächtigungen:

	<u>VE bisher</u> <u>2020</u> <u>EUR</u>	<u>(+) mehr /</u> <u>(-) weniger</u> <u>EUR</u>	<u>VE neu</u> <u>2020</u> <u>EUR</u>
<u>Betrag</u>	=	<u>+27.000.000</u>	<u>27.000.000</u>
<u>davon fällig:</u>			
<u>2021 bis zu</u>		<u>+13.000.000</u>	<u>13.000.000</u>
<u>2022 bis zu</u>		<u>+14.000.000</u>	<u>14.000.000</u>

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2020	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2020
-------------------------------	-----------------	-----------------------	---	----------------------

05 300 Schulen gemeinsam

(S. 318) HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse
mit Ausnahme für Investitionen

681 20 neu (S. 318)	<u>Zuweisungen an Schulträger und Fördervereine zur Kostenerstattung an Eltern</u>	=	<u>0</u>	<u>0</u>
-------------------------------	--	---	----------	----------

Haushaltsvermerk:

*Ausgaben können aus der gebildeten Rücklage
des Verwaltungs- und Personalbudgets gedeckt
werden. Die Deckungsfähigkeit laut
Haushaltsgesetz bleibt erhalten.*

Erläuterungen:

Der Titel dient dem Nachweis von Ausgaben, die Eltern im Zusammenhang mit dem Ausfall von Schulfahrten zur
Verhinderung der Verbreitung des Corona-Virus entstanden sind.

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

zur 2. Lesung

des Gesetzentwurfs der Landesregierung

**Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes
2019/2020 (Nachtragshaushaltsgesetz 2020 - NTHG 2020),
Drucksache 7/640**

Gesamtübersicht

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur

	Beträge in Euro		
	Ansatz NTHG-E 2020	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz NTHG-E 2020
Gesamteinnahmen	237.660.200	0	237.660.200
Gesamtausgaben	928.031.700	<u>+5.000.000</u>	<u>933.031.700</u>
Verpflichtungs- ermächtigungen	52.550.000	0	52.550.000
Stellen	1.335	0	1.335

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2020	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2020
-------------------------------	-----------------	-----------------------	--	----------------------

06 100 Maßnahmen im Bereich der Hochschulen

(S. 349) HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse
mit Ausnahme für Investitionen

686 10 neu (S. 349)	<u>Zuschuss des Landes für die Projektförderung der Medizinischen Hochschule Brandenburg Theodor Fontane (MHB)</u>	=	<u>+6.600.000</u>	<u>6.600.000</u>
-------------------------------	--	---	-------------------	------------------

Erläuterungen:

Die Mittel werden für die Förderung des Projektes „Erreichung der Akkreditierung“ eingesetzt.

(S. 80 HG) TGr. 60 Maßnahmen im Hochschulbereich

686 60 (S. 84 HG)	Maßnahmen zur Profil- und Strukturbildung sowie innovative Maßnahmen im Hochschulbereich	36.008.800	-1.600.000	34.408.800
-----------------------------	---	------------	------------	------------

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

zur 2. Lesung

des Gesetzentwurfs der Landesregierung

**Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes
2019/2020 (Nachtragshaushaltsgesetz 2020 - NTHG 2020),
Drucksache 7/640**

Gesamtübersicht

**Einzelplan 08
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie**

	Beträge in Euro		
	Ansatz NTHG-E 2020	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz NTHG-E 2020
Gesamteinnahmen	344.466.200	0	344.466.200
Gesamtausgaben	597.264.900	0	597.264.900
Verpflichtungs- ermächtigungen	390.394.100	0	390.394.100
Stellen	395	0	395

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2020	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2020
-------------------------------	-----------------	--------------------	--	----------------------

08 030 **Existenzgründung und Unternehmensbegleitung in Industrie, Mittelstand, Handwerk**

(S. 40 HG) HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

356 30 neu Entnahme aus Beteiligungsfonds und sonstigen Finanzinstrumenten
(S. 41 HG)

=

0

0

Haushaltsvermerk:

Einnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 08 030 Titel 683 10 und Mehrausgaben bei Titel 862 10 herangezogen werden.

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2020	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2020
-------------------------------	-----------------	--------------------	--	----------------------

(S. 43 HG) HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

683 10 neu (S. 504)	<u>Zuschüsse für laufende Zwecke im Rahmen der Soforthilfe „Corona“</u>	=	<u>0</u>	<u>0</u>
------------------------	---	---	----------	----------

Haushaltsvermerk:

Ausgaben dürfen zusammen mit Mehrausgaben aus Titel 862 10 in Höhe der Einnahmen bei Titel 356 30 (Entnahme aus Beteiligungsfonds und sonstigen Finanzinstrumenten) geleistet werden.

Erläuterungen:

Die Ausgaben dienen als Soforthilfe in Form von Zuschüssen an gewerbliche Unternehmen und Angehörige Freier Berufe, die durch die pandemische Ausbreitung des Corona-Virus SARS-CoV-2 (COVID-19"Corona"-Virus) besonders geschädigt werden.

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2020	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2020
-------------------------------	-----------------	--------------------	--	----------------------

(S. 46 HG) HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

862 10 (S. 46 HG)	Darlehen an kleine und mittelständische Unternehmen aus dem Konsolidierungs- und Standortsicherungsprogramm - KoSta	1.000.000	0	1.000.000
-----------------------------	---	-----------	---	-----------

Haushaltsvermerk (Änderung):

Mehrausgaben dürfen zusammen mit Ausgaben aus Titel 683 10 in Höhe der Einnahmen bei Titel 356 30 (Entnahme aus Beteiligungsfonds und sonstigen Finanzinstrumenten) geleistet werden. Ferner dürfen Mehrausgaben in Höhe der Mehreinnahmen bei den Titeln 162 10 (Zinseinnahmen aus KoSta), 182 10 (Darlehensrückflüsse aus KoSta) und 356 20 (Entnahmen aus LISI, KONSI) sowie bis zur Höhe von 5 Mio. EUR aus Einsparungen im Einzelplan 08 geleistet werden.

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

zur 2. Lesung

des Gesetzentwurfs der Landesregierung

**Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes
2019/2020 (Nachtragshaushaltsgesetz 2020 - NTHG 2020),
Drucksache 7/640**

Gesamtübersicht

**Einzelplan 10
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz**

	Beträge in Euro		
	Ansatz NTHG-E 2020	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz NTHG-E 2020
Gesamteinnahmen	320.708.200	<u>+1.000.000</u>	<u>321.708.200</u>
Gesamtausgaben	650.215.700	<u>+1.000.000</u>	<u>651.215.700</u>
Verpflichtungs- ermächtigungen	462.495.700	0	462.495.700
Stellen	3.177	0	3.177

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2020	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2020
-------------------------------	-----------------	-----------------------	---	----------------------

10 020 Allgemeine Bewilligungen

neu TGr. 73: Maßnahmen des Zukunftsinvestitions-
fonds

(S. 561,
39 HG)

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig. Eine darüber hinausgehende Deckungsfähigkeit gemäß § 5 Abs. 8 Satz 2 HG 2019/2020 ist nicht gegeben. Aus den Mitteln dieser Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Erläuterungen:

Das Sondervermögen Zukunftsinvestitionsfonds dient der Finanzierung landespolitisch strategisch bedeutender investiver Projekte in den Bereichen Regionalentwicklung, Klimaschutz, moderne Infrastruktur, Digitalisierung und Innovationen. Weitere aus dem Sondervermögen finanzierte Investitionsprojekte sind in anderen Einzelplänen veranschlagt.

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2020	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2020
-------------------------------	-----------------	-----------------------	---	----------------------

356 73 neu (S. 561, 39 HG)	<u>Entnahme aus dem Zukunftsinvestitionsfonds</u>	=	<u>+1.000.000</u>	<u>1.000.000</u>
---	---	---	-------------------	------------------

Haushaltsvermerk:

*Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2
LHO verbindlich.*

Erläuterungen:

Die Höhe der Entnahme ist abhängig vom tatsächlichen Mittelabfluss in der Titelgruppe und wird mit dem Jahresabschluss festgestellt.

neu TGr. 73: Maßnahmen des Zukunftsinvestitions-
fonds

(S. 561,
 48 HG)

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2020	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2020
-------------------------------	-----------------	-----------------------	---	----------------------

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig. Eine darüber hinausgehende Deckungsfähigkeit gemäß § 5 Abs. 8 Satz 2 HG 2019/2020 ist nicht gegeben. Aus den Mitteln dieser Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Erläuterungen:

Das Sondervermögen Zukunftsinvestitionsfonds dient der Finanzierung landespolitisch strategisch bedeutender investiver Projekte in den Bereichen Regionalentwicklung, Klimaschutz, moderne Infrastruktur, Digitalisierung und Innovationen. Weitere aus dem Sondervermögen finanzierte Investitionsprojekte sind in anderen Einzelplänen veranschlagt.

1	2	3	4
<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Bezeichnung der Maßnahme</u>	<u>Gesamtausgabevolumen (EUR)</u>	<u>Von (3) in 2020 als Ausgabe veranschlagt (EUR)</u>
	<u>Klimaneutrale Nationalparkbuslinie; Umrüstung von Diesel auf Wasserstoffantrieb</u>	<u>1.000.000</u>	<u>1.000.000</u>

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2020	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2020
-------------------------------	-----------------	-----------------------	---	----------------------

891 73 neu (S. 561, 48 HG)	<u>Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unter- nehmen</u>	=	<u>+1.000.000</u>	<u>1.000.000</u>
---	---	---	-------------------	------------------

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2
LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Die Höhe der Entnahme ist abhängig vom tatsächlichen Mittelabfluss in der Titelgruppe und wird mit dem
Jahresabschluss festgestellt.

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

zur 2. Lesung

des Gesetzentwurfs der Landesregierung

**Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes
2019/2020 (Nachtragshaushaltsgesetz 2020 - NTHG 2020),
Drucksache 7/640**

Gesamtübersicht

Einzelplan 20 Allgemeine Finanzverwaltung

	Beträge in Euro		
	Ansatz NTHG-E 2020	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz NTHG-E 2020
Gesamteinnahmen	11.225.826.700	<u>+2.005.200.000</u>	<u>13.231.026.700</u>
Gesamtausgaben	4.474.540.100	<u>+2.000.000.000</u>	<u>6.474.540.100</u>
Verpflichtungs- ermächtigungen	537.260.000	<u>+10.000.000</u>	<u>547.260.000</u>
Stellen	414	0	414

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2020	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2020
-------------------------------	-----------------	-----------------------	--	----------------------

20 020 Allgemeine Bewilligungen

(S. 20 HG) HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

359 15 (S. 753)	Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	780.927.200	+5.200.000	786.127.200
---------------------------	---------------------------------------	-------------	------------	-------------

neu TGr. 73 Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsfonds

(S. 22 HG)

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Die Höhe der Entnahme ist abhängig vom tatsächlichen Mittelabfluss in der Titelgruppe und wird mit dem Jahresabschluss festgestellt.

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2020	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2020
-------------------------------	-----------------	-----------------------	--	----------------------

356 73 neu (S. 22 HG)	<u>Entnahme aus dem Zukunftsinvestitionsfonds Brandenburg</u>	=	0	0
684 59 (S. 29 HG)	Verteilung von Einnahmen aus der Glücksspielabgabe	4.807.700	0	4.807.700

Erläuterungen (Änderung):		
Einzelplan	Ministerium	Quote v. H.
02	Ministerpräsidentin, Ministerpräsident <u>und Staatskanzlei</u>	12,17
03	Ministerium des Innern und für Kommunales	6,11
04	Ministerium der Justiz	<u>5,99</u>
05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport	12,65
06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur	15,77
07	Ministerium für Soziales, Gesundheit, <u>Integration</u> und <u>Verbraucherschutz</u>	<u>15,49</u>
08	Ministerium für Wirtschaft, <u>Arbeit</u> und <u>Energie</u>	<u>7,93</u>
10	Ministerium für <u>Landwirtschaft</u> , Umwelt und <u>Klimaschutz</u>	<u>14,25</u>
11	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung	6,11

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2020	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2020
	12 Ministerium der Finanzen <u>und für Europa</u>		<u>3,53</u>	
	Insgesamt		100,00	

884 10 Zuweisungen an das Sondervermögen „Zukunftsin- 0 0 0
(S. 760) vestitionsfonds des Landes Brandenburg“

Anlage zu Kapitel 20 020 Titel 884 10

Änderungen im Wirtschaftsplan des Sondervermögens „Zukunftsinvestitionsfonds des Landes Brandenburg“					
Titel	FKZ	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2020 EUR	mehr (+) weniger (-) 2020 EUR	Ansatz neu 2020 EUR
Einnahmen					
<i>Haushaltsvermerk</i>					
<i>Mehreinnahmendürfen zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden.</i>					
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen					
332 10	813	Zuführungen des Landes	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung		Ansatz bisher 2020	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2020	
	Erläuterungen					
	Die Zuführungen erfolgen gem. § 4 ZifoG.					
	359 10	813	Entnahme aus der Rücklage des Sondervermögens	0	<u>43.050.000</u>	<u>43.050.000</u>
	Gesamteinnahmen			0	<u>43.050.000</u>	<u>43.050.000</u>
	Titel	FKZ	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2020 EUR	mehr (+) weniger (-) 2020 EUR	Ansatz neu 2020 EUR
	Ausgaben					
	Haushaltsvermerk					
	Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen geleistet werden.					
Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.						
Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen, besondere Finanzierungsausgaben						
882 02	813	Zuweisungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des Epl. 02	0	0	0	

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung		Ansatz bisher 2020	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2020	
	882 03	813	Zuweisungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des Epl. 03	0	<u>500.000</u>	<u>500.000</u>
	882 04	813	Zuweisungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des Epl. 04	0	0	0
	882 05	813	Zuweisungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des Epl. 05	0	0	0
	882 06	813	Zuweisungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des Epl. 06	0	4.550.000	4.550.000
	882 07	813	Zuweisungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des Epl. 07	0	0	0
	882 08	813	Zuweisungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des Epl. 08	0	0	0
	882 10	813	Zuweisungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des Epl. 10	0	<u>1.000.000.</u>	<u>1.000.000</u>
	882 11	813	Zuweisungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des Epl. 11	0	37.000.000	37.000.000
	882 12	813	Zuweisungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des Epl. 12	0	0	0
	882 20	813	Zuweisungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des Epl. 20	0	0	00
	919 10	813	Zuführungen aus der Rücklage des Sondervermögens	0	0	0
			Gesamtausgaben	0	<u>43.050.000</u>	<u>43.050.000</u>

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2020	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2020
-------------------------------	-----------------	-----------------------	--	----------------------

(S. 30 HG) HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

971 10 neu (S. 30 HG 2020)	Mehrausgaben zur Bekämpfung der Folgen der CORONA-Pandemie in allen Einzelplänen	=	+2.000.000.000	2.000.000.000
---	---	---	----------------	---------------

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind in Höhe von 1.000.000.000
EUR gesperrt; die Aufhebung der Sperre bedarf
der Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und
Finanzen des Landtages.

Die Ausgaben sämtlicher Einzelpläne dürfen aus
diesem Ansatz verstärkt werden.

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2
LHO verbindlich.

Erläuterungen (neu):

Die Aufhebung der Sperre durch den Ausschuss für Haushalt und Finanzen kann auch schrittweise erfolgen.

Der Titel dient der Deckung von Ausgaben, in die unter Anwendung des § 8a Haushaltsgesetz 2019/2020 vom
Ministerium der Finanzen und für Europa eingewilligt wurde.

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2020	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2020
-------------------------------	-----------------	-----------------------	--	----------------------

neu
(S 33 HG)

TGr. 73 Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsfonds

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Aus den Mitteln dieser Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes bereits Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Erläuterungen:

Das Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens „Zukunftsinvestitionsfonds des Landes Brandenburg“ (ZifoG) vom 13. Dezember 2019 dient der Finanzierung landespolitisch strategisch bedeutender investiver Projekte in den Bereichen Regionalentwicklung, Klimaschutz, moderne Infrastruktur, Digitalisierung und Innovationen. Weitere aus dem Sondervermögen finanzierte Investitionsprojekte sind in anderen Einzelplänen veranschlagt.

Nachfolgende Maßnahme des Zukunftsinvestitionsfonds ist veranschlagt.

Maßnahme	<u>2020</u>	<u>2021</u>	<u>2022</u>	<u>2023</u>	<u>2024</u>
Förderprogramm Zusammenhalt	<u>0,0</u>	<u>2.500.000,0</u>	<u>2.500.000,0</u>	<u>2.500.000,0</u>	<u>2.500.000,0</u>
Zusammen	<u>0,0</u>	<u>2.500.000,0</u>	<u>2.500.000,0</u>	<u>2.500.000,0</u>	<u>2.500.000,0</u>

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2020	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2020
-------------------------------	-----------------	-----------------------	--	----------------------

883 73 neu (S. 33 HG)	<u>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindever-</u> <u>bände</u>	=	<u>0</u>	<u>0</u>
---------------------------------	--	---	----------	----------

Verpflichtungsermächtigungen:

	<u>VE bisher</u> <u>2020</u> <u>EUR</u>	<u>(+) mehr</u> <u>(-) weniger</u> <u>EUR</u>	<u>VE neu</u> <u>2020</u> <u>EUR</u>
<u>Betrag:</u>	<u>0</u>	<u>+10.000.000</u>	<u>10.000.000</u>
<u>davon fällig:</u>			
<u>2021 bis zu</u>		<u>+2.500.000</u>	<u>2.500.000</u>
<u>2022 bis zu</u>		<u>+2.500.000</u>	<u>2.500.000</u>
<u>2023 bis zu</u>		<u>+2.500.000</u>	<u>2.500.000</u>
<u>2024 bis zu</u>		<u>+2.500.000</u>	<u>2.500.000</u>

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2020	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2020
-------------------------------	-----------------	-----------------------	--	----------------------

Erläuterungen:

Förderprogramm Zusammenhalt

- Förderung innovativer Ideen (Projekte) in Gemeinden bzw. Ortsteilen mit weniger als 3.000 Einwohnern
- Höchstfördersumme von 150.000 Euro pro Projekt
- Förderfähig sind Projekte, die der Verbesserung der Mobilität, der Gesundheit oder einer Verbesserung des sozialen Lebens dienen
- Fördervoraussetzung ist, dass die Projekte in einem partizipativen Prozess entwickelt wurden oder umgesetzt werden sollen.

20 650

Schuldenverwaltung

325 10
(S. 91 HG)

Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt

0

+2.000.000.000

2.000.000.000

**Angenommene Änderungsanträge
zum Gesetzestext und
zu den Einzelplänen**

03

05

06

08

10

und

20

2. NEUDRUCK

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion
der CDU-Fraktion
der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

JA NEIN ENTH.
10 - 1

zum Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (Nachtragshaushaltsgesetz 2020 – NTHG 2020), Drucksache 7/640

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen möge beschließen:

Der Gesetzentwurf wird wie folgt geändert:

Artikel 1 des Gesetzentwurfes wird wie folgt gefasst:

„Artikel 1

Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020

Das Haushaltsgesetz 2019/2020 vom 18. Dezember 2018 (GVBl. I Nr. 33) in der Änderungsfassung durch das Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 vom 13. Dezember 2019 (GVBl. I Nr. 57) wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird nach Satz 1 folgender Satz 2 eingefügt:

Zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie wird das Ministerium der Finanzen und für Europa ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben Kredite im Haushaltsjahr 2020 bis zur Höhe von 2 000 000 000 Euro aufzunehmen.

b) In Absatz 1 werden die bisherigen Sätze 2 und 3 die Sätze 3 und 4.

c) In Absatz 1 wird im neuen Satz 4 die Angabe ‚Satz 2‘ durch die Angabe ‚Satz 3‘ ersetzt.

d) In Absatz 2 wird nach Satz 1 folgender Satz 2 eingefügt:

‚Die Ermächtigung nach Satz 1 erhöht sich um den Saldo aus den veranschlagten Rücklagenentnahmen und den veranschlagten Rücklagenzuführungen gemäß Finanzierungsübersicht sowie um die jeweilige Inanspruchnahme der mit dem Nachtragshaushaltsgesetz 2019 gebildeten Rücklage des Sondervermögens Zukunftsinvestitionsfonds des Landes Brandenburg.‘

e) In Absatz 2 werden die bisherigen Sätze 2 und 3 die Sätze 3 und 4.

f) In Absatz 2 wird im neuen Satz 4 die Angabe ‚Satz 2‘ durch die Angabe ‚Satz 3‘ ersetzt.

g) Absatz 9 wird um folgenden Satz 2 ergänzt:

‚Für das Jahr 2020 wird als Ausnahme eine Überschreitung des in Satz 1 festgelegten Neubewilligungsvolumens in Höhe der in Vorjahren nicht in Anspruch genommenen Bundesmittel in Höhe von höchstens 75 000 000 Euro zugelassen.‘

2. Nach § 2 wird folgender § 2a eingefügt:

§ 2a

Tilgungsplan

Beginnend mit dem Haushaltsjahr 2022 werden die gemäß § 2 Absatz 1 Satz 2 aufgenommenen Kredite jährlich fortlaufend in Höhe von mindestens 3,3 Prozent getilgt.

3. Nach § 8 wird folgender § 8a eingefügt:

§ 8a

Mehrausgaben zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie

Zur Bekämpfung der Folgen des Corona-Pandemie wird das Ministerium der Finanzen und für Europa abweichend von § 8 sowie von § 37 LHO ermächtigt, in über- und außerplanmäßige Ausgaben bis zur Höhe von 2 000 000 000 Euro einzuwilligen, sofern dies für die Aufrechterhaltung der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben sowie von wesentlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Funktionen unabhängig von der Trägerschaft sowie für den Ausgleich von nicht unerheblichen Schäden unabweisbar ist. Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen des Landtages ist unverzüglich über Einwilligungen nach Satz 1 zu unterrichten.

4. Die Anlage enthält die aus dem Anhang zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.“

Begründung:

Die Ausbreitung des Coronavirus stellt für das gesamte Land Brandenburg eine erhebliche Belastung dar. Zur Eindämmung der Corona-Pandemie wurden bereits verschiedene Maßnahmen ergriffen. Dabei stehen der Gesundheitsschutz der Bevölkerung und die Funktionsfähigkeit des Staates einschließlich der Kommunen im Vordergrund. Darüber hinaus werden absehbar auch unterstützende Maßnahmen erforderlich sein, um wesentliche wirtschaftliche, soziale und kulturelle Funktionen aufrecht zu erhalten. Dies gilt unabhängig davon, ob diese Funktionen durch öffentliche oder private Institutionen, Einrichtungen und Unternehmen wahrgenommen werden oder ob bei Dritten Schäden ausgeglichen werden müssen, die infolge der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie entstanden sind und die ohne Ausgleich durch das Land zu einer existenzbedrohenden Härte führen würden. Die Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie wird das Land Brandenburg insgesamt auch finanziell vor immense

Herausforderungen stellen. Eine entsprechende Haushaltsvorsorge ist dafür nicht getroffen.

Mit dem vorliegenden Änderungsantrag sollen für die Bekämpfung der Folgen der Pandemie erhebliche Haushaltsmittel bereitgestellt werden. Dabei ist eine sehr dynamische Entwicklung der pandemischen Lage und ihrer komplexen Auswirkungen auf die gesamte Infrastruktur des Landes Brandenburg festzustellen. Es zeichnet sich unübersehbar ab, dass erforderliche Hilfen für Krankenhäuser und andere Einrichtungen des Gesundheitswesens, die Unterstützung für Unternehmen und Gewerbetreibende, Ausgleichszahlungen für nicht erhobene Elternbeiträge zur Kindertagesbetreuung, Entschädigungszahlungen für Verdienstauffälle infolge notwendiger Kinderbetreuung sowie nicht zuletzt die finanzielle Absicherung öffentlicher Infrastrukturunternehmen das Land – auch unter Berücksichtigung der Bundeshilfen – mit erheblich mehr als 1 Mrd. € belasten werden. Zur Gewährleistung einer ausreichenden Handlungsfähigkeit der Landesregierung ist es deshalb erforderlich, hierfür ein Globalbudget in Höhe von 2,0 Mrd. € zur Verfügung zu stellen.

Hierbei ist zu bedenken, dass die Corona-Pandemie auch die Arbeitsfähigkeit des Landtages Brandenburg gefährden kann. Vor diesem Hintergrund enthält der Änderungsantrag ausschließlich für das Haushaltsjahr 2020 eine weitreichende Ermächtigung für das Ministerium der Finanzen und für Europa, abweichend von § 8 HG 2019/2020 sowie von § 37 LHO in über- und außerplanmäßige Ausgaben im Umfang von bis zu 2 Mrd. € einzuwilligen. Die Deckung dieser Ausgaben wird durch eine entsprechende Kreditermächtigung auf der Grundlage von § 18b LHO gewährleistet, die bei Bedarf im Haushaltsvollzug in Anspruch genommen werden kann. Der gemäß § 18b LHO erforderliche Tilgungsplan wird mit § 2a festgelegt. Bei einer vollständigen Ausschöpfung der Kreditermächtigung von 2,0 Mrd. € würde sich daraus eine jährliche Tilgungsverpflichtung in Höhe von 66 Mio. € ergeben.

Zur Wahrung eines Mindestmaßes an parlamentarischer Kontrolle ist der Ausschuss für Haushalt und Finanzen des Landtages unverzüglich über die Einwilligungen in über- oder außerplanmäßige Ausgaben gem. § 8a zu unterrichten.

Änderungsantrag

SPD-Fraktion

CDU-Fraktion

Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 03 (MIK)**Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)**

Seite: 154	Kapitel: 0 3 0 2 0	Titel: 3 5 6 7 3
Zweckbestimmung: Entnahme aus dem Zukunftsinvestitionsfonds Brandenburg		

Stichwort: Zweckverband „Digitale Kommunen Brandenburg“

Ansatz im Entwurf 2020	0 €
Änderung (+/-):	500.000 €
Ansatz neu:	500.000 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

JA NEIN ENTH.
7 1 3

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Finanzielle Unterstützung des sich in Gründung befindenden Zweckverbands „digitale Kommunen Brandenburg“.

Derzeit gründen Städte, Gemeinden und Ämter den Zweckverband „digitale Kommunen Brandenburg“. Er stellt derzeit das Schlüsselprojekt für eine strategische und operative Umsetzung der Digitalisierung der brandenburgischen Gemeindeverwaltungen dar und ist Kernelement bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes und der Digitalisierung Brandenburger Gemeindeverwaltungen.

Die Gründung des Zweckverbandes „digitale Kommunen Brandenburg“ beruht auf Empfehlung des Landesausschusses des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg, die im Rahmen der Klausurtagung „Digitalisierung und E-Government“ des Landesausschusses des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg am 20. April 2018 ausgesprochen wurde.

Der Eigenbetrieb der Stadt Cottbus, das Kommunale Rechenzentrum Cottbus (KRZ Cottbus), soll damit in eine für alle Kommunen offene kommunal getragene Struktur überführt werden.

Bisher haben 19 Stadtverordnetenversammlungen, Gemeindevertretungen und Amtsausschüsse sowie das Präsidium des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg selbst beschlossen, Gründungsmitglieder des Zweckverbandes zu werden. Weitere vier Kommunen haben Beschlüsse zum künftigen Beitritt gefasst, so dass sich damit die Anzahl der Zweckverbandsmitglieder im Rahmen der konstituierenden Verbandsversammlung auf 24 erhöhen wird.

Die brandenburgischen Kommunalverwaltungen stehen insbesondere bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetz vor einer großen Herausforderung, die nur gemeinsam und mit Unterstützung des Landes bewältigt werden kann.

Die Gründung und Unterstützung des Zweckverbandes soll nicht anderen Initiativen entgegenlaufen. Etwa der im Koalitionsvertrag vorgesehenen Schaffung einer gemeinsamen Struktur zur Zusammenarbeit von Land und Kommunen im Bereich der IT (Koalitionsvertrag „Zusammenhalt, Nachhaltigkeit, Sicherheit“, Randziffer 772 bis 788). So sollen bspw. IT-Basiskomponenten und IT-Infrastrukturen, die beim Brandenburgischen IT-Dienstleister aufgebaut und den Kommunen zur Mitnutzung angeboten werden, nicht vom Zweckverband aufgebaut und angeboten. Damit sollen Parallelstrukturen ausgeschlossen werden.

Der Brandenburgische IT-Dienstleister soll kooperativ mit dem Zweckverband online-Verwaltungsleistungen und weitere Anforderungen der Digitalisierung realisieren sowie gemeinsam flexibel auf innovative technologische Trends reagieren können.

Änderungsantrag

SPD-Fraktion

CDU-Fraktion

Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 03 (MIK)**Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)**

Seite: 158	Kapitel: 0 3 0 2 0	Titel: T G r. 7 3
Zweckbestimmung: Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsfonds		

Stichwort: Zweckverband „Digitale Kommunen Brandenburg“

Ansatz im Entwurf 2020	€
Änderung (+/-):	€
Ansatz neu:	€

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

JA NEIN ENTH.
7 1 3

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Maßnahme	2020	2021	2022
Investitionsprogramm Feuerwehrinfrastruktur	0,0	5.000.000,0	5.000.000,0
Zweckverband „Digitale Kommunen Brandenburg“	500.000,0	1.000.000,0	1.000.000,0
Zusammen	500.000,0	6.000.000,0	6.000.000,0

Begründung:

Finanzielle Unterstützung des sich in Gründung befindenden Zweckverbands „digitale Kommunen Brandenburg“.

Derzeit gründen Städte, Gemeinden und Ämter den Zweckverband „digitale Kommunen Brandenburg“. Er stellt derzeit das Schlüsselprojekt für eine strategische und operative Umsetzung der Digitalisierung der brandenburgischen Gemeindeverwaltungen dar und ist Kernelement bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes und der Digitalisierung Brandenburger Gemeindeverwaltungen.

Die Gründung des Zweckverbandes „digitale Kommunen Brandenburg“ beruht auf Empfehlung des Landesausschusses des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg, die im Rahmen der Klausurtagung „Digitalisierung und E-Government“ des Landesausschusses des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg am 20. April 2018 ausgesprochen wurde.

Der Eigenbetrieb der Stadt Cottbus, das Kommunale Rechenzentrum Cottbus (KRZ Cottbus), soll damit in eine für alle Kommunen offene kommunal getragene Struktur überführt werden.

Bisher haben 19 Stadtverordnetenversammlungen, Gemeindevertretungen und Amtsausschüsse sowie das Präsidium des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg selbst beschlossen, Gründungsmitglieder des Zweckverbandes zu werden. Weitere vier Kommunen

haben Beschlüsse zum künftigen Beitritt gefasst, so dass sich damit die Anzahl der Zweckverbandsmitglieder im Rahmen der konstituierenden Verbandsversammlung auf 24 erhöhen wird.

Die brandenburgischen Kommunalverwaltungen stehen insbesondere bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetz vor einer großen Herausforderung, die nur gemeinsam und mit Unterstützung des Landes bewältigt werden kann.

Die Gründung und Unterstützung des Zweckverbandes soll nicht anderen Initiativen entgegenlaufen. Etwa der im Koalitionsvertrag vorgesehenen Schaffung einer gemeinsamen Struktur zur Zusammenarbeit von Land und Kommunen im Bereich der IT (Koalitionsvertrag „Zusammenhalt, Nachhaltigkeit, Sicherheit“, Randziffer 772 bis 788). So sollen bspw. IT-Basiskomponenten und IT-Infrastrukturen, die beim Brandenburgischen IT-Dienstleister aufgebaut und den Kommunen zur Mitnutzung angeboten werden, nicht vom Zweckverband aufgebaut und angeboten. Damit sollen Parallelstrukturen ausgeschlossen werden.

Der Brandenburgische IT-Dienstleister soll kooperativ mit dem Zweckverband online-Verwaltungsleistungen und weitere Anforderungen der Digitalisierung realisieren sowie gemeinsam flexibel auf innovative technologische Trends reagieren können.

Zur Beschleunigung und Beförderung der mit der Zweckverbandsgründung verbundenen Ziele werden für eine Anschubfinanzierung im Jahr 2020 Mittel in Höhe von 500.000 Euro sowie in den kommenden zwei Jahren jährlich in Höhe von 1.000.000 Euro durch das Land bereitgestellt.

Änderungsantrag

SPD-Fraktion

CDU-Fraktion

Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 03 (MIK)

Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite: 158	Kapitel: 0 3 0 2 0	Titel: 8 8 7 7 3
Zweckbestimmung: Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände		

Stichwort: Zweckverband „Digitale Kommunen Brandenburg“

Ansatz im Entwurf 2020	€
Änderung (+/-):	+500.000 €
Ansatz neu:	500.000 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Entwurf:	10.000.000 €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	2021: +1.000.000 € 2022: +1.000.000 €
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	2022: 6.000.000 € 2022: 6.000.000 € Summen: 12.000.000 €

JA NEIN ENTH.
7 1 3

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
154	03 020	356 73	Entnahme aus dem Zukunftsinvestitionsfonds Brandenburg	500.000 €
				€
insgesamt:				500.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Finanzielle Unterstützung des sich in Gründung befindenden Zweckverbands „digitale Kommunen Brandenburg“.

Derzeit gründen Städte, Gemeinden und Ämter den Zweckverband „digitale Kommunen Brandenburg“. Er stellt derzeit das Schlüsselprojekt für eine strategische und operative Umsetzung der Digitalisierung der brandenburgischen Gemeindeverwaltungen dar und ist Kernelement bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes und der Digitalisierung Brandenburger Gemeindeverwaltungen.

Die Gründung des Zweckverbandes „digitale Kommunen Brandenburg“ beruht auf Empfehlung des Landesausschusses des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg, die im Rahmen der Klausurtagung „Digitalisierung und E-Government“ des Landesausschusses des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg am 20. April 2018 ausgesprochen wurde.

Der Eigenbetrieb der Stadt Cottbus, das Kommunale Rechenzentrum Cottbus (KRZ Cottbus), soll damit in eine für alle Kommunen offene kommunal getragene Struktur überführt werden.

Bisher haben 19 Stadtverordnetenversammlungen, Gemeindevertretungen und Amtsausschüsse sowie das Präsidium des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg selbst beschlossen, Gründungsmitglieder des Zweckverbandes zu werden. Weitere vier Kommunen haben Beschlüsse zum künftigen Beitritt gefasst, so dass sich damit die Anzahl der Zweckverbandsmitglieder im Rahmen der konstituierenden Verbandsversammlung auf 24 erhöhen wird.

Die brandenburgischen Kommunalverwaltungen stehen insbesondere bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetz vor einer großen Herausforderung, die nur gemeinsam und mit Unterstützung des Landes bewältigt werden kann.

Die Gründung und Unterstützung des Zweckverbandes soll nicht anderen Initiativen entgegenlaufen. Etwa der im Koalitionsvertrag vorgesehenen Schaffung einer gemeinsamen Struktur zur Zusammenarbeit von Land und Kommunen im Bereich der IT (Koalitionsvertrag „Zusammenhalt, Nachhaltigkeit, Sicherheit“, Randziffer 772 bis 788). So sollen bspw. IT-Basiskomponenten und IT-Infrastrukturen, die beim Brandenburgischen IT-Dienstleister aufgebaut und den Kommunen zur Mitnutzung angeboten werden, nicht vom Zweckverband aufgebaut und angeboten. Damit sollen Parallelstrukturen ausgeschlossen werden.

Der Brandenburgische IT-Dienstleister soll kooperativ mit dem Zweckverband online-Verwaltungsleistungen und weitere Anforderungen der Digitalisierung realisieren sowie gemeinsam flexibel auf innovative technologische Trends reagieren können.

Zur Beschleunigung und Beförderung der mit der Zweckverbandsgründung verbundenen Ziele werden für eine Anschubfinanzierung im Jahr 2020 Mittel in Höhe von 500.000 Euro sowie in den kommenden zwei Jahren jährlich in Höhe von 1.000.000 Euro durch das Land bereitgestellt.

Änderungsantrag

SPD-Fraktion

CDU-Fraktion

Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 05 (MBJS)

Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite: 43 (307 NTH-E)	Kapitel: 0 5 0 2 0	Titel:	7 3
Zweckbestimmung: Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsfonds			

Stichwort: Einrichtung einer Titelgruppe 73 - Ausgaben

Ansatz im Entwurf 2020

-

Änderung (+/-):

-

Ansatz neu:

-

Verpflichtungsermächtigungen 2020

Ansatz im Entwurf:

-

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

-

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

-

JA

NEIN

ENTH.

11

-

-

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

*Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig. Eine darüberhinausgehende Deckungsfähigkeit gemäß § 5 Abs. 8 Satz 2 HG 2019/2020 ist nicht gegeben.
Aus den Mitteln dieser Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).*

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Das Sondervermögen Zukunftsinvestitionsfonds dient der Finanzierung landespolitisch strategisch bedeutender investiver Projekte in den Bereichen Regionalentwicklung, Klimaschutz, moderne Infrastruktur, Digitalisierung und Innovationen. Weitere aus dem Sondervermögen finanzierte Investitionsprojekte sind in anderen Einzelplänen veranschlagt.

1	2	3	4
Lfd. Nr.	Bezeichnung der Maßnahme	Gesamtausgabevolumen (EUR)	Von (3) in 2020 als Ausgabe veranschlagt (EUR)
1	KIP-Bildung	20.000.000	0
2	KIP Sport und Goldener Plan Brandenburg	7.000.000	0

Begründung:

In der Rückschau und Bewertung der Förderprogramme der letzten Legislaturperiode ist festzustellen, dass sich das Kommunale Infrastrukturprogramm (KIP) als Instrument der gezielten Förderung und dezentralen Investitionsunterstützung bewährt hat. Mit verschiedenen Schwerpunkten konnten Investitionen in wichtige infrastrukturelle Vorhaben / Politikbereiche realisiert werden:

- Bildungsinfrastruktur
- Verkehrsinfrastruktur
- Feuerwehreinfrastuktur
- Freizeit- und Sportinfrastruktur.

Bei der Ausgestaltung eines auf den Erfahrungen des bisherigen KIP aufbauenden neuen Brandenburger Investitionsprogramms kommt es darauf an, die erfolgreichen Maßnahmen fortzuführen und dabei die Wirksamkeit der Maßnahmen vor Ort als maßgebliches und messbares Kriterium beizubehalten. Als zusätzliche Anforderung sind die Projekte des KIP

20 jedoch in einen landespolitischen Rahmen zu stellen. Inhaltlich sind die Maßnahmen den allgemeinen Kriterien des Zukunftsinvestitionsfonds anzupassen.

Im Entwurf zum NTHG 2020 ist bereits die Fortführung für den Bereich Feuerwehr als Maßnahme des KIP 20 mit einer Finanzierung aus dem Zukunftsinvestitionsfonds angelegt.

Mit der Einrichtung der Titelgruppe 73 im Epl 05 sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, auch für die Bereiche Bildung sowie Sport das KIP im Rahmen des neuen Brandenburger Investitionsprogramms fortzuführen. .

Änderungsantrag

SPD-Fraktion

CDU-Fraktion

Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 05 (MBS)

Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite: 43 (307 NTHG-E)	Kapitel: 0 5 0 2 0	Titel: 6 7 1 7 3
Zweckbestimmung: Entgelte an einen Dienstleister		

Stichwort: Ausgabemittel für Geschäftsbesorger

Ansatz im Entwurf 2020

0 €

Änderung (+/-):

+200.000 €

Ansatz neu:

200.000 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020**Ansatz im Entwurf:**

0 €

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

2021: +500.000 €

2022: +500.000 €

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

2021: 500.000 €

2022: 500.000 €

Summen: 1.000.000 €JA
7NEIN
-ENTH.
4

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
753	20 020	359 15	Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	200.000 €
				€
insgesamt:				200.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Zu veranschlagen sind hier die notwendigen Ausgaben für einen Geschäftsbesorger (ILB) zur Fortführung von KIP Bildung.

Änderungsantrag

SPD-Fraktion

CDU-Fraktion

Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 05 (MBS)

Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite: 43 (307 NTHG-E)	Kapitel: 0 5 0 2 0	Titel: 8 8 3 7 3
Zweckbestimmung: Zuweisungen für an Gemeinden und Gemeindeverbände		

Stichwort: Fortführung KIP Sport und Goldener Plan Brandenburg sowie des KIP Bildung

Ansatz im Entwurf 2020	€
Änderung (+/-):	€
Ansatz neu:	€

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	2021: +13.000.000 € 2022: +14.000.000 €
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	2021: 13.000.000 € 2022: 14.000.000 € Summen: 27.000.000 €

JA
8NEIN
-ENTH.
3

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
insgesamt:				€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

KIP Sport und Goldner Plan Brandenburg

Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, dass das Kommunale Infrastrukturprogramm Sport aufgestockt und fortgeführt wird, um auch im ländlichen Raum ausreichend attraktive Sportangebote vorhalten zu können. In diesem Sinne wird auch der Goldene Plan Brandenburg (GPB) fortgesetzt.

Das KIP Sport wurde gemeinsam mit dem Landessportbund (LSB) in den Jahren 2016 bis 2019 erfolgreich umgesetzt und hat sich als effizientes Programm in der Praxis bewährt.

Die Förderkulisse des GPB (ländlicher Raum) soll im zukünftigen KIP 20-Sport integriert und als ein gemeinsames Förderprogramm ab 2021 weitergeführt werden.

Um eine planmäßige Umsetzung des Förderprogrammes zu gewährleisten, ist die Verpflichtungsermächtigung (VE) in Höhe von 7 Mio. € (davon 3 Mio. € fällig in 2021 und 4 Mio. € in 2022) notwendig. Die Inanspruchnahme der VE ist mit dem LSB, der die Mittel an die Sportvereine weiterreicht, abgestimmt.

KIP Bildung

Bildung ist ein wichtiger Schlüssel für die Verwirklichung individueller Lebens- und Teilhabechancen, für den wirtschaftlichen Erfolg eines Landes sowie für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Moderne, gut ausgestattete Schulgebäude sind eine wichtige Gelingensbedingung für Bildungsprozesse, so dass Investitionen im Bereich Schulbau eine strategische Investition in die Zukunft darstellen. Die Bedeutung und die Aufgaben von Schule gehen jedoch weit über eine reine Wissensvermittlung hinaus. Sie wirken auf ihre örtliche Umgebung und sind ein zentraler Erfolgsfaktor in der Kommunal- und Regionalentwicklung.

Das Bildungssystem steht vor großen Herausforderungen, die sich z. B. durch die Digitalisierung, den Wandel der Arbeitswelt und die demographische Entwicklung ergeben. Der Anspruch schulische Infrastruktur entsprechend der zeitgemäßen (pädagogischen) Leitbilder auszustatten, begründet ebenso einen hohen Investitionsbedarf für Schulen, wie

die Anpassung an aktuelle technische, ökologische und energetische Standards. Trotz der bisherigen staatlichen Förderprogramme zur Unterstützung des Wandels der schulischen Infrastruktur existiert ein erheblicher Investitionsrückstau und -bedarf bei Schulen.

Schulbau stellt gemäß § 99 i. V. m. den §§ 108 und 110 des Brandenburgischen Schulgesetzes eine pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe in Finanzierungsverantwortung der Schulträger dar. Gemäß § 115 kann das Land Zuwendungen für Bauinvestitionen und Ausstattungsinvestitionen gewähren.

Teile der erforderlichen Investitionsbedarfe lassen sich aufgrund der Haushaltssituation der Kommunen nur durch zusätzliche Förderungen realisieren. Das Förderprogramm KIP-Bildung ist mit Datum vom 31.12.2019 ausgelaufen und wurde voll ausgeschöpft. Nicht alle Förderanträge konnten berücksichtigt werden. Im Koalitionsvertrag ist daher vereinbart, dass die Koalition das Kommunale Infrastrukturprogramm Bildung im Rahmen des neuen Brandenburger Investitionsprogramms fortführen wird.

Die Investitionsbedarfe der Kommunen in schulische Infrastruktur sind dabei sehr unterschiedlich. Je nach spezifischer Situation bestehen Investitionsbedarfe v. A. aufgrund problematischer baulicher Situationen (grundlegender Sanierungsbedarf, Brandschutz, Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz), Bevölkerungswachstum (Notwendigkeit der Schaffung zusätzlicher Kapazitäten) damit verbundener und zu berücksichtigender Modernisierungserfordernisse (Anpassung schulischer Infrastruktur an zeitgemäße Leitbilder der Ausgestaltung von Schulgebäuden, z.B. gemeinsamer Unterricht, moderne Raumprogramme, Energieeffizienz, Digitalisierung, räumliche Zusammenfassung von Bildungseinrichtungen).

Um eine planmäßige Umsetzung des Förderprogrammes zu gewährleisten, ist die Verpflichtungsermächtigung (VE) in Höhe von 20 Mio. € (davon 10 Mio. € fällig in 2021 und 10 Mio. € in 2022) notwendig.

Änderungsantrag

SPD-Fraktion

CDU-Fraktion

Fraktion Bündnis 90/GRüne

Einzelplan 05

Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite:	Kapitel: 0 5 3 0 0	Titel: 6 8 1 2 0
Zweckbestimmung: Zuweisungen an Schulträger und Fördervereine zur Kostenerstattung an Eltern		

Stichwort: neuer Titel für die Erstattung von Stornogebühren, die in Zusammenhang mit dem Ausfall von Schulfahrten entstanden sind

Ansatz im Entwurf 2020	0 €
Änderung (+/-):	0 €
Ansatz neu:	0 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

JA NEIN ENTH.
11 - -

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Ausgaben können aus der gebildeten Rücklage des Verwaltungs- und Personalbudgets gedeckt werden. Die Deckungsfähigkeit laut Haushaltsgesetz bleibt erhalten.

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Der Titel dient dem Nachweis von Ausgaben, die Eltern im Zusammenhang mit dem Ausfall von Schulfahrten zur Verhinderung der Verbreitung des Corona-Virus entstanden sind.

Begründung:

Auf Basis der nach den Abstimmungen der Landesregierung mit den Kommunen ergangenen Allgemeinverfügungen und fachlichen Weisungen des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz gem. § 28 Abs. 1, 33 Infektionsschutzgesetz vom 12. und 15. März 2020 sind die Schulleitungen und Lehrkräfte des Landes Brandenburg mit Schreiben des MBS vom 12. März und 15. März 2020 (RS 10/20) aufgefordert worden, folgenden Schulfahrten abzusagen:

- alle Schulfahrten bis einschließlich 19.04.2020,
- ausländische Schulfahrten in Risikogebiete bis zum Ende des Schuljahres 2019/2020.
- Darüber hinaus wurde den Schulleitungen dabei durch das MBS mitgeteilt, weitere Fahrten nur nach eigener Risikoabwägung durchzuführen und generell eine weitere Planung für das Schulfahrtenprogramm 2020/21 mit Blick auf die nicht prognostizierbare Entwicklung des Infektionsgeschehens sowohl im Ausland als auch im Inland zur Vermeidung von Stornokosten mit großer Zurückhaltung zu treffen.

Das Rundschreiben 10/20 des MBS ist diesbezüglich zwischenzeitlich durch die Eindämmungsverordnung vom 17.03.2020 durch eine höherrangige Rechtsvorschrift abgelöst worden. Für alle aufgrund von Weisung durch das MBS abzusagenden Schulfahrten, wurde die Übernahme von Stornierungskosten im Wege der Entschädigungsleistung bereits in Aussicht gestellt.

Für die Stornierung von nach dem 19.04.2020 und außerhalb von Risikogebieten geplanten Schulfahrten gibt es aber keine Übernahmeerklärung anfallender Kosten. Die Beförderung der Absage aller Schulfahrten liegt jedoch im öffentlichen Interesse, da neben der

gesundheitspolitischen Fürsorge zudem die gewonnene Zeit insbesondere zum Nachholen des coronabedingten ausgefallenen Unterrichtsstoffs noch im laufenden Schuljahr möglich ist. Mit einem entsprechenden Förderprogramm soll nunmehr der Einzelne, der über eine (Nicht-)Absage von Schulfahrten nach den Osterferien ohne Weisung selbst befinden muss (Landesbedienstete, Eltern) in der Entscheidung bekräftigt werden, die Schulfahrten abzusagen und auf die Fördermöglichkeit zu verweisen. Die Übernahme der Stornokosten durch das Land erfolgt als freiwillige Förderung ohne Anerkennung einer Rechtsverpflichtung.

Für SPD-Fraktion Für CDU-Fraktion Für Fraktion Bündnis 90/Grüne

Änderungsantrag

SPD-Fraktion

CDU-Fraktion

Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 06 – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur**Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)**

Seite: 349	Kapitel: 0 6 1 0 0	Titel: 6 8 6 1 0
Zweckbestimmung: Zuschuss des Landes für die Projektförderung der Medizinischen Hochschule Brandenburg Theodor Fontane (MHB) [neuer Titel]		

Stichwort: neuer Titel: Projektförderung MHB

Ansatz im Entwurf 2020	0 €
Änderung (+/-):	+6.600.000 €
Ansatz neu:	6.600.000 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020
Ansatz im Entwurf:
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:
Ansatz neu mit Fälligkeiten:

JA NEIN ENTH.
11 - -

Deckung bei: Epl. 06 / 20				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
349	06 100	686 60	Maßnahmen zur Profil- und Strukturbildung sowie innovative Maßnahmen im Hochschulbereich	1.600.000 €
753	20 020	359 15	Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	5.000.000 €
insgesamt:				6.600.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Mittel werden für die Förderung des Projektes „Erreichung der Akkreditierung“ eingesetzt.

Begründung:

Mit der Unterstützung soll die Forschungsstärke der MHB gesteigert werden. Der MHB soll es dadurch erleichtert werden, die Akkreditierung durch den Wissenschaftsrat in 2024 erfolgreich zu durchlaufen.

Der Leistungsbereich Forschung befindet sich derzeit noch in der Aufbauphase und muss quantitativ und qualitativ ausgebaut werden. Durch eine Zuwendung in Höhe von 6,6 Mio. Euro in 2020 sollen dafür die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden.

Über die Fortführung der Projektförderung für die MHB ist jeweils mit den nachfolgenden Haushalten zu entscheiden.

Mit der Einrichtung eines neuen Haushaltstitels soll die Förderung transparent gestaltet werden.

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Epl. 08 - MWAE

Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite: 504	Kapitel: 0 8 0 3 0	Titel: 3 5 6 3 0
Zweckbestimmung: Entnahme aus Beteiligungsfonds und sonstigen Finanzinstrumenten (neu)		

Stichwort: Verstärkung des KoSta-Programms und der Zuschüsse für laufende Zwecke im Rahmen der Soforthilfe „Corona“.

Ansatz im Entwurf 2020	---	€
Änderung (+/-):	+0	€
Ansatz neu:	0	€

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

JA NEIN ENTH.
10 - -

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Einnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 08 030 Titel 683 10 und Mehrausgaben bei Titel 862 10 herangezogen werden

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

In den vergangenen Förderperioden wurden im Rahmen der EFRE-Intervention unter komplementärer Aufbringung des nationalen Anteils durch das Land Brandenburg in geringem Umfang Fonds für eine Beteiligung an Unternehmen (Risikokapital insbesondere an „Startups“) sowie vergleichbare Finanzinstrumente (z. B. Darlehen) aufgebaut. Diese werden treuhänderisch von der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) verwaltet, sind mittlerweile geschlossen und haben Rückflüsse generiert, die nach den Vorgaben der Europäischen Kommission erneut für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) einzusetzen sind. Diese Rückflüsse sollen in der durch die die pandemische Ausbreitung des Corona-Virus SARS-CoV-2 (COVID-19 „Corona“-Virus) ausgelösten Krisensituation genutzt werden, um sowohl zusätzliche Liquiditätshilfen als Darlehen im Rahmen des Konsolidierungs- und Standortsicherungsprogramms (KoSta) an KMU als auch Zuschüsse für laufende Zwecke im Rahmen der Soforthilfe „Corona“ ausreichen zu können. Da der Bedarf derzeit nicht abschätzbar ist, wird lediglich ein Einnahmetitel mit einem 0-Ansatz und einem Zufließvermerk zugunsten des „Corona“- wie auch des KoSta-Ausgabetitels ausgebracht.

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Epl. 08 - MWAE

Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite: 504	Kapitel: 0 8 0 3 0	Titel: 6 8 3 1 0
Zweckbestimmung: Zuschüsse für laufende Zwecke im Rahmen der Soforthilfe „CORONA“ (neu)		

Stichwort: Billigkeitsleistungen § 53 LHO zur Soforthilfe „CORONA“

Ansatz im Entwurf 2020	---	€
Änderung (+/-):		+0 €
Ansatz neu:		0 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020		
Ansatz im Entwurf:		€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:		€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:		€

JA NEIN ENTH.
10 - -

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Ausgaben dürfen zusammen mit Mehrausgaben aus Titel 862 10 in Höhe der Einnahmen bei Titel 356 30 (Entnahme aus Beteiligungsfonds und sonstigen Finanzinstrumenten) geleistet werden.

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen) Die Ausgaben dienen als Soforthilfe im Form von Zuschüssen an gewerbliche Unternehmen und Angehörige Freier Berufe, die durch die pandemische Ausbreitung des Corona-Virus SARS-CoV-2 (COVID-19 „Corona“-Virus) besonders geschädigt werden.

Begründung:

In den vergangenen Förderperioden wurden im Rahmen der EFRE-Intervention unter komplementärer Aufbringung des nationalen Anteils durch das Land Brandenburg in geringem Umfang Fonds für eine Beteiligung an Unternehmen (Risikokapital insbesondere an „Startups“) sowie vergleichbare Finanzinstrumente (z. B. Darlehen) aufgebaut. Diese werden treuhänderisch von der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) verwaltet, sind mittlerweile geschlossen und haben Rückflüsse generiert, die nach den Vorgaben der Europäischen Kommission EU erneut für KMU kleine und mittlere Unternehmen (KMU) einzusetzen sind. Diese Rückflüsse sollen als Soforthilfe in Form von Zuschüssen in der durch die pandemische Ausbreitung des Corona-Virus SARS-CoV-2 (COVID-19 „Corona“-Virus) ausgelösten Krisensituation eingesetzt werden. Da zeitnahes Handeln vor Verabschiedung des Nachtragshaushaltsgesetzes für das Jahr 2020 geboten war, der Bedarf derzeit jedoch nicht abschätzbar ist, wurde hierfür zunächst mit Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages Brandenburg vom 19. März 2020 in eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 7.500.000,00 EUR gem. § 8 Absatz 1 Haushaltsgesetz 2019/2020 eingewilligt.

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Epl. 08 - MWAE

Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite: 504	Kapitel: 0 8 0 3 0	Titel: 8 6 2 1 0
Zweckbestimmung: Darlehen an kleine und mittelständische Unternehmen aus dem Konsolidierungs- und Standortsicherungsprogramm - KoSta		

Stichwort: Verstärkung des KoSta-Programms

Ansatz im Entwurf 2020	1.000.000 €
Änderung (+/-):	+0 €
Ansatz neu:	1.000.000 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

JA NEIN ENTH.
10 - -

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Mehrausgaben dürfen zusammen mit Ausgaben aus Titel 683 10 in Höhe der Einnahmen bei Titel 356 30 (Entnahme aus Beteiligungsfonds und sonstigen Finanzinstrumenten) geleistet werden. Ferner dürfen Mehrausgaben in Höhe der Mehreinnahmen bei den Titeln 162 10 (Zinseinnahmen aus KoSta), 182 10 (Darlehensrückflüsse aus KoSta) und 356 20 (Entnahmen aus LISI, KONSI) sowie bis zur Höhe von 5 Mio. EUR aus Einsparungen im Einzelplan 08 geleistet werden.

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Das Konsolidierungs- und Standortsicherungsprogramm (KoSta) ist das Nachfolgeprogramm der Programme LISI, KONSI I und KONSI II, mit dem kleinen und mittleren Unternehmen in existenzbedrohenden Schwierigkeiten weiterhin die erforderliche Unterstützung zur Wiederherstellung ihrer Wettbewerbsfähigkeit gewährt werden kann. Die KoSta-Richtlinie ist am 21.10.2015 im Amtsblatt für Brandenburg veröffentlicht worden. Grundlage für die Landesrichtlinie ist die Bundesrahmenregelung für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung kleiner und mittlerer Unternehmen in Schwierigkeiten (BRR). Die BRR ist am 25.02.2015 von der EU-Kommission als mit dem Binnenmarkt vereinbar erklärt worden.

Begründung:

In den vergangenen Förderperioden wurden im Rahmen der EFRE-Intervention unter komplementärer Aufbringung des nationalen Anteils durch das Land Brandenburg in geringem Umfang Fonds für eine Beteiligung an Unternehmen (Risikokapital insbesondere an „Startups“) sowie vergleichbare Finanzinstrumenten (z. B. Darlehen) aufgebaut. Diese werden treuhänderisch von der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) verwaltet, sind mittlerweile geschlossen und haben Rückflüsse generiert, die nach den Vorgaben der Europäischen Kommission erneut für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) einzusetzen sind. Diese Rückflüsse sollen in der durch die die pandemische Ausbreitung des Corona-Virus SARS-CoV-2 (COVID-19, „Corona“-Virus) ausgelösten Krisensituation genutzt werden, um zusätzliche Liquiditätshilfen als Darlehen im Rahmen des Konsolidierungs- und Standortsicherungsprogramms (KoSta) an KMU ausreichen zu können.

Änderungsantrag

SPD-Fraktion

CDU-Fraktion

Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Einzelplan 10 – Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz**Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)**

Seite: 561	Kapitel: 1 0 0 2 0	Titel: G r. 7 3
Zweckbestimmung: Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsfonds		

Stichwort: Einrichtung einer Titelgruppe 73 - Einnahmen

Ansatz im Entwurf 2020:

– entfällt, da Titelgruppe –

€

Änderung (+/-):

– entfällt, da Titelgruppe –

€

Ansatz neu:

– entfällt, da Titelgruppe –

€

Verpflichtungsermächtigungen 2020**Ansatz im Entwurf:** – entfällt –

€

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

– entfällt –

€

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

– entfällt –

€

JA NEIN ENTH.
7 - 4

Deckung bei: – entfällt –				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig. Eine darüber hinausgehende Deckungsfähigkeit gemäß § 5 Abs. 8 Satz 2 HG 2019/2020 ist nicht gegeben. Aus den Mitteln dieser Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Das Sondervermögen Zukunftsinvestitionsfonds dient der Finanzierung landespolitisch strategisch bedeutender investiver Projekte in den Bereichen Regionalentwicklung, Klimaschutz, moderne Infrastruktur, Digitalisierung und Innovationen. Weitere aus dem Sondervermögen finanzierte Investitionsprojekte sind in anderen Einzelplänen veranschlagt.

Begründung:

Aufnahme zusätzlicher Projekte des MLUK in den Landeshaushalt (siehe im Einzelnen Anträge zu den Einnahme- und Ausgabetiteln der Titelgruppe).

Änderungsantrag

SPD-Fraktion

CDU-Fraktion

Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Einzelplan 10 – Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz

Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite: 561	Kapitel: 1 0 0 2 0	Titel: 3 5 6 7 3
Zweckbestimmung: Entnahme aus dem Zukunftsinvestitionsfonds		

Stichwort: Aufnahme zusätzlicher Projekte des MLUK in den Landeshaushalt

Ansatz im Entwurf 2020	0 €
Änderung (+/-):	+ 1.000.000 €
Ansatz neu:	1.000.000 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Entwurf:	– entfällt, da Einnahmetitel –
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	– entfällt, da Einnahmetitel –
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	– entfällt, da Einnahmetitel –

JA NEIN ENTH.
7 - 4

Deckung bei: – entfällt, da Einnahmetitel –				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
insgesamt:				

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Höhe der Entnahme ist abhängig vom tatsächlichen Mittelabfluss in der Titelgruppe und wird mit dem Jahresabschluss festgestellt.

Begründung:

Aufnahme zusätzlicher Projekte des MLUK in den Landeshaushalt

Umrüstung von 2 Dieselnbussen auf Wasserstoffbetrieb für die als rollendes Infozentrum betriebene klimaneutrale Nationalparkbuslinie (nähere Begründung siehe ÄÄ zu Kap. 10 020 Titel 891 73).

Änderungsantrag

SPD-Fraktion

CDU-Fraktion

Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Einzelplan 10 – Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz

Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite: 561	Kapitel: 1 0 0 2 0	Titel: G r. 7 3
Zweckbestimmung: Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsfonds		

Stichwort: Einrichtung einer Titelgruppe 73 - Ausgaben

Ansatz im Entwurf 2020:	
– entfällt, da Titelgruppe –	€
Änderung (+/-):	
– entfällt, da Titelgruppe –	€
Ansatz neu:	
– entfällt, da Titelgruppe –	€

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Entwurf: – entfällt –	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	
– entfällt –	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	
– entfällt –	€

JA NEIN ENTH.
7 - 4

Deckung bei: – entfällt –				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig. Eine darüber hinausgehende Deckungsfähigkeit gemäß § 5 Abs. 8 Satz 2 HG 2019/2020 ist nicht gegeben. Aus den Mitteln dieser Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Das Sondervermögen Zukunftsinvestitionsfonds dient der Finanzierung landespolitisch strategisch bedeutender investiver Projekte in den Bereichen Regionalentwicklung, Klimaschutz, moderne Infrastruktur, Digitalisierung und Innovationen. Weitere aus dem Sondervermögen finanzierte Investitionsprojekte sind in anderen Einzelplänen veranschlagt.

1	2	3	4
Lfd. Nr.	Bezeichnung der Maßnahme	Gesamtausgabevolumen (EUR)	Von (3) in 2020 als Ausgabe veranschlagt (EUR)
	Klimaneutrale Nationalpark-buslinie; Umrüstung von Diesel auf Wasserstoffantrieb	1.000.000	1.000.000

Begründung:

Aufnahme zusätzlicher Projekte des MLUK in den Landeshaushalt (siehe im Einzelnen Anträge zu den Einnahme- und Ausgabetiteln der Titelgruppe).

Änderungsantrag

SPD-Fraktion

CDU-Fraktion

Fraktion Bündnis90/Die Grünen

JA NEIN ENTH.
7 - 4

Einzelplan 10 – Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz

Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite: 562	Kapitel: 1 0 0 2 0	Titel: 8 9 1 7 3
Zweckbestimmung: Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen		

Stichwort: Umrüstung von 2 Dieselnussen auf Wasserstoffbetrieb

Ansatz im Entwurf 2020	0 €
Änderung (+/-):	+ 1.000.000 €
Ansatz neu:	1.000.000 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020
Ansatz im Entwurf: – entfällt – 0 €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:
Ansatz neu mit Fälligkeiten:

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
561	10 020	356 73	Entnahme aus dem Zukunftsinvestitionsfonds	1.000.000 €
insgesamt:				1.000.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Höhe der Entnahme ist abhängig vom tatsächlichen Mittelabfluss in der Titelgruppe und wird mit dem Jahresabschluss festgestellt.

Begründung:

Aufnahme zusätzlicher Projekte des MLUK in den Landeshaushalt
hier: Umrüstung von 2 Dieselnissen auf Wasserstoffbetrieb für die als rollendes
Infozentrum betriebene klimaneutrale Nationalparkbuslinie

Das Projekt hat eine landespolitisch strategische Bedeutung, da es als
Modellprojekt für die klimaneutrale Umrüstung von Bussen kommunaler
Verkehrsbetriebe dient. Durch die Verknüpfung mit dem LIFT Projekt des
Bundeswirtschaftsministeriums (Finanzierung des nationalparkspezifischen
Businnenraumes) gibt es eine äußerst günstige Relation zwischen verfolgtem
Zweck und Mitteleinsatz

Projektträger: Uckermärkische Verkehrsbetriebe

Änderungsantrag

SPD-Fraktion

CDU-Fraktion

Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 20 – Allgemeine Finanzverwaltung

Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite: 22 (HG 19/20)	Kapitel: 2 0 0 2 0	Titelgruppe 7 3 (neu)
Zweckbestimmung: Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsfonds		

Stichwort: Einrichtung einer Titelgruppe 73 - Einnahmen

Ansatz im Entwurf 2020:	
– entfällt –	€
Änderung (+/-):	
– entfällt –	€
Ansatz neu:	
– entfällt –	€

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Entwurf:	– entfällt – €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	
– entfällt –	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	
– entfällt –	€

JA NEIN ENTH.
10 - 1

Deckung bei: – entfällt –				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Höhe der Entnahme ist abhängig vom tatsächlichen Mittelabfluss in der Titelgruppe und wird mit dem Jahresabschluss festgestellt.

Begründung:

Mit dem Antrag wird eine Titelgruppe für Einnahmen aus dem Zukunftsinvestitionsfonds Brandenburg geschaffen.

Änderungsantrag

SPD-Fraktion

CDU-Fraktion

Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 20 – Allgemeine Finanzverwaltung

Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite: 22 (HG 19/20)	Kapitel: 2 0 0 2 0	Titel: 3 5 6 7 3	n e u
Zweckbestimmung: Entnahme aus dem Zukunftsinvestitionsfonds Brandenburg			

Stichwort: Einrichtung eines Titels 356 73 - Einnahmen

Ansatz im Entwurf 2020	0 €
Änderung (+/-):	0 €
Ansatz neu:	0 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

JA NEIN ENTH.
9 - 2

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Mit dem Antrag wird ein Titel für Einnahmen aus dem Zukunftsinvestitionsfonds Brandenburg geschaffen.

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Einzelplan: 20 Allgemeine Finanzverwaltung

Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite: 29	Kapitel: 2 0 0 2 0	Titel: 6 8 4 5 9
Zweckbestimmung: Verteilung von Einnahmen aus der Glücksspielabgabe		

Stichwort: Anpassung der Anteile der Ressorts bei der Verteilung von Einnahmen aus der Glücksspielabgabe („Lottomittel“)

Ansatz im Entwurf 2020	4.807.700 €
Änderung (+/-):	0 €
Ansatz neu:	4.807.700 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

JA NEIN ENTH.
6 - 5

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Ausgaben entsprechend der Erläuterungen dürfen nur in Höhe von 4.807.700 EUR der bei Kapitel 20 020 Titel 123 20 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

Die Erläuterungen sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Einzelplan	Ministerium	Quote v.H.
02	<u>Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei</u>	12,17
03	Ministerium des Innern und für Kommunales	6,11
04	<u>Ministerium der Justiz</u>	<u>5,99</u>
05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport	12,65
06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur	15,77
07	<u>Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz</u>	<u>15,49</u>
08	<u>Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie</u>	<u>7,93</u>
10	<u>Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz</u>	<u>14,25</u>
11	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung	6,11
12	<u>Ministerium der Finanzen und für Europa</u>	<u>3,53</u>
Insgesamt		100,00

Begründung:

Im Zuge der Neubildung der Landesregierung haben sich teilweise die Zuständigkeiten der Ressorts verändert, die Einfluss auf die Höhe der Ressortanteile an der Verteilung von Einnahmen aus der Glücksspielabgabe haben.

Die Ressorts erhalten aus den Einnahmen des Landes aus der Glücksspielabgabe zur Verwendung für soziale, humanitäre und kulturelle Projekte, des Umweltschutzes sowie für sonstige im besonderen öffentlichen Interesse liegende Zwecke einen jährlichen Betrag in Höhe von 4.807.700 EUR nach den im Haushaltsplan 2020 bestimmten Anteilen.

Die Verteilung der Verfügungsmittel aus der Glücksspielabgabe des Landes an die Ressorts soll ab dem Haushaltsjahr 2020 wie folgt geregelt werden:

- Bei den Ressorts, deren Zuständigkeiten keine wesentlichen Änderungen erfahren haben, bleiben die Anteile unverändert (MP, MIK, MBJS, MWFK, MIL).
- MWAE erhält einen Aufwuchs aufgrund seiner Zuständigkeit für den Bereich Arbeit.
- MLUK erhält einen Aufwuchs aufgrund des Aufgabenzuwachses Klimaschutz.
- Bei MSGIV, MdFE und MdJ ergeben sich Veränderungen aufgrund der Neuordnung der Bereiche Verbraucherschutz und Europa.

Danach ergibt sich im Vergleich zur bisherigen Regelung folgende Aufteilung:

Anteil Verteilung von Einnahmen aus der Glücksspielabgabe					
Ressort- bezeichnung - bisher -	Quote - bisher -	Anteile - bisher -	Ressort- bezeichnung - neu -	Quote - neu -	Anteile - neu -*
	v. H.	EUR		v. H.	EUR
MP	12,17	585.100	MP	12,17	585.100
MIK	6,11	293.800	MIK	6,11	293.800
MdJEV	10,69	513.900	MdJ	5,99	288.000
MBJS	12,65	608.200	MBJS	12,65	608.200
MWFK	15,77	758.200	MWFK	15,77	758.200
MASGF	14,52	698.000	MSGIV	15,49	744.600
MWE	6,11	293.800	MWAE	7,93	381.000
MLUL	13,79	663.000	MLUK	14,25	685.300
MIL	6,11	293.700	MIL	6,11	293.700
MdF	2,08	100.000	MdFE	3,53	169.800
Summe:	100,00	4.807.700		100,00	4.807.700

* Die Beträge sind gerundet.

Änderungsantrag

SPD-Fraktion

CDU-Fraktion

Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN

JA NEIN ENTH.
10 - 1

Einzelplan 20 – Allgemeine Finanzverwaltung

Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite: 760	Kapitel: 2 0 0 2 0	Titel: 8 8 4 1 0
Zweckbestimmung: Zweckbestimmung: Wirtschaftsplan des Sondervermögens „Zukunftsinvestitionsfonds des Landes Brandenburg Zweckbestimmung		

Stichwort: Berücksichtigung der Änderungsanträge „Klimaneutrale Nationalpark-Buslinie“ und „Digitale Kommunen“

Ansatz im Entwurf 2020

Änderung (+/-):

Ansatz neu:

Verpflichtungsermächtigungen 2020

Ansatz im Entwurf:

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)**Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**

Änderungen im Wirtschaftsplan des Sondervermögens „Zukunftsinvestitionsfonds des Landes Brandenburg“

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2020 EUR	mehr (+) weniger (-) 2020 EUR	Ansatz neu 2020 EUR
Einnahmen					
<i>Haushaltsvermerk Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden.</i>					
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen					
332 10	813	Zuführungen des Landes	0	0	0
<i>Erläuterungen Die Zuführungen erfolgen gem. § 4 ZifoG.</i>					
359 10	813	Entnahme aus der Rücklage des Sondervermögens	0	<u>43.050.000</u>	<u>43.050.000</u>
Gesamteinnahmen			0	<u>43.050.000</u>	<u>43.050.000</u>

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2020 EUR	mehr (+) weniger (-) 2020 EUR	Ansatz neu 2020 EUR
Ausgaben					
<i>Haushaltsvermerk Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen geleistet werden. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.</i>					
Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen, besondere Finanzierungsausgaben					
882 02	813	Zuweisungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des Epl. 02	0	0	0
882 03	813	Zuweisungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des Epl. 03	0	<u>500.000</u>	<u>500.000</u>
882 04	813	Zuweisungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des Epl. 04	0	0	0
882 05	813	Zuweisungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des Epl. 05	0	0	0

882 06	813	Zuweisungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des Epl. 06	0	4.550.000	4.550.000
882 07	813	Zuweisungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des Epl. 07	0	0	0
882 08	813	Zuweisungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des Epl. 08	0	0	0
882 10	813	Zuweisungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des Epl. 10	0	<u>1.000.000</u>	<u>1.000.000</u>
882 11	813	Zuweisungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des Epl. 11	0	37.000.000	37.000.000
882 12	813	Zuweisungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des Epl. 12	0	0	0
882 20	813	Zuweisungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des Epl. 20	0	0	0
919 10	813	Zuführungen zur Rücklage des Sondervermögens	0	0	0
Gesamtausgaben			0	<u>43.050.000</u>	<u>43.050.000</u>

Begründung:

Mit dem Antrag werden die in den Einzelplänen 03 (Digitale Kommune) und 10 (Klimaneutrale Nationalpark-Buslinie) vorgesehenen zusätzlichen Maßnahmen mit einer Finanzierung aus dem ZifoG im Wirtschaftsplan des Sondervermögens abgebildet.

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

2. NEUDRUCK**Epl. 20 – Allgemeine Finanzverwaltung****Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)**

Seite: 30	Kapitel: 2 0 0 2 0	Titel: 9 7 1 1 0
Zweckbestimmung: Mehrausgaben zur Bekämpfung der Folgen der CORONA-Pandemie in allen Einzelplänen		

Stichwort: Globale Mehrausgabe für Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen der CORONA-Pandemie nach § 8a HG 2019/2020

Ansatz im Entwurf 2020	---	€
Änderung (+/-):	+2.000.000.000	€
Ansatz neu:	2.000.000.000	€

Verpflichtungsermächtigungen 2020		
Ansatz im Entwurf:		€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:		€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:		€

JA NEIN ENTH.
11 - -

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
91	20 650	325 10	Kreditermächtigung auf Grundlage § 18b LHO	2.000.000.000€
				€
insgesamt:				2.000.000.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Ausgaben sind in Höhe von 1.000.000.000 EUR gesperrt; die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages.
Die Ausgaben sämtlicher Einzelpläne dürfen aus diesem Ansatz verstärkt werden.
Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Aufhebung der Sperre durch den Ausschuss für Haushalt und Finanzen kann auch schrittweise erfolgen.
Der Titel dient der Deckung von Ausgaben, in die unter Anwendung des § 8a Haushaltsgesetz 2019/2020 vom Ministerium der Finanzen und für Europa eingewilligt wurde.

Begründung:

Mit dem vorliegenden Änderungsantrag sollen für die Bekämpfung der Folgen der Pandemie bis zu 2 Mrd. € zusätzlich bereitgestellt werden. Die haushaltsrechtliche Ermächtigung für die Inanspruchnahme der Mittel im Haushaltsjahr 2020 ergibt sich aus dem ebenfalls mit dem Nachtragshaushalt 2020 neu aufzunehmenden § 8a Haushaltsgesetz 2019/2020. Die Deckung dieser Ausgaben wird durch eine entsprechende Kreditermächtigung auf der Grundlage von § 18b LHO gewährleistet, die bei Bedarf im Haushaltsvollzug in Anspruch genommen werden kann.

Nachdem die Bundesregierung ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Unterstützung der Wirtschaft bei der Bewältigung der Folgen der CORONA-Pandemie am 23.03.2020 beschlossen hat, wurden die verschiedenen Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht und am 27.03.2020 durch den Bundesrat beschlossen.

Aufgrund der außerordentlich dynamischen Entwicklung ist von einer zusätzlichen Belastung des Landes auszugehen, die erheblich über 1 Mrd. € hinausgeht. Damit die Landesregierung ausreichend handlungsfähig ist, z. B. für erforderliche Hilfen für Krankenhäuser und andere Einrichtungen des Gesundheitswesens, die Unterstützung für Unternehmen und Gewerbetreibende, Ausgleichszahlungen für nicht erhobene Elternbeiträge zur Kindertagesbetreuung, Entschädigungszahlungen für Verdienstauffälle infolge notwendiger Kinderbetreuung sowie nicht zuletzt die finanzielle Absicherung öffentlicher Infrastrukturunternehmen ist – auch unter Berücksichtigung der Bundeshilfen – die Bereitstellung eines Globalbudgets in Höhe von 2,0 Mrd. € erforderlich.

Änderungsantrag

SPD-Fraktion

CDU-Fraktion

Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 20 – Allgemeine Finanzverwaltung

Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite: 33 (HG 19/20)	Kapitel: 2 0 0 2 0	Titelgruppe 7 3 (neu)
Zweckbestimmung: Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsfonds		

Stichwort: Einrichtung einer Titelgruppe 73 - Ausgaben

Ansatz im Entwurf 2020:	
	– entfällt – €
Änderung (+/-):	
	– entfällt – €
Ansatz neu:	
	– entfällt – €

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Entwurf:	– entfällt – €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	
	– entfällt – €
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	
	– entfällt – €

JA NEIN ENTH.
9 - 2

Deckung bei: – entfällt –				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Aus den Mitteln der Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes bereits Mittel für den denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Das Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens "Zukunftsinvestitionsfonds des Landes Brandenburg" (ZifoG) vom 13. Dezember 2019 dient der Finanzierung landespolitisch strategisch bedeutender, investiver Projekte in den Bereichen Regionalentwicklung, Klimaschutz, moderne Infrastruktur, Digitalisierung und Innovationen. Weitere aus dem Sondervermögen finanzierte Investitionsprojekte sind in anderen Einzelplänen veranschlagt.

Für den Geschäftsbereich der Staatskanzlei ist nachfolgende Maßnahme des Zukunftsinvestitionsfonds veranschlagt.

<u>Maßnahme</u>	<u>2020</u>	<u>2021</u>	<u>2022</u>	<u>2023</u>	<u>2024</u>
<u>Förderprogramm Zusammenhalt</u>	<u>0,0</u>	<u>2.500.000,0</u>	<u>2.500.000,0</u>	<u>2.500.000,0</u>	<u>2.500.000,0</u>
<u>Zusammen</u>	<u>0,0</u>	<u>2.500.000,0</u>	<u>2.500.000,0</u>	<u>2.500.000,0</u>	<u>2.500.000,0</u>

Begründung:

Mit dem Antrag wird eine Titelgruppe für Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen aus dem Zukunftsinvestitionsfonds Brandenburg geschaffen.

Änderungsantrag

SPD-Fraktion

CDU-Fraktion

Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN

JA NEIN ENTH.
9 1 1

Einzelplan 20 – Allgemeine Finanzverwaltung

Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite: 33 (HG 19/20)	Kapitel: 2 0 0 2 0	Titel: 8 8 3 7 3
		n e u
Zweckbestimmung: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände		

Stichwort: Förderung innovativer Ideen (Projekte) zur Stärkung des Zusammenhalts in Gemeinden bzw. Ortsteilen mit weniger als 3.000 Einwohnern

Ansatz im Entwurf 2020	0 €
Änderung (+/-):	0 €
Ansatz neu:	0 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Entwurf:	0 €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	+10.000.000 €
	2021: +2.500.000 €
	2022: +2.500.000 €
	2023: +2.500.000 €
	2024: +2.500.000 €
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	2021: +2.500.000 €

2022: +2.500.000 €
 2023: +2.500.000 €
 2024: +2.500.000 €
Summe: 10.000.000 €

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)Förderprogramm Zusammenhalt

- Förderung innovativer Ideen (Projekte) in Gemeinden bzw. Ortsteilen mit weniger als 3.000 Einwohnern
- Höchstfördersumme von 150.000 Euro pro Projekt
- Förderfähig sind Projekte, die der Verbesserung der Mobilität, der Gesundheit oder auf eine Verbesserung des sozialen Lebens dienen
- Fördervoraussetzung ist, dass die Projekte in einem partizipativen Prozess entwickelt wurden oder umgesetzt werden sollen

Begründung:

Mit dem Antrag wird das Förderprogramm Zusammenhalt finanziell ausgestaltet.

Den ländlichen Raum attraktiv zu halten, ist eine zentrale Herausforderung. Im ländlichen Raum ist die Bevölkerung oft älter und obwohl sie auf eine wohnortnahe Infrastruktur angewiesen ist, fehlt diese bereits vielerorts. Dorfläden haben geschlossen, die Bankfiliale ist dicht und der Arzt hat eigentlich das Rentenalter erreicht, hat aber noch auf, weil er keinen Nachfolger findet. Die Städte und Gemeinden in Brandenburg begegnen dieser Entwicklung mit innovativen Lösungsansätzen.

Diese innovativen Ideen wollen wir mit einem Förderprogramm stärker unterstützen. Gemeinden bzw. Ortsteile mit weniger als 3.000 Einwohner können für innovativen Ideen Projektmittel beantragen. Jeder Verein, jede Gruppe, jede Bürgerin und jeder Bürger kann Vorschläge bei der Gemeindevertretung oder beim Ortsbeirat einreichen. Die Bürgerinnen und Bürger sollten sich gemeinsam – aus der ggf. Vielzahl vorliegender Ideen – für einen

Antrag entscheiden. Die Projekte müssen die Angebotspalette der Gemeinde verbessern. Die Projekte sollten auf eine Verbesserung der Mobilität, der Gesundheit oder auf eine Verbesserung des sozialen Lebens abzielen. Die Höchstfördersumme beträgt 150.000 Euro.

So entsteht eine Vielzahl innovativer Projekte zur Belebung des Dorfes. Die Landesregierung Brandenburg wird gemeinsam mit dem Städte- und Gemeindebund, eine begleitende Projektplattform aufsetzen, die Best-Practice-Projekte online zugänglich macht und die Vernetzung von Akteuren in der Fläche unterstützt.

Das Ziel ist es, das Engagement und die Ideen vor Ort zu fördern und das Leben auf dem Dorf zu bereichern. ein Titel für Einnahmen aus dem Zukunftsinvestitionsfonds Brandenburg geschaffen.

**Abgelehnte Änderungsanträge
zu den Einzelplänen**

02

03

04

05

06

07

10

11

20

Änderungsantrag

Fraktion BVB/Freie Wähler

Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei**Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)**

Seite: 122	Kapitel: 0 2 0 1 0	Titel: 4 2 2 1 0
Zweckbestimmung: Personalausgaben		

Stichwort: Regionalkoordinatoren und Stabsstelle „Koordination Hauptstadtregion und Regionale“

Ansatz im Entwurf 2020	4.662.500 €
Änderung (+/-):	-361.800 €
Ansatz neu:	4.300.700 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Entwurf:	- €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	- €
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	- €

JA NEIN ENTH.
5 6 -

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt: €				

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung: Die Schaffung von 5 zusätzlichen Stellen für Regionalkoordinatoren ist nicht erforderlich, da damit Doppelstrukturen geschaffen werden. Es bedarf zudem keiner zusätzlichen Stabsstelle. Zudem ist nicht klar definiert, welche konkreten Aufgaben hier zusätzlich anfallen, die eine Aufstockung des Personals rechtfertigen.

Änderungsantrag

Fraktion BVB/Freie Wähler

Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei

Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite: 124	Kapitel: 0 2 0 1 0	Titel: 4 2 8 1 0
Zweckbestimmung: Personalausgaben		

Stichwort: Mitarbeiter Regionalkoordinatoren

Ansatz im Entwurf 2020	10.186.400 €
Änderung (+/-):	-1.238.100 €
Ansatz neu:	8.948.300 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Entwurf:	- €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	- €
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	- €

JA NEIN ENTH.
5 6 -

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt: €				

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)
Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)
Begründung: Die Schaffung von 20 zusätzlichen Stellen zur Unterstützung der Regionalkoordinatoren ist nicht erforderlich, da damit Doppelstrukturen geschaffen werden. Zudem ist nicht klar definiert, welche konkreten Aufgaben hier zusätzlich anfallen, die eine Aufstockung des Personals rechtfertigen.

Änderungsantrag

Fraktion BVB/Freie Wähler

Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei**Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)**

Seite: 127	Kapitel: 0 2 0 1 0	Titel: 5 2 6 6 9
Seite: 127	Kapitel: 0 2 0 1 0	Titel: 5 3 1 6 9
Seite: 127	Kapitel: 0 2 0 1 0	Titel: 5 4 1 6 9
Zweckbestimmung: Sachausgaben		

Stichwort: sonstige Ausgaben der Regionalkoordinatoren und deren Mitarbeiter

Ansatz im Entwurf 2020
450.000 €
Änderung (+/-):
-450.000 €
Ansatz neu:
0 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Entwurf:	- €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	- €
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	- €

JA NEIN ENTH.
5 6 -

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt: €				

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)
Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)
Begründung: Die Schaffung von 5 Regionalkoordinatoren mit 20 zusätzlichen Mitarbeiter*innen zur Unterstützung ist nicht erforderlich, da damit Doppelstrukturen geschaffen werden. Insofern entfallen die damit verbundenen geplanten Sachausgaben.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei

Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite: 27	Kapitel: 0 2 0 1 0	Titel: 6 8 5 1 0
Zweckbestimmung: Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen		

Stichwort: Förderung von lokaljournalistischen Angeboten in Brandenburg
--

Ansatz im Entwurf 2020	0 €
Änderung (+/-):	+ 750.000 €
Ansatz neu:	750.000 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Haushaltsplan 2020:	0 €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	
	+ 1.500.000 €
fällig 2021	+ 1.500.000 €
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	
	1.500.000 €
fällig 2021	1.500.000 €

JA NEIN ENTH.

2 9 -

Deckung bei: Einzelplan 20				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
20	20 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	750.000 €
				€
insgesamt:				750.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Mit dem fraktionsübergreifenden Beschluss (Drucksache 6/7732-B) des damaligen Landtages wurde die Landesregierung unter anderem beauftragt, ein Finanzierungs- bzw. Fördermodell zu entwickeln, um den Lokaljournalismus im Land Brandenburg im Rahmen von Fördermöglichkeiten der Medienanstalt Berlin-Brandenburg zu unterstützen.

Mit der Zustimmung des Landtages und des Abgeordnetenhauses zur Änderung des Staatsvertrages über die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg der Medien und die in diesem Zusammenhang erfolgte Einfügung von § 8 Nummer 11 und 12 in den Staatsvertrag im Juni 2019 wurden die rechtlichen Grundlagen für die Förderung des Lokaljournalismus geschaffen.

Der Einstieg in die Förderung von lokaljournalistischen Angeboten soll noch im laufenden Haushaltsjahr ermöglicht werden. Dafür sollen anteilig 750.000 € zur Verfügung gestellt werden.

Für die Fraktion DIE LINKE

Ronny Kretschmer

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei

Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite: 36	Kapitel: 0 2 0 1 0	Titel: 6 8 4 6 6
Zweckbestimmung: Zuschüsse an freie Träger für Maßnahmen zur Entwicklung demokratischer Kultur und zur Prävention von Gewalt und Fremdenfeindlichkeit		

Stichwort: Mehrbedarf zur Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ und Aufstockung der Mittel der „Opferperspektive“

Ansatz im Entwurf 2020	1.908.900 €
Änderung (+/-):	+ 500.000 €
Ansatz neu:	2.408.900 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

JA NEIN ENTH.
2 9 -

Deckung bei: Einzelplan 20				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
20	20 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	500.000 €
				€
insgesamt:				500.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

2020:

Mehr wegen tarifbedingt steigender Personalausgaben der freien Träger im Rahmen der Projektförderungen und wegen des Ausfalls von Bundesmitteln im Programm „Demokratie Leben!“

Begründung:

Die rechtsterroristischen Anschläge von Kassel, Halle und Hanau haben deutlich gemacht, dass politisch rechtsextrem motivierte Gewalt die freie Gesellschaft bedroht. Dies haben auch die Abgeordneten des Landtags Brandenburg in ihrem Beschluss „Walter Lübcke, Halle, Hanau - Wehrhafte Demokratie in der Pflicht“ (Drucksache 7/761-B) gemeinsam so erklärt.

Experten warnen vor einer neuen Welle rechtsextremistischer Gewalt in Deutschland. Dagegen müssen Prävention und eine Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen als vordringlichste Aufgabe gesehen werden.

1. Zugleich stellte die Bundesregierung die Förderung vieler zivilgesellschaftlicher Projekte im Programm „Demokratie Leben!“ ein, was zu einer deutlichen Schwächung dieser Strukturen führen wird, da vor allem kleine Projekte und Initiativen in der Fläche vom Verlust der Mittel betroffen sind. Hier muss das Land Brandenburg unterstützend eingreifen. Dafür sollen freie Träger im Rahmen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet werden, um so eine (Weiter) Förderung von solchen Projekten zu ermöglichen.

2. Zugleich bleibt das Ausmaß rassistischer Straftaten in Brandenburg anhaltend hoch. Für 2019 zählte die Opferperspektive zwar einen leichten Rückgang der Zahlen rechter Gewalt (von 177 auf 142), jedoch ist der Anteil der rassistisch motivierten Gewalttaten weiterhin sehr hoch. Besonders stechen dabei die hohe Zahl an Übergriffen gegen Jugendliche heraus, 39% der Opfer rechter Gewalt waren zum Tatzeitpunkt minderjährig. Hiergegen müssen zwar exekutive Kräfte gestärkt werden, jedoch ist die langfristige Betreuung der Opfer

rassistischer Gewalt weiterhin Kernaufgabe zivilgesellschaftlicher Strukturen. Die Opferperspektive hat aufgrund ihrer jahrelangen Expertise in diesem Bereich eine besondere Stellung bzw. Aufgabe, da sie verantwortungsvoll und ohne Vorbedingungen die Opfer berät.

Daher soll sie zusätzlich mit 250.000 € ausgestattet werden, damit sie ihr landesweites Beratungsnetzwerk ausbauen kann, um auch in der Fläche ihre Angebote dauerhaft angemessen anbieten zu können.

Für die Fraktion DIE LINKE

Ronny Kretschmer

Änderungsantrag

Fraktion BVB/Freie Wähler

Ministerium des Innern und für Kommunales**Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)**

Seite: 154	Kapitel: 0 3 0 2 0	Titel: 3 5 9 6 5
Zweckbestimmung: Sachausgaben		

Stichwort: Rücklagenentnahme für das ZIT-BB

Ansatz im Entwurf 2020
19.000.000 €
Änderung (+/-):
-19.000.000 €
Ansatz neu:
0 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Entwurf:	- €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	
	- €
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	
	- €

JA

1

NEIN

6

ENTH.

4

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt: €				

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)
Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)
Begründung: Es sind keine potentiellen Mehrausgaben des ZIT-BB erkennbar, die eine Entnahme aus der Rücklage rechtfertigen.

Änderungsantrag

Fraktion BVB/Freie Wähler

Ministerium des Innern und für Kommunales

Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite: 156	Kapitel: 0 3 0 2 0	Titel: 5 4 6 1 8
Zweckbestimmung: Sachausgaben		

Stichwort: Zensus 2021

Ansatz im Entwurf 2020	11.177.000 €
Änderung (+/-):	-4.100.000 €
Ansatz neu:	7.077.000 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Entwurf:	- €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	- €
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	- €

JA NEIN ENTH.
1 6 4

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt: €				

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)
Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)
Begründung: <p>Es sind keine potentiellen Mehrausgaben für die Umsetzung des Zensus erkennbar, die eine Erhöhung des Brandenburger Anteils an der durch EU-Verordnung bestimmten Datenerhebung rechtfertigen.</p>

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

Einzelplan 03 Ministerium des Innern und für Kommunales

Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite:	126 DHG 19/20	Kapitel:	0	3	1	5	0	Titel:	8	1	2	1	0
Zweckbestimmung: Erwerb von Geräten, Ausstattung- und Ausrüstungsgegenständen													

Stichwort: Mehr Mittel für die Ausrüstungsgegenstände der Polizei

Ansatz im Entwurf 2020	10.520.900 €
Änderung (+/-):	+ 2.440.360 €
Ansatz neu:	12.961.260 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei: Haushaltsgesetz 2019/2020				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von

Eingegangen: tt.mm.jjjj / Ausgegeben: tt.mm.jjjj

JA NEIN ENTH.
3 8 -

170	03 810	526 20	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	- 2.440.360 €
insgesamt:				- 2.440.360 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Es ist darauf zu achten, dass im Umfeld von Bahnhöfen und öffentlichen Gebäuden, auch in Fußgängerzonen, auf verkehrsreichen Plätzen in ganz Brandenburg und in den Erstaufnahmeeinrichtungen Videoaufklärungssysteme nach neuesten technischen Erfordernissen (mit einer Auflösung von mindestens 200 Pixel pro laufendem Meter Bildschärfe) eingesetzt werden müssen und zwar mit Bildaufzeichnung unter Verwendung einer intelligenten Gesichtserkennungssoftware. Damit müssen auch mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Aufgrund des Mehrbedarfes an Polizeibeamten besteht auch mehr Bedarf an der entsprechenden Ausrüstung, wie Body-Cams u.a..

Die Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz können gekürzt werden, weil weniger Asylbewerber insgesamt aufgenommen werden bzw. die vollziehbar ausreisepflichtigen unverzüglich abzuschieben sind. Damit sinkt auch der Bedarf an den Leistungen der Rückkehr in die nunmehr sicheren Heimatländer.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

Einzelplan 03 Ministerium des Innern und für Kommunales

Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite: 144 DHG 19/20	Kapitel: 0 3 7 1 0	Titel: 6 8 6 1 0
Zweckbestimmung: Nachteilsausgleich in der Hinterbliebenenversorgung		

Stichwort: Errichtung eines Versorgungsfonds für Hinterbliebene

Ansatz im Entwurf 2020	50.000 €
Änderung (+/-):	+ 1.000.000 €
Ansatz neu:	1.050.000 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei: Haushaltsgesetz 2019/2020				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
170	03 810	526 20	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	- 1.000.000 €

Eingegangen: tt.mm.jjjj / Ausgegeben: tt.mm.jjjj

JA NEIN ENTH.
3 8 -

insgesamt:	- 1.000.000 €
-------------------	----------------------

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)
--

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

<p>Es soll ein Versorgungsfond errichtet werden. Bei dem Nachtragshaushalt in 2018 versprach die Landesregierung, demnächst mehr Mittel für die Hinterbliebenenversorgung zur Verfügung zu stellen. Die damals angesetzten 50.000 € sollten zunächst nur symbolisch angesetzt und dann in dem Doppelhaushalt 2019/2020 deutlich erhöht werden, was nicht mal ansatzweise geschehen ist.</p>

<p>Mit der Hoffnung, dass solche Beträge nicht erforderlich sein werden, sollte man dennoch einen Versorgungsfonds errichten, um für den Fall der Fälle vorbereitet zu sein.</p>
--

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

Einzelplan 04 Ministerium der Justiz

Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite: 216	Kapitel: 0 4 0 4 0	Titel: 4 2 2 1 1
Zweckbestimmung: Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter		

Stichwort: Neue Staatsanwälte

Ansatz im Entwurf 2020	28.248.500 €
Änderung (+/-):	+ 760.000 €
Ansatz neu:	29.008.500 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei: Haushaltsgesetz 2019/2020				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von

Eingegangen: tt.mm.jjjj / Ausgegeben: tt.mm.jjjj

JA NEIN ENTH.
3 7 1

27	04 020	359 11	Entnahme aus Rücklage Personalbudget	760.000 €
insgesamt:				760.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Wir wollen die Zahl der Staatsanwälte weiter erhöhen.

Die Personalbedarfssituation in den Staatsanwaltschaften Brandenburgs ist durch die erhebliche Anzahl von Ermittlungsverfahren signifikant gestiegen. Trotz des bereits vorgenommenen geringen Stellenaufwuchses ist mit der bereits gering erhöhten Personalausstattung eine zeitnahe Bearbeitung der aufgelaufenen Altverfahren sowie neu dazukommenden Ermittlungsverfahren nicht zu bewältigen. Durch die Summe von 760.000 € können mindestens 12 weitere Staatsanwaltsstellen geschaffen werden.

Zur Deckung: Der Titel 359 11 [Entnahme aus der Rücklage Personalbudget] wurde im Jahr 2017 mit 2.947.971 € belastet, so dass ein Betrag von 760.000 € zur Schaffung neuer Staatsanwaltsstellen zu verwenden ist.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

Einzelplan 04 Ministerium der Justiz

Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite: 272	Kapitel: 0 4 0 9 0	Titel: 4 2 2 1 0
Zweckbestimmung: Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter		

Stichwort: Neue Richter in der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Ansatz im Entwurf 2020	10.170.400 €
Änderung (+/-):	+ 760.000 €
Ansatz neu:	10.930.400 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei: Haushaltsgesetz 2019/2020				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von

Eingegangen: tt.mm.jjjj / Ausgegeben: tt.mm.jjjj

JA NEIN ENTH.
3 7 1

27	04 020	359 11	Entnahme aus Rücklage Personalbudget	760.000 €
insgesamt:				760.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Wir wollen die Zahl der Richterstellen in der Verwaltungsgerichtsbarkeit weiter erhöhen. Die Personalbedarfssituation an den Verwaltungsgerichten in Brandenburg ist nicht zuletzt durch die erhebliche Anzahl von Asylverfahren deutlich gestiegen. Trotz des bereits im HG-Entwurf 2019/2020 vorgenommenen Stellenaufwuchses ist bereits der Aktenbestand von aufgelaufenen Altverfahren nicht zu bewältigen. Durch die Summe von 760.000 EUR können mindestens 12 weitere Richterstellen geschaffen werden.

Zur Deckung: Der Titel 359 11 –Entnahme aus der Rücklage Personalbudget- wurde im Jahr 2017 mit 2.947.971 EUR belastet, so dass im Jahr 2020 ein Betrag von 760.000 EUR zur Schaffung neuer Verwaltungsrichterstellen zu verwenden ist.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

Einzelplan 04 Ministerium der Justiz

Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite: 279	Kapitel: 0 4 1 2 0	Titel: 4 2 2 1 0
Zweckbestimmung: Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter		

Stichwort: Neue Richter in der Sozialgerichtsbarkeit

Ansatz im Entwurf 2020	5.957.500 €
Änderung (+/-):	+ 760.000 €
Ansatz neu:	6.717.500 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei: Haushaltsgesetz 2019/2020				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von

Eingegangen: tt.mm.jjjj / Ausgegeben: tt.mm.jjjj

JA NEIN ENTH.
3 7 1

27	04 020	359 11	Entnahme aus Rücklage Personalbudget	760.000 €
insgesamt:				760.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Wir wollen die Zahl der Richterstellen in der Sozialgerichtsbarkeit weiter erhöhen. Die Personalbedarfssituation an den Sozialgerichten in Brandenburg ist nicht zuletzt durch die erhebliche Anzahl von Hartz-IV-Verfahren erheblich gestiegen. Es ist kein ausreichender Stellenaufwuchs zu verzeichnen trotz der nicht zufriedenstellenden Personalsituation. Es sind weder der Aktenbestand von aufgelaufenen Altverfahren noch die Neuzugänge zu bewältigen. Durch die Summe von 760.000 € können mindestens 12 weitere Richterstellen geschaffen werden.

Zur Deckung: Der Titel 359 11 [Entnahme aus der Rücklage Personalbudget] wurde im Jahr 2017 mit 2.947.971 € belastet, so dass im Jahr 2020 ein Betrag von 760.000 € zur Schaffung neuer Sozialrichterstellen zu verwenden ist.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

Epl. 05 – Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite: 308	Kapitel: 0 5 0 6 0	Titel: 6 3 3 1 0
Zweckbestimmung: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen		

Stichwort: Rückerstattung der Elternbeiträge gemäß § 17 KitaG für den Zeitraum der Betriebsuntersagung von Kindertageseinrichtungen

Ansatz im Entwurf 2020	515.554.000,00 €
Änderung (+/-):	+ x,xx €
Ansatz neu:	€

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

JA NEIN ENTH.
3 7 1

Deckung bei: EP20				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				x,xx €
				€
insgesamt:				€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Als Teil der Maßnahmen der Landesregierung zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus SARS-2-CoV-2 (Covid-19) wurde der reguläre Betrieb aller Kindertageseinrichtungen in öffentlicher und freier Trägerschaft gemäß § 33 Nummer 1 IfSG mit Wirkung vom 18. März 2020 bis (einschließlich) 19. April 2020 untersagt.

Davon ausgenommen ist die Notfallbetreuung von Kindern, deren Eltern in der kritischen Infrastruktur tätig sind.

Für die Dauer der Aufrechterhaltung dieser Maßnahme sind die im Rahmen der Kindertagesbetreuung monatlich pauschal zu entrichtenden Beiträge zu den Betriebskosten der Einrichtungen (Elternbeiträge) nach § 17 KitaG nicht zumutbar, da ein Großteil der Kinder (zwischen 50 und 80%) gegenwärtig von ihren Eltern zuhause betreut wird. Bereits entrichtete Elternbeiträge sind daher zu erstatten oder auf den Folgemonat anzurechnen.

Die für eine Rückerstattung erforderlichen Summen sind aus den angekündigten Mitteln im Rahmen der Globalen Mehrausgabe für Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen der CORONA-Pandemie nach § 8a HG 2019/2020 zu entnehmen.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

Epl. 05 – Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite: 317/318	Kapitel: 0 5 3 0 0	Titel: 4 2 2 1 3
Zweckbestimmung: Personalausgaben		

Stichwort: Lehrer für die unteren Klassen

Ansatz im Entwurf 2020	6.324.000,00 €
Änderung (+/-):	18.000.000,00 €
Ansatz neu:	24.324.000,00 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

JA	NEIN	ENTH.
3	8	—

Deckung bei: EP20				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				18.000.000,00 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Laut Antwort der Landesregierung (Drucksache 7/840) auf die Kleine Anfrage Nr. 254 sind derzeit noch insgesamt 1.933 „Lehrer für die unteren Klassen der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule“ (LuK) im Schuldienst des Landes tätig.

Diese Lehrer haben seit dem 01.01.2019 weniger Gehalt bezogen als ihre Kollegen mit dem Lehramt für die Primarstufe.

Darüber hinaus hat ein vergleichsweise geringer Teil der LuK keine Möglichkeit, die besoldungsrechtlich vorgeschriebene Wartefrist von zwei Jahren zu durchlaufen, damit die zum 01.08.2020 anberaumten Beförderungen in eine höhere Besoldungs- bzw. Entgeltgruppe renten- bzw. pensionswirksam werden, da die betroffenen LuK vor Ablauf der Frist altersbedingt aus dem Schuldienst ausscheiden.

Diese Vorgehensweise ist – auch wenn sie zwischen der Landesregierung und den Gewerkschaften einvernehmlich vereinbart wurde – angesichts des jahrzehntelang geleisteten Engagements dieser Lehrämter nicht zumutbar.

Aus diesem Grunde ist im Nachtragshaushalt für das Jahr 2020 (1.) zu gewährleisten, dass den LuK die monatlich seit dem 01.01.2019 angefallene Gehaltsdifferenz im Vergleich zu den Lehrämtern für die Primarstufe rückwirkend in voller Höhe ausgezahlt wird und (2.) die Beförderung zum 01.08.2020 unmittelbar mit dem Eintritt in den Ruhestand für all jene LuK renten- bzw. pensionswirksam wird, die vor Ablauf der Wartefrist aus dem Schuldienst ausscheiden.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

EP05 – Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite: 190	Kapitel: 0 5 4 1 0	Titel: 6 8 4 1 6
Zweckbestimmung: Zuschüsse an private berufliche Schulen		

Stichwort: Befreiung vom Schuldgeld an Schulen in privater Trägerschaft

Ansatz im Entwurf 2020	29.092.500,00 €
Änderung (+/-):	+6.500.000,00 €
Ansatz neu:	35.592.500,00 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

JA NEIN ENTH.

3 7 1

Deckung bei: EP 20				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Brandenburg benötigt dringend Erzieher. Doch die Erzieherausbildung in Vollzeit kostet an Schulen in privater Trägerschaft Schulgeld, im Gegensatz zu Schulen in öffentlicher Trägerschaft. Diese Ungleichheit stellt eine Hürde dar. Um Brandenburg für Erzieher attraktiv zu gestalten soll mit diesen Zuschüssen die Ausbildung an Schulen in privater Trägerschaft vom Schulgeld befreit werden.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

EP06 – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur

Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite: 119	Kapitel: 0 6 7 3 0	Titel: 4 2 8 1 0
Zweckbestimmung: Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		

Stichwort: mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für das BLDAM

Ansatz im Entwurf 2020	5.139.000,00 €
Änderung (+/-):	+ 350.000,00 €
Ansatz neu:	5.489.000,00 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

JA NEIN ENTH.
3 8 -

Deckung bei: EP06				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
338	06 010	428 10	Entgelte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Ministerium	350.000,00 €
				€
insgesamt:				350.000,00 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung: Der im Ministerium geplante Aufwuchs von 14 Stellen (701500 Euro) für „Lausitzstrategie und Innovationszentrum Universitätsmedizin Cottbus) wird zur Hälfte für verzichtbar erachtet. Insbesondere zumal noch zusätzliche 400.000 Euro an Beratungsleistungen für Sachverständige zu diesem Thema vorgesehen sind (526 10).

Im BLDAM ist ein Personalaufwuchs dringendst geboten! 2004 hatte das Amt noch 117 Mitarbeiter, 2010 noch 80 und heute nur noch 71, ohne dass das Aufgabenspektrum in gleichem Maße zurückgegangen wäre.

Die hier veranschlagten Mittel sollen in erster Linie in einen Aufwuchs an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern investiert werden.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 06 – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur

Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite: 354	Kapitel: 0 6 8 1 0	Titel: 6 8 5 6 0
Zweckbestimmung: Zuschüsse an Stiftungen und sonstige Zuwendungsempfangende		

Stichwort: Anteilige Übernahme der landesseitigen Kosten bei der Fridericus Servicegesellschaft der Preußischen Schlösser und Gärten mbH die durch die Anwendung des Tarifvertrages des öffentlichen Dienstes zusätzlich bei der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg entstehen.

Ansatz im Entwurf 2020	26.341.300 €
Änderung (+/-):	+ 2.700.000 €
Ansatz neu:	29.041.300 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

JA NEIN ENTH.
1 6 4

Deckung bei: Einzelplan 02 (Entwurf Nachtragshaushaltsgesetz 2020) und Einzelplan 06				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
128	02 010	541 74	Durchführung Bürgerfest im Rahmen der zentralen Feierlichkeiten der Bundesrepublik Deutschland zum Tag der Deutschen Einheit 2020	2.305.600 €
30	06 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudgets	394.400 €
insgesamt:				2.700.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

S. 354

...

20204. Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg 18.027.300Summe 29.041.300

Mehr wegen der Notwendigkeit der Kofinanzierung von Bundesmitteln zur Steigerung der museumspädagogischen Angebote bei der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und der Stiftung Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße, Potsdam sowie zum Abbau des Park-Pflegedefizits bei der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg und der Anwendung des Tarifvertrages öffentlicher Dienst bei der Fridericus Servicegesellschaft.

S. 357

Übersicht über den Haushaltsplan der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg

...

1. Personalausgaben: 4.820.600 33.651.100

...

Mithin Zuwendungsbedarf: 5.448.700 49.175.100

Der Zuwendungsbedarf soll gedeckt werden durch:

...

3. Zuwendungen des Landes

3.1 aus Titel 685 60 3.943.000 18.027.300

...

Zusammen:	5.448.700	49.175.100
-----------	-----------	------------

Begründung:

Die Fridericus Servicegesellschaft ist eine hundertprozentige Tochter der Stiftung Preußische Schlösser Berlin-Brandenburg. In diese sind seit 2006 vor allem Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgegliedert worden, die unmittelbar mit den Besucherinnen und Besuchern der Schlösser zu tun haben - Kassenkräfte, aber auch Schlossführerinnen und Schlossführer, Aufsichten und Wachschutz. Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren zuvor direkt bei der Stiftung angestellt und wurden damals nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder bezahlt. Nun sind die Beschäftigten bei Fridericus im Hinblick auf Bezahlung und Arbeitsbedingungen deutlich schlechter gestellt. Deshalb sollen vom Land Brandenburg als einer von drei Zuwendungsgebern der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg die landesseitigen Voraussetzungen geschaffen werden, dass bei der Fridericus Servicegesellschaft zeitnah der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes in Anwendung gebracht werden kann. Gleichzeitig sind mit den Zuwendungsgebern Bund und dem Land Berlin entsprechende Verhandlungen zu führen, dass auch diese ihrerseits entsprechende finanzielle Voraussetzungen schaffen.

Für die Fraktion DIE LINKE

Ronny Kretschmer

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

zu:

Einzelplan 07 – Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz

Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite: 377	Kapitel: 0 7 0 1 0	Titel: 4 2 2 1 0
Zweckbestimmung: Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter		

Stichwort: Kein zusätzlicher Staatssekretär

Ansatz im Entwurf 2020	7.077.500 €
Änderung (+/-):	- 138.300 €
Ansatz neu:	6.939.200 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Eingegangen: tt.mm.jjjj / Ausgegeben: tt.mm.jjjj

JA NEIN ENTH.
3 7 1

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Die Kosten für Regierung und Parlament sind bereits sehr hoch. Es sind also Kostensenkungen geboten. Die Einstellung eines weiteren Staatssekretärs im Kontext von nun drei Regierungsparteien anstatt zweien wirkt gegenüber den Bürgern wie Selbstbedienungsmentalität, vor allem da die Anzahl der Minister bereits gestiegen ist. Es ist außerdem nicht ersichtlich, für welche zusätzlichen Aufgaben ein zweiter Staatssekretär von Nöten ist, vor allem angesichts dessen, dass durch die Verlegung des Fachbereichs „Arbeit“ ins Wirtschaftsministerium ein großer Arbeitsbereich nicht mehr im Sozialministerium angesiedelt ist. Der Ansatz des Titels wird deshalb ca. um das Jahresgehalt eines Staatssekretärs (Besoldungsgruppe 9) gesenkt.

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

zu:

Einzelplan 07 – Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz

Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite: 412	Kapitel: 0 7 0 4 0	Titel: 6 8 6 7 0
Zweckbestimmung: Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland		

Stichwort: Landärzte-Förderprogramm

Ansatz im Entwurf 2020	2.396.400 €
Änderung (+/-):	+ 923.600 €
Ansatz neu:	3.320.000 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

JA NEIN ENTH.
3 7 1

Eingegangen: tt.mm.jjjj / Ausgegeben: tt.mm.jjjj

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
412	07 040	686 70	Stipendien des Landärzte-Förderprogramms	923.600 €
				€
insgesamt:				923.600 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

~~Weniger wegen Anpassung an den jährlichen Bewilligungsbedarf für das Stipendienprogramm.~~

Mittel, die nicht investiert werden können, werden zur Verwendung für weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Zahl der Landärzte in die Titel 633 70 und 671 70 des laufenden Doppelhaushalts überführt.

Begründung:

Aufgrund der großen Problematik der fehlenden Landärzte dürfen Minderausgaben für Stipendienvergaben für Landärzte nicht schlicht eingespart werden. In keinem deutschen Bundesland kommen mehr Patienten auf einen Arzt als in Brandenburg. Der Bundesschnitt liegt bei 680, in Brandenburg sind es jedoch 53 mehr, also 733 Patienten auf einen Arzt. Viele der Ärzte gehen außerdem bald in Rente. Innerhalb der kommenden fünf Jahre müssen z.B. allein 700 Haus- und 950 Fachärzte eingestellt werden. Insgesamt fehlen bis 2025 1600 Mediziner. Schon jetzt gibt es 45 unbesetzte Arztsitze. Angesichts der Dramatik der Situation müssen die frei gewordenen Gelder andersartig für das Thema Landärzte-Förderung verwendet werden. Eine Möglichkeit wäre die direkte finanzielle Unterstützung bei der Eröffnung von Facharztpraxen auf dem Land.

Änderungsantrag

Landtagsfraktion der Alternative für Deutschland (AfD)

Einzelplan 07: Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz

Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite: S. 415	Kapitel: 0 7 0 5 0	Titel: 8 9 1 6 0
Zweckbestimmung: Förderung der Investitionen von Krankenhäusern sowie gleichgestellten Einrichtungen – Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen		

Stichwort: Krankenhäuser – Investitionsfinanzierung
--

Ansatz im Entwurf 2020	72.018.300 €
Änderung (+/-):	+5.000.000 €
Ansatz neu:	77.018.300 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020				
Ansatz im Entwurf:				€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:				€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:				€
Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von

Eingegangen: 20.03.2020 / Ausgegeben: 20.03.2020

JA NEIN ENTH.
3 7 1

415	7050	893 90	Förderung nach dem Krankenhausstrukturfonds II	5.000.000 €
				€
Insgesamt:				5.000.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Mehr wegen erhöhtem Investitionsbedarf für die Krankenhäuser, insbesondere die Umstellung der Krankenhäuser auf die sektorale Versorgung und den zusätzlichen Ausbau intensivmedizinischer Abteilungen.

Begründung: Die aktuelle Pandemie macht deutlich, wie wichtig es ist, vermehrt Kapazitäten für die intensivmedizinische Versorgung vorzuhalten.

Die Finanzierung ist im übrigen gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsplan innerhalb des Kapitels 07 050 aufwandsneutral möglich, da wg. eines geringeren Bedarfes an Kofinanzierungsmitteln unter dem Titel 893 90 im Kapitel 07 050 insgesamt 15.000.000 € frei werden. Davon sollen 5,0 Mio.EUR für die Krankenhausinvestitionen umgewidmet werden.

Änderungsantrag

Fraktion BVB/Freie Wähler

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz

Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite: 415	Kapitel: 0 7 0 5 0	Titel: 8 9 3 9 0
Zweckbestimmung: Zuschüsse		

Stichwort: Zuschüsse für Investitionen an Sonstige

Ansatz im Entwurf 2020

5.000.000 €

Änderung (+/-):

+ 5.000.000 €

Ansatz neu:

10.000.000 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020

Ansatz im Entwurf: 25.000.000 €

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

-

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

25.000.000 €

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
insgesamt:				

Eingegangen: tt.mm.jjjj / Ausgegeben: tt.mm.jjjj

JA NEIN ENTH.
5 6 -

Haushaltsvermerk:
Erläuterungen:
Begründung: Weniger wegen Anpassung an das Antragsgeschehen und die damit einhergehende Mittel. <u>Berücksichtigt wird hier ein Baukostenzuschuss in Höhe von 5.000.000 € für die Kinder- nachsorgeklinik in Strausberg, die ein deutschlandweit einmaliges Angebot für die kinder- und elternorientierte Betreuung schwer kranker Kinder unterhält und ohne diesen Zu- schuss akut von der Schließung bedroht ist.</u>

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

zu:

Einzelplan 07 – Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz**Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)**

Seite: 437	Kapitel: 0 7 1 0 0	Titel: 6 8 4 1 0
Zweckbestimmung: Förderung der Verbraucheraufklärung		

Stichwort: Verbraucheraufklärung zur Integration von Migranten und Neubürgern

Ansatz im Entwurf 2020	730.500 €
Änderung (+/-):	- 120.000 €
Ansatz neu:	610.500 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

JA NEIN ENTH.
3 8 -

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Die bundesrepublikanischen Gesamtkosten der Massenmigration wurden vom Institut der deutschen Wirtschaft auf ca. 50 Milliarden Euro jährlich geschätzt. Unnötige Kosten sind also dringend zu reduzieren. Gesonderte Gelder zur Integration, die vor allem die Bring-schuld der Zu- und Einwanderer ist, selbst im Bereich der Verbraucheraufklärung, sind den Bürgern nicht mehr vermittelbar. Dies gilt besonders im Angesicht dessen, dass Integrationsangebote häufig nicht gut angenommen werden, wie z.B. hohe Abbruchquoten bei Deutschkursen zeigen.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 10 - MLUK**Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)**

Seite: 575	Kapitel: 1 0 0 8 0	Titel:
Zweckbestimmung: Wirtschaftsplan Landesbetrieb Forst		

Stichwort: Einstellungskorridor Forst

Ansatz im Entwurf 2020	€
Änderung (+/-):	€
Ansatz neu:	€

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

<i>JA</i>	<i>NEIN</i>	<i>ENTH.</i>
<i>1</i>	<i>7</i>	<i>3</i>

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)**Einstellungskorridor**

2019 2020

10 10 Einstellungskorridor insbesondere im gD für unbesetzte Beschäftigungspositionen
 0 30 Einstellungskorridor für unbesetzte Beschäftigungspositionen, davon 3 hD, 15 gD und 2 mD

10 40 Summe Einstellungskorridor

0 0 Stellen Zugänge (+) / Abgänge (-)

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

Die aktuelle Lages des Brandenburger Waldes nach den Trockenjahren 2018/19 hat gezeigt, dass neue Aufgaben auf den Wald zukommen und dass dafür Personal im Landesforstbetrieb dringend benötigt wird. Unter anderem wurde vom Bund ab 2020 eine starke Aufstockung der Fördermittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz beschlossen, um die Folgen der Waldschäden zu bewältigen. Um die Vergabe und Betreuung dieser Fördermittel abzusichern ohne Personal von anderen dringenden Aufgaben abzuziehen ist eine Erhöhung des Einstellungskorridors erforderlich. Eine Erhöhung des Personalkostenansatzes im Haushalt ist nicht erforderlich, weil die Zahl der Planstellen nicht erhöht wird und ausreichend unbesetzte Stellen im Landesforstbetrieb vorhanden sind.

Änderungsantrag

Fraktion BVB/Freie Wähler

Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung

Gesetzesentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite: 614	Kapitel: ¹¹ 0 9 0 2 0	Titel: 8 9 1 7 3
Zweckbestimmung: Zuweisungen		

Stichwort: Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen

Ansatz im Entwurf 2020	16.000.000 €
Änderung (+/-):	- €
Ansatz neu:	16.000.000 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020				
Ansatz im Entwurf:		145.780.000 €		
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:		- 145.780.000 €		
Ansatz neu mit Fälligkeiten:		0 €		
Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€

Eingegangen: tt.mm.jjjj / Ausgegeben: tt.mm.jjjj

JA NEIN ENTH.
1 9 1

Verpflichtungsermächtigungen 2020				
Ansatz im Entwurf:		145.780.000 €		
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:				
				- 145.780.000 €
Ansatz neu mit Fälligkeiten:				
				0 €
Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
insgesamt: €				

Haushaltsvermerk:

Aus den Mitteln dieser Titelgruppe dürfen keine anderen Ausgaben aus anderen Titeln geleistet werden, selbst wenn sie für denselben Zweck veranschlagt worden sind.

Erläuterungen:

- Schienengüterverkehr und Logistik
darunter: ?

- Förderprogramm ÖPNV-Investitionen
darunter: ?

- Investitionsprogramm i2030
darunter: ?

Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen im Rahmen Ansiedlung Tesla
darunter: ?

Begründung:

Das Sondervermögen Zukunftsinvestitionsfonds dient der Finanzierung landespolitisch strategisch bedeutender investiver Projekte. Für 2020 sind Ausgaben in Höhe von 16.000.000 EUR geplant. Es bedarf einer Ergänzung der Erläuterung dahingehend, dass die Maßnahmen (4 Anstriche) mit den konkret geplanten Maßnahmen untersetzt werden.

Die ursprünglich geplanten Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 145.780.000 EUR

sollen als Ansätze in der mittelfristigen Finanzplanung veranschlagt werden, um die Umsetzung möglicher weiterer Projekte darzustellen. Es bedarf allerdings einer Konkretisierung dieser Ansätze durch Erläuterungen zu den geplanten Projekten (2021: 39.260.000 EUR, 2022: 28.760.000 EUR und 2023 77.760.000). Ohne die Darlegung des konkreten Verwendungszweckes darf keine pauschale Ermächtigung für die Zukunft in dieser Größenordnung erteilt werden.

Änderungsantrag

Fraktion BVB/Freie Wähler

Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)**

Seiten 13 und 624	Kapitel: 1 1 0 6 0	Titel: 8 9 3 1 3
Zweckbestimmung: Zuweisung an das Landeswohnungsbauvermögen		

Stichwort: Umsetzung sozialer und sozialverträglicher Wohnungsbau**Ansatz im Entwurf 2020**

- €

Änderung (+/-):

- €

Ansatz neu:

- €

Verpflichtungsermächtigungen 2020**Ansatz im Entwurf:**

- €

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

- €

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

- €

JA NEIN ENTH.
4 6 1

Deckung bei: Gesamtdeckung				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Erläuterungen: Die Landesregierung verpflichtet sich, die bislang nicht abgerufenen Bundesmittel in Höhe von 75.000.000 € zur Schaffung von sozialem Wohnraum im Land Brandenburg abzurufen und im Finanzplanzeitraum (2021-2023) umzusetzen (vgl. Artikel 1 Absatz 2 Punkt d) des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (Nachtragshaushaltsgesetz 2020 – NTHG 2020)).

Begründung: Die Schaffung von sozialem Wohnraum ist eine der dringendsten Aufgaben dieser Zeit und muss zeitnah in Angriff genommen werden. Es ist daher nicht zu erklären, warum die bisherigen Landesregierungen Bundesmittel in Höhe von 75.000.000 € nicht abgerufen haben.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 11 – Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung

Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite: 81	Kapitel: 1 1 2 0 0	Titel: 6 8 1 6 1
Zweckbestimmung: Unterstützungsleistung für Betroffene von Bergbauschäden durch Grundwasseranstieg		

Stichwort: Einrichtung eines neuen Titels in der Titelgruppe 61 Finanzierung der Braunkohlesanierung zur Auflage eines Unterstützungsfonds für vom bergbaubedingten Wasseranstieg Betroffener ohne Anerkennung einer Rechtspflicht bzw. Rechtsanspruchs um die durch die Umsiedlungen entstehenden Finanzierungslücken bei den Betroffenen weiter zu schließen, z.B. durch die Übernahme von Umzugskosten

Ansatz im Entwurf 2020	€
Änderung (+/-):	+ 1.500.000 €
Ansatz neu:	1.500.000 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

JA NEIN ENTH.
5 6 -

Deckung bei: Einzelplan 11				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
27	11 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	1.500.000 €
				€
insgesamt:				1.500.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

TGr. 61 Finanzierung der Braunkohlesanierung

(...)

*Die Ausgaben bei Titel 681 61 neu und Titel 685 61 sind übertragbar.***Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

Es hat sich gezeigt, dass selbst bei vollumfänglicher Ausschöpfung aller Möglichkeiten, die das Verwaltungsabkommen Braunkohlesanierung bietet, eine Wiedererlangung einer gleichwertigen Ersatzlösung für den unverschuldeten Verlust von Immobilien bzw. gewerblichen Strukturen nicht erreichbar ist. Unstreitig ist, dass die Verantwortung für Entschädigungen, die nicht mehr aus den wirtschaftlichen Erlösen von noch laufenden Braunkohletagebaue bestritten werden können, die öffentliche Hand übernehmen muss. Durch die Auflage eines Unterstützungsfonds als Zwischenlösung zum fraktionsübergreifenden Landtagsbeschluss 7/264-B „Bergbauschäden in Lauchhammer – Betroffene brauchen Klarheit und Sicherheit“ sollen die durch die notwendigen Umsiedlungen entstehenden Finanzierungslücken zeitnah verringert werden. Dabei sollen die vorgesehenen Ausgaben bei nicht Verausgabung im laufenden Haushaltsjahr in das nächste Haushaltsjahr übertragen werden.

Für die Fraktion DIE LINKE

Ronny Kretschmer

Änderungsantrag

Fraktion BVB/Freie Wähler

Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung

Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

Seite: 645	Kapitel: 1 1 5 0 0	Titel: 6 3 3 2 0
Zweckbestimmung: Zuweisungen		

Stichwort: Ausgleichszahlungen für qualitativ hohe Verkehrsangebote im kommunalen ÖPNV (PlusBus)

Ansatz im Entwurf 2020
2.000.000 €
Änderung (+/-):
- €
Ansatz neu:
2.000.000 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020				
Ansatz im Entwurf:		900.000 €		
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:				
		+ 2.700.000 € (2021: 1.800.000 €) (2022: 1.800.000 €)		
Ansatz neu mit Fälligkeiten:				
		3.600.000 €		
Deckung bei: Gesamtdeckung; Einsparungen im Bereich Staatskanzlei				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von

Eingegangen: tt.mm.jjjj / Ausgegeben: tt.mm.jjjj

JA NEIN ENTH.
2 6 3

122	02 010	422 10	Bezüge der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	361.800€
124	02 010	428 10	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.238.100 €
126	02 010	546 15	IT-Ausstattung	3.020.000 €
127	02 010	526 69 – 541 69	Sonstiges	450.000 €
insgesamt: 5.069.900 €				

Haushaltsvermerk:**Erläuterungen:****Begründung:**

Um das PlusBus-Angebot des MIL an die Landkreise attraktiver zu machen, müssen die Erstattungen je gefahrenem Kilometer deutlich erhöht werden. Dazu sind die Mittel für den Ausbau bestehender und die Schaffung neuer PlusBus-Linien in den Landkreisen entsprechend aufzustocken. Nur auf diese Weise kann der ÖPNV so attraktive Verbindungen bereit stellen, dass mehr Menschen ihren privaten PKW stehen lassen.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 11 – Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)**

Seite: 142	Kapitel: 1 1 5 0 0	Titel: 6 3 3 6 0
Zweckbestimmung: Förderung der Aufgabenträger		

Stichwort: Anteilige Deckung der zu erwartenden tarifbedingten Mehrkosten bei den Aufgabenträgern des kommunalen ÖPNV

Ansatz im Haushaltsplan 2020	69.589.000 €
Änderung (+/-):	+ 3.000.000 €
Ansatz neu:	72.589.000 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Haushaltsplan 2020:	69.589.000 €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	+ 6.000.000 € fällig 2021 + 6.000.000 €
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	75.589.000 € fällig 2021 75.589.000 €

JA NEIN ENTH.
2 6 3

Deckung bei: Einzelplan 02 (Entwurf Nachtragshaushaltgesetz 2020) und Einzelplan 11				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
122	02 010	422 10	Stelle Regierungsneubildung und 5 Stellen Regionalkoordinatoren	361.800 €
124	02 010	428 10	Stellen Regierungsneubildung und Stellen zur Unterstützung der Regionalkoordinatoren	1.238.100 €
125	02 010	518 10	Mieten und Pachten für Besprechungs-, Veranstaltungs- und Büroräume für die Regionalkoordinatoren	60.000 €
125	02 010	518 25	Mietzahlungen an den BLB für zusätzliche Räumlichkeiten bei der Staatskanzlei im Zusammenhang mit der geplanten Arbeit der Regionalkoordinatoren	15.000 €
125	02 010	546 15	Inanspruchnahme von IT-Infrastruktur der Regionalkoordinatoren	150.000 €
126	02 010	812 10	Erwerb von Ausstattung für die Arbeit der Regionalkoordinatoren	50.000 €
127	02 010	526 69 (neu); 531 69 (neu); 541 69 (neu);	Sächliche Ausgaben im Zusammenhang mit der Arbeit der Regionalkoordinatoren	250.000 € 100.000 € 100.000 €
27	11 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	675.100 €
Insgesamt:				3.000.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

(…)

Mehr aufgrund der erhöhten Zuweisungen an die Aufgabenträger des kommunalen ÖPNV entsprechend dem geänderten ÖPNV-Gesetz für Investitionen.

2020:

Mehr aufgrund tarifbedingter steigender Mehrausgaben bei den Aufgabenträgern des kommunalen ÖPNV.

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Der Tarifvertrag Nahverkehr Brandenburg vom 27. Juni 2001 in der Fassung des Änderungstarifvertrages Nr. 7 vom 14. Februar 2019 sieht eine Kündigung zum 30.06.2020 vor. Brandenburg ist bei den tariflich zu zahlenden Monatsentgelten bundesweites Schlusslicht. Im Vergleich zu Berlin liegt der Entgeltunterschied bei rd. 500 €. Das führt zu einer starken Abwanderung der Kolleginnen und Kollegen nach Berlin, so dass es in Brandenburg für die Träger des kommunalen ÖPNV immer schwieriger wird entsprechende Fachkräfte zu finden. Konkret bedeutet dies: Steigenden Fahrgastzahlen stehen sinkenden Beschäftigtenzahlen gegenüber. Unabhängig vom Ausgang der Tarifverhandlung brauchen die Träger des kommunalen ÖPNV gezielt zusätzliche finanzielle Unterstützung vom Land, damit diese die Kosten für Tarifsteigerungen und verbesserte Leistungsangebote nicht allein schultern müssen.

Für die Fraktion DIE LINKE

Ronny Kretschmer

Änderungsantrag

Fraktion BVB/Freie Wähler

Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)**

A	649	Kapitel:	1 1 5 0 0	Titel:	6 3 3 6 1
Zweckbestimmung: Zuweisung an Aufgabenträger					

Stichwort: Kostenloser Schülerverkehr für alle**Ansatz im Entwurf 2020**

- €

Änderung (+/-):

- €

Ansatz neu:

- €

Verpflichtungsermächtigungen 2020**Ansatz im Entwurf:**

3.578.400 €

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

Anpassung des Ansatzes entsprechend der erwarteten Mehrausgaben

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

in ausreichender Höhe, um die erwarteten Mehrausgaben decken zu können

JA NEIN ENTH.
5 6 -

Deckung bei: Gesamtdeckung				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Erläuterungen: mehr zur Finanzierung des kostenlosen Schülerverkehrs sowie zur Unterstützung der Landkreise beim Ausbau des ÖPNV

Begründung: Es sind Verpflichtungsermächtigungen in Höhe der zu erwartenden Mehrausgaben für den generell kostenfreien Schülerverkehr einzustellen. Diese Mittel sind den Landkreisen zur Verfügung zu stellen. Damit haben die Landkreise dann einen größeren finanziellen Spielraum zur weiteren Ausgestaltung und zum Ausbau des in ihrer Zuständigkeit liegenden ÖPNV.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 11 – Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)**

Seite: 145	Kapitel: 1 1 5 0 0	Titel: T G r 6 2
Zweckbestimmung: TGr. 62 Finanzierung eines elternbeitragsfreien Schülerverkehrs in Brandenburg		

Stichwort: Einrichtung einer neuen TGr. 62 Finanzierung eines elternbeitragsfreien Schülerverkehrs im Land. Die TGr. 62 soll mit den folgenden neuen Titeln ausgebracht werden: Titel 633 62, Titel 682 62 und Titel 683 62.

Ansatz im Entwurf 2020	€
Änderung (+/-):	€
Ansatz neu:	0 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	+ 60.000.000 € fällig 2021 + 20.000.000 € fällig 2022 + 40.000.000 €
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	60.000.000 € fällig 2021 20.000.000 € fällig 2022 40.000.000 €

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Mittel werden für die Finanzierung einer ab dem Schuljahr 2021/22 einzuführenden elternbeitragsfreien Schülerbeförderung verwendet. Dafür erhalten die Verkehrsunternehmen des SPNV und die Aufgabenträger des ÖPNV einen finanziellen Ausgleich der durch Mindereinnahmen entstehenden Kosten.

Begründung:

Gemäß Schulgesetz sind die Landkreise und kreisfreien Städte für die Schulstandortplanung und Schülerbeförderung zuständig. In den Satzungen der Landkreise und kreisfreien Städte sind die Kosten der Schülerbeförderung sehr unterschiedlich geregelt. Aktuell zahlen in acht Landkreisen die Eltern keinen Elternanteil für die Beförderung ihrer Kinder. Aufgabe des Landes Brandenburg ist es, für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen. Dazu gehört auch, dass alle Schülerinnen und Schüler unabhängig vom Geldbeutel der Eltern und unabhängig vom Wohnort gleiche Zugangschancen zu Bildung und Teilhabe haben. Die elternbeitragsfreie Beförderung von allen Schülerinnen und Schülern vom Wohnort zur Schule und zurück ist eine entscheidende Maßnahme, um dieses Ziel zu verwirklichen. Überschlägig wird von einem Finanzierungsbedarf pro Schuljahr von 40 Mio. € für das Land Brandenburg ausgegangen. Ziel ist es mit Beginn des Schuljahres 2021/22 die elternbeitragsfreie Schülerbeförderung durch das Land finanziell abzusichern und dafür entsprechende Vorsorge schon jetzt zu treffen.

Für die Fraktion DIE LINKE

Ronny Kretschmer

Änderungsantrag

Fraktion BVB/Freie Wähler

Allgemeine Finanzverwaltung**Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)**

Seite: 777	Kapitel: 2 0 6 1 0	Titel: 8 6 1 6 0
Zweckbestimmung: Flughafen Berlin Brandenburg GmbH		

Stichwort: Darlehen an die FBB GmbH**Ansatz im Entwurf 2020**

- €

Änderung (+/-):

- €

Ansatz neu:

- €

Verpflichtungsermächtigungen 2020**Ansatz im Entwurf:**

39.960.000 €

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

- 39.960.000 €

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

0 €

JA	NEIN	ENTH.
2	9	-

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung: Es werden keine weiteren Steuermittel für die FBB GmbH mehr bereitgestellt. Auch wenn es sich augenscheinlich um ein Darlehen handelt, ist dies nicht mehr zu gewähren, da in der Vergangenheit eine Vielzahl von Darlehen in Eigenkapital umgewandelt worden sind und somit keine Rückzahlung des Steuergeldes mehr erfolgen kann.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 20 – Allgemeine Finanzverwaltung**Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)**

Seite: 777	Kapitel: 2 0 6 1 0	Titel: 8 6 1 6 0
Zweckbestimmung: Darlehen an die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH		

Stichwort: Streichung der Verpflichtungsermächtigung zur Finanzierung von Erweiterungsinvestitionen

Ansatz im Entwurf 2020	0 €
Änderung (+/-):	0 €
Ansatz neu:	0 €

Verpflichtungsermächtigungen 2020	
Ansatz im Entwurf:	39.960.000 €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	- 39.960.000 € fällig 2021 - 39.960.000 €
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	0 €

JA NEIN ENTH
2 9 -

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Im Sonderausschuss BER des Landtages und auch presseöffentlich sind Planungen für den künftigen Ausbau des Flughafens BER in Schönefeld vorgestellt worden. Zugleich wurde seitens der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB) ein Finanzbedarf prognostiziert, der in seiner konkreten Höhe erst nach einer Überarbeitung des Businessplanes von 2018 festgestellt werden kann. Darüber hinaus hat die FBB im Sonderausschuss Flughafen BER des Landtages vom 06. August 2019 öffentlich betont, für weitere Ausbaumaßnahmen „alles Mögliche zu tun, um die 500 Millionen Euro komplett am Markt zu finanzieren“. Diese bisherige Finanzpolitik soll fortgesetzt werden. Mit dem Einstellen von entsprechender Verpflichtungsermächtigungen in den Nachtragshaushalt 2020 wird die FBB jedwede Bemühungen um alternative Finanzierungsformen einstellen.

Für die Fraktion DIE LINKE

Ronny Kretschmer